

HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen

für Erziehung, Bildung, Forschung

65. Jahr

Heft 4

April 2012



TITELTHEMA

Rechtsextremismus in Hessen

Hessen



Streikauftakt in Hessen

In der zweiten Märzhälfte beteiligten sich GEW-Mitglieder insbesondere in Kitas in Frankfurt, Mittelhessen und Kassel an den ersten Warnstreiks zur Durchsetzung der Forderung von Verdi und GEW, die Gehälter der Beschäftigten bei Bund und Kommunen um 6,5 Prozent, mindestens aber um 200 Euro, zu erhöhen. GEW-Vorsitzender *Jochen Nagel* kritisierte die „ignorante Haltung der Arbeitgeber“, die in den ersten Verhandlungsrunden kein und danach ein völlig unzureichendes Angebot vorgelegt hatten. Nagel bat die betroffenen Eltern um Verständnis dafür, „dass auch die Beschäftigten der Kindertagesstätten von ihrem verfassungsrechtlich garantierten Streikrecht Gebrauch machen“, und verwies darauf, „dass sich gute Arbeitsbedingungen auch positiv auf die Arbeit mit den Kindern aus- und dem herrschenden Fachkräftemangel entgegenwirken“.



Aus dem Inhalt

Rubriken

- S. 4 Spot(t)light
- S. 5 Meldungen
- S. 34 Recht: Meinungsfreiheit
- S. 37 Magazin

Titelthema: Rechtsextremismus

- S. 7 Neonazis in Hessen
- S. 8 Rechtsextreme Jugendliche
- S. 10 Rechtsextreme Männlichkeit
- S. 12 Demokratische Schulentwicklung
- S. 14 Netzwerk Demokratie & Courage
- S. 15 Offener Brief der GEW
- S. 16 Beratungsnetzwerk Hessen
- S. 18 Material und Fortbildung

Einzelbeiträge

- S. 23 Hochschullehrerbesoldung vor dem Verfassungsgericht
- S. 24 Personalratswahlen an hessischen Hochschulen
- S. 26 Lernstandserhebungen
- S. 27 40 Jahre Berufsverbot
- S. 28 Digitale Kopien
- S. 29 Inklusion an Montessorischulen
- S. 30 Schulen für praktisch Bildbare: Grenzen der Inklusion
- S. 32 Abel steh auf: Utopie im Literaturunterricht
- S. 36 Bücher: Antifaschistische Kunst im Exil



Zeitschrift der GEW Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 971 2930
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenberg Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 636269
Fax (0 69) 6313775
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeiter:

Christoph Baumann (Bildung), Tobias Cepok (Hochschule), Dr. Franziska Conrad (Aus- und Fortbildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:

Michael Heckert, Harald Knöfel

Titelthema: Harald Freiling

Illustrationen:

Andreas Träger (Titel), Thomas Plafmann (S. 26), Axel Träger (S. 13), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos: arbeiterfotografie.com (S. 7, 11), digitalstock (S. 31), Helge von Horn (S. 9)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Edith Hestert
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Gegen Neonazis und Rassismus

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Bundesverband der deutschen Arbeitgeberverbände (BdA) haben am 23. Februar 2012 bundesweit zu einer Gedenkminute für die Opfer rechtsextremer und neofaschistischer Gewalt aufgerufen. In dem gemeinsamen Aufruf von DGB und BDA heißt es unter anderem:

„Die von rechtsextremistischen Gewalttätern verübten Morde, Raubüberfälle und Anschläge erfüllen die Menschen in Deutschland mit Abscheu und Entsetzen. Wir trauern um die Opfer. Unser Mitgefühl gilt den Familien und Freunden, die geliebte Menschen verloren haben. Wir sind tief betroffen, dass nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland diese entsetzlichen Verbrechen geschehen konnten. Arbeitgeber und Gewerkschaften treten gemeinsam ein für ein Deutschland, in dem Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus keinen Platz haben. In den Unternehmen in Deutschland ist zwischen den Beschäftigten ethnische und kulturelle Vielfalt gelebte Realität. Die Betriebe geben zahlreiche Beispiele für erfolgreiche Integration, Respekt und Toleranz. Wir stehen daher gemeinsam in der Pflicht, rechtsextremem Gedankengut entschieden entgegenzutreten.“

Ich bin sehr dankbar dafür, dass sich in Hessen so viele sichtbar an dieser Schweigeminute beteiligt haben. Egal, ob in der öffentlichen Verwaltung wie in Rüsselsheim, in Schulen, durch das Anhalten von Fertigungsbändern bei Opel und VW, mit einer kurzzeitigen Unterbrechung des Betriebs von Straßenbahnen und Bussen. All das setzte ein deutlich sichtbares Zeichen der Anteilnahme und der Verurteilung neofaschistischer und rechtsextremistischer Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland. Die Demonstration am Abend in Offenbach mit der Überschrift „Bunt statt braun“ war ein weiterer Höhepunkt dieses Tages, zeigte sich doch in Offenbach mit einer Kundgebung und einem Lichterzug, dass die Menschen, gleich welcher Herkunft, gegen Rechtsextremismus und Faschismus zusammenstehen.

Es reicht aber nicht, am 23. Februar eine Schweigeminute durchzuführen. Im alltäglichen Kampf gegen rechtsextreme Tendenzen müssen das Hinschauen und das deutliche Stopp-Sagen dazu gehören. Es geht darum, wachsam zu sein und täglich für ein

friedliches Miteinander in sozialer Gerechtigkeit zu werben.

Ich bin mir sicher, dass der 23. Februar mit dafür gesorgt hat, ein Klima zu schaffen, dies zukünftig noch besser, noch entschiedener zu tun. Aber an dieser Stelle muss auch an die Verantwortung der Politik appelliert werden. Die hessische Landesregierung und hier an ihrer Spitze der hessische Ministerpräsident Bouffier und der hessische Innenminister Rhein müssen ihren Widerstand gegen ein Verbot der NPD aufgeben. In dieser Frage stehen Ministerpräsident Bouffier und Innenminister Rhein auf der falschen Seite. Sie als politisch Verantwortliche sind jetzt aufgerufen, alles dafür zu tun, dass die NPD verboten wird. Dazu gehört auch, dass zunächst die V-Leute aus der NPD abgezogen werden. Bisher sind sie den Beweis schuldig geblieben, dass die Einschleusung von V-Leuten dafür sorgt, dass weniger Menschen Opfer rechtsextremer Gewalt werden.

Stellvertretend möchte ich hier nur an die hessischen Opfer der Thüringer Terrorgruppe Halid Yozgat aus Kassel und Enver Simsek aus Schlüchtern erinnern. Sie stehen stellvertretend für alle Opfer rechtsextremer Gewalt seit dem Jahr 1990. Ihr sinnloser Tod zeigt, dass die NPD und alle neofaschistischen Organisationen verboten gehören.

„Das Land, das die Fremden nicht schützt, geht bald unter“, so sagte es einst Johann Wolfgang von Goethe. Ich möchte dieses Zitat etwas abwandeln und sagen: „Das Land, das seine Bürgerinnen und Bürger nicht schützt, geht bald unter“. Deshalb fordere ich die Strafverfolgungsbehörden und die Politik auf, alles dafür zu tun, die rechtsextreme NPD und alle neofaschistischen Organisationen zu verbieten und dieses Verbot auch nachhaltig zu kontrollieren.

Stefan Körzell



Stefan Körzell
Vorsitzender des
DGB-Landesbezirks
Hessen-Thüringen

Alles ist relativ

Acht Jahre am Gymnasium erschienen mir als Kind ewig lang und unüberwindlich. Sie gingen vorüber, aber sehr langsam. Die Vorstellung, die Jahrtausendwende als uralte Frau um die Vierzig zu erleben, war für Klein-Gaby gruselig. In Erinnerung daran habe ich in der Neujahrsnacht 2000 milde gelächelt. Als The Who 1967 sangen: „Hope I die before get old“, grölte unsere Clique inbrünstig mit. Nee, alt werden wollten wir nicht. „Rentner“ war ein Schimpfwort. „Rentner“ standen in Berlin geifernd am Rand der Demonstrationen und wollten die Teilnehmer am liebsten ins Lager schicken. „Trau keinem über Dreißig“ – wie wahr...

Als Schüler hielten (auch) wir unsere Lehrer für uralt und steingrau, fern von Gut und Böse. Als Studentin traf ich später einen davon wieder. Er war mittlerweile Dozent für mittelalterliche Mystik. Als „Mann in den besten Jahren“ sonnte er sich in der Bewunderung vieler Studentinnen. Ja, ja, ich schwärmte auch für ihn. Offenbar war er gerade mal Mitte 20, als er auf Schüler losgelassen worden war. Bei einem Schuljubiläum sah ich andere ehemalige Lehrkörper wieder. Sie erschienen mir, die ich nun Ende 20 und wider Erwarten Lehrerin geworden war, gar nicht mehr so uralt. Vielleicht Mitte, Ende 40? Zeit und Alter sind halt relativ.

Meine Friseurin erzählt mir, dass sie an ihrem 25. Geburtstag geweint hat. Denn nun geht es stramm auf die Dreißig zu! Auch eine junge Kollegin hält ihren bevorstehenden 30. Geburtstag für eine mittlere Katastrophe: die Eintrittskarte ins Greisenalter. Ich wurde eigentlich ganz unbefangen 30. Erst meine männliche Umwelt gab mir galant zu verstehen, dass das Klimakterium nun um die Ecke schießt. Wenn meine Neuntklässler über die Zukunft sinnieren (fette Knete, eigenes Haus mit Swimming-Pool), erscheint ihnen 30 auch als biblisches Alter. Das Leben ist dann vorbei und nur noch öde und trist.

Ein beliebtes Spiel ist es, andere das eigene Alter raten zu lassen. Darauf sollte man sich lieber nicht einlassen, weil es peinlich enden kann. Die 30-Jährige mit dem Kinderhaarschnitt ist tödlich beleidigt, wenn man sie für 19 hält. Der 60-Jährige ist wenig amüsiert, wenn man sein Alter errät. Eine 7. Klasse sortiert mich beim Rätselraten in eine Spanne zwischen 35 und 70. Sehr schmeichelhaft, dass mir einer die 75 abnimmt.

Auf einer Klassenfete tanze ich Blues mit dem gut geformten Sportlehrer. Die Kinder sind gerührt. „Ach, Sie sahen so verträumt aus, als Sie mit Herrn Rieger getanzt haben. Bestimmt haben Sie sich an Ihre Jugendzeit erinnert – an die 50er Jahre!“ Ich weise

sie empört darauf hin, dass ich damals noch nicht mal in Arbeit war.

Hübsche Erlebnisse haben auch andere Kollegen:

- Sabine sagt seit 15 Jahren, dass sie 39 ist. Sie unterrichtet sehr engagiert und anschaulich Geschichte. Ben aus der 9. Klasse fragt interessiert: „Sagen Sie mal, Frau Mahnkopf, sind Sie eigentlich vor dem ersten oder vor dem zweiten Weltkrieg geboren?“
- Kollege Bärwald ist 45. Er lässt seine Siebtklässler gerade Lehrer und Mitschüler als Tiere malen und schaut entspannt aus dem Fenster. Von draußen ruft ein Schüler: „Hallo, Herr Bärwald!“ Einer der Zeichner hebt den Kopf und sagt laut: „Ey, da kennst dich einer!“ Herr Bärwald mahnt freundlich: „Na, na, entweder ‚Sie‘ oder ‚Onkel‘!“ Der Zeichner denkt eine Weile nach. Dann meldet er sich: „Darf ich auch Opa sagen?“
- In der Grundschule nimmt die junge Lehrkraft von rund 30 Lenzen einem Schüler den Laserpointer weg. Der regt sich auf und will das Teil unbedingt zurück. „Was wollen Sie denn damit?“, fragt er empört. Ein Klassenkamerad grinst schadenfroh: „Das gibt die ihrem Enkel!“ Nun wäre ein Enkel rein biologisch im Alter von 30 zwar möglich, aber die junge Lehrerin hat noch nicht für ihre Rente vorgesorgt.
- Ein Abiturient bekommt mit, dass ich meine Mutter besuchen will. Er ist perplex: „Was? Ihre Mutter lebt noch? Was für ein Geheimnis hat sie, dass sie so lange lebt?“ Wahrscheinlich hält er meine Mutter für 130.
- Kollege Steiner wird in vier Monaten pensioniert. Zukünftige Oberstufenschüler wollen ihn für die nächsten drei Jahre buchen. „Was, Sie sind schon 65?“ Kollege Steiner grinst.

Tja, der Lehrerberuf hält jung! Manche Zehntklässler sind verkalkter als ihre Lehrer, manche jungen Kollegen weitaus spießiger und anpassungsbereiter als die alten. Zwar sind im Vergleich zu früher die Umgangsformen lockerer geworden, duzen sich Alte und Junge, helfen sich und akzeptieren sich, aber auf der Lehrerfete versammeln sich die Jungen doch lieber an einem eigenen Tisch. „Mann, was waren wir früher renitent und kritisch. Die wollen doch nur stromlinienförmig durchschlüpfen und Karriere machen“, mosert der Pensionär und denkt an seine wilden Jahre. „Trau keinem unter Vierzig“, ist seine Altersdevise.

Gabriele Frydrych



X Kultusministerium bleibt uneinsichtig

Das Hessische Kultusministerium (HKM) hat den Einwendungen des Hauptpersonalrates der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) gegen die Kürzung des Faktors für die Ausbildung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) nicht stattgegeben. Im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens hatte der HPRL der Kürzung des Zuweisungsfaktors auf 4,75 Zeitstunden pro Woche für jede LiV nicht zugestimmt, da er sich nicht am Zeitaufwand für die tatsächlich zu erbringenden Ausbildungsleistungen orientiere, sondern fiskalisch bedingt sei. 50 Unterrichtsbesuche pro Semester würden zu erhöhtem Unterrichtsausfall, Arbeitsverdichtung und Arbeitszeiterhöhung führen, zu einer „Ausbildung unter dem Diktat der Stoppuhr“. Die mangelnde Zeit für Reflexions- und Beratungsgespräche sei der Qualität der Ausbildung abträglich und erschwere es, eine innovative Unterrichtskultur in Ausbildung und Schule zu implementieren. Das HKM geht davon aus, dass mit dem Faktor 4,75 alle Aufgaben nach dem Hessischen Lehrerbildungsgesetz (HLbG) und der Durchführungsverordnung (HLbGDV) berücksichtigt seien. Um dem Unterrichtsausfall zu begegnen, schlägt das HKM „organisatorische Optimierungen an Schulen und Studientseminaren“ vor.

Für den HPRL war die Argumentation des HKM nicht nachvollziehbar. Schließlich ist es mit den Unterrichtsbesuchen nicht getan. Dazu kommen sechs Stunden Unterricht, vier Module mit jeweils sechs LiV, Prüfungsleistungen, Modulprüfungen, Leistungen im Rahmen der Seminarentwicklung, Fortbildung etc. Vier Module mit durchschnittlich sechs LiV, die zweimal im Semester im Unterricht besucht werden, bedeuten 48 Besuche. Wie die hohe Zahl der Unterrichtsbesuche so zu bewältigen ist, dass Ausbildung und Schule davon profitieren und die Ausbilderinnen und Ausbilder den Marathon und die Zerrissenheit ihrer Arbeitssituation gesund überstehen, darauf gibt das HKM keine Antwort. Da fällt es schwer, nicht zynisch zu werden, wenn man liest, dass das HKM gleichzeitig plant, im Rahmen des Arbeitsschwerpunktes „Schule und Gesundheit“ Konzepte zur Stärkung der Gesundheit von LiV, Ausbilderinnen und Ausbildern zu entwickeln.

X Teach First auch in Hessen?

Es klingt gut, wenn sich *Teach First*-Fellows als innovative Hilfskräfte für Brennpunktschulen präsentieren: junge Spitzenakademiker, sozial engagiert – eine Unterstützung und Anregung für jede Schule?

„Unser Ziel ist nicht unbedingt, Seiteneinsteiger als Lehrer zu gewinnen“, sagt *Mortimer von Plettenberg* von *Teach First* Deutschland in einem Artikel der Frankfurter Rundschau am 23.2.2012:

„Was wir aber schaffen, ist ein Netzwerk von Menschen, die zwei Jahre lang erlebt haben, was es heißt, benachteiligt zu sein. Und die sich an ihrer künftigen Arbeitsstelle für mehr Bildungsgerechtigkeit einsetzen könnten.“

Hinter *Teach First* stehen potente Sponsoren wie die Vodafone-Stiftung, Luftansa, Deutsche Post, Robert Bosch Stiftung, Siemens AG, McKinsey, die Hertie-Stiftung u.a. Doch nicht sie, auch nicht das Hessische Kultusministerium sollen die *Teach-First-Fellows* finanzieren, sondern die „selbstständigen Schulen“. 40.000 Euro kostet eine Stelle pro Jahr, 20.000 Euro sollen die Schulen locker machen.

Offensichtlich geht es also darum, die Sozialkompetenz der künftigen Führungskräfte aus den ohnehin klammen öffentlichen Kassen oder Mitteln unterfinanzierter „Brennpunktschulen“ zu finanzieren.

Die GEW Hessen hat sich in den letzten zwei Jahren intensiv mit *Teach First* und der amerikanischen Mutterorganisation befasst. Die (kontroversen) HLZ-Artikel findet man auf der Homepage der GEW Hessen www.gew-hessen.de (> Meine Gewerkschaft > Themen > Teach first).

X Schulleitergutachten: HKM stoppt AfL

Mit dem novellierten Hessischen Lehrerbildungsgesetz (HLbG) samt Verordnung zur Durchführung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbGDV) sollte die pädagogische Ausbildung (Referendariat) deutlich entbürokratisiert werden.

Kaum waren die Rechtsvorschriften im Gesetz- und Verordnungsblatt er-

schiene, legte das Amt für Lehrerbildung (AfL) ein 13-seitiges Papier mit 34 Kriterien vor, wie Schulleiterinnen und Schulleiter das Gutachten zur Beurteilung der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) erstellen sollen, obwohl das AfL nach § 55 Abs. 1 HLbGDV lediglich „Richtlinien für die formale Gestaltung festlegen“ kann.

Die GEW und der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer haben unverzüglich nach Kenntnisnahme dieser AfL-Empfehlungen beim Hessischen Kultusministerium (HKM) interveniert und die Rücknahme dieses Papiers gefordert.

Die Kompetenz- und Zuständigkeitsüberschreitung sticht geradezu ins Auge, da Bewertungsfragen ausschließlich vom Ministerium oder vom Hessischen Landtag zu regeln sind.

Pikant ist auch die auf Sitzungen vorgetragene Begründung des AfL: Schulleiterinnen und Schulleiter bräuchten Hilfestellung zur Abfassung derartiger Beurteilungen.

Diese Argumentation steht im Widerspruch zur politischen Zielsetzung der Landesregierung, dass Schulleiter als „Führungspersonal“ die Selbstständigkeit der Schulen vorantreiben sollen.

Aktiv für unsere Interessen!



PERSONALRATSWAHLEN 2012
GEW WÄHLEN

KOMPETENT
DEMOKRATISCH
STREITBAR

X **GEW Marburg am Aschermittwoch**

Am „politischen Aschermittwoch“ begrüßten *Hartmut Möller* und *Angelika Gerschlauer* über 80 Mitglieder der beiden GEW-Kreisverbände Marburg und Biedenkopf in der Adolf-Reichwein-Schule.

Eine politische Einordnung und praktische Konsequenzen bezogen auf das neue hessische Schulgesetz entwickelte der bildungspolitische Referent beim GEW-Landesvorstand *Jens Wernicke*. In einer sehr anschaulichen Powerpoint-Präsentation belegte er anhand von statistischen Materialien den permanenten Rückzug des Staates aus der Finanzierung der Schul- und Hochschulbildung. Wernicke ging auch auf den Schnellschuss des Hessischen Kultusministeriums (HKM) bei der Ausrufung von 24 „selbstständigen Schulen“ ein, zu denen auch die Mosaikschule und die Emil-von-Behring-Schule in Marburg gehören sollten, obwohl §127 des Hessischen Schulgesetzes als „Grundlage der Umwandlung in eine

selbstständige Schule (...) eine Konzeption der Gesamtkonferenz“ verlange. Nach Intervention des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer musste die Ministerin zurückrudern.

Einstimmig verabschiedete die Mitgliederversammlung zwei Resolutionen gegen die „Bespitzelung von Demokraten“ und das Kriegerdenkmal in Bortshausen (www.gew-marburg.de).

X **HLZ 3/2012: Tür zu für GEW und Verbände**

Die HLZ 3/2012 berichtete auf Seite 6 von der Weigerung einzelner Leiterinnen und Leiter hessischer Studienseminare, die üblichen Vorstellungsrunden der GEW und der Lehrerverbände durchzuführen. Leider wurde dabei auch das Studienseminar für das Lehramt an Gymnasien in Darmstadt genannt.

Wie der GEW-Kreisverband Darmstadt mitteilte, gab es die Probleme am Studienseminar für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen.

X **Neuer GEW-Vorstand in Frankfurt**

Die Delegiertenversammlung des GEW-Bezirksverbands Frankfurt hat am 27. Februar einen neuen Bezirksvorstand gewählt. Das neue ehrenamtlich tätige Vorsitzendenteam bilden *Bettina Happ-Rohé* (Foto: rechts) und *Maike Wiedwald* (links).

Für die ebenfalls ehrenamtlich ausgeübte Aufgabe der Geschäftsführung wurden als Team *Sebastian Guttman* (Foto: Mitte) und *Marianne Friemelt* gewählt.

Als erste Arbeitsschwerpunkte nannten die Gewählten die Gestaltung

einer demokratisch verfassten Schule an Stelle der von der Landesregierung propagierten „selbstständigen Schule“, den Einsatz für eine Schule für alle und für gelingende Inklusion, den Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller im Erziehungs- und Bildungswesen Tätigen sowie die Weiterentwicklung der GEW zur Tarifgewerkschaft mit gerechten Vergütungen, die die Leistung der Beschäftigten wertschätzen.

Alle Schulen und Bildungseinrichtungen wurden aufgerufen, an der Vernetzung der Gewerkschaftsebenen durch regen gegenseitigen Informationsaustausch und Beteiligung an Aktionen teilzunehmen.

Mit großem Dank wurde *Herbert Storm* verabschiedet, der mehr als 14 Jahre im Vorsitzendenteam mit *Karola Stötzel*, *Elke Große-Vorholt* und zuletzt mit *Bettina Happ-Rohé* erfolgreich und mit großem Einsatz gearbeitet hat, ebenso wie *Hajo Dröll*, der als hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär die Bereiche Weiterbildung und Sozialpädagogik der GEW organisierte.

X **Landeselternbeirat für Oberstufengymnasien**

Der Landeselternbeirat Hessen (LEB) sieht in den wachsenden Schülerzahlen an Oberstufengymnasien und beruflichen Gymnasien, die nicht nur von Schülerinnen und Schülern der Gesamt- und Realschulen, sondern zunehmend auch von Schülerinnen und Schülern herkömmlicher Gymnasien besucht werden, eine Bestätigung für seine Kritik an der Schulzeitverkürzung:

„G8-gestresste Schülerinnen und Schüler wechseln ab der Einführungsphase lieber auf Oberstufengymnasien, die meist ein breiteres und attraktiveres Spektrum an Leistungskursen anbieten können“.

Der LEB fordert gemeinsam mit allen Stadt- und Kreiselternbeiräten, „dass die Integrierten Gesamtschulen grundsätzlich mit einer Oberstufe ausgestattet werden sollen, damit die Schülerinnen und Schüler mit dem gewohnten Gesamtkonzept erfolgreich ihr Abitur ablegen können“.

X **Landeschülervertretung: Schule verbessern**

Die 36-seitige Handreichung der Landeschülervertretung Hessen „Schule und Unterricht gemeinsam verbessern“ bietet Schülerinnen und Schülern eine Fülle von Anregungen, wie sie auf den Schulalltag Einfluss nehmen können. Man findet dort unter anderem

- eine Checkliste zur Überprüfung der Lernbedingungen, die nötig sind, um eine möglichst hohe Unterrichtsqualität zu erreichen,
- Möglichkeiten für ein Unterrichtsfeedback (Feedback-Bögen),
- Informationen über Zuständigkeiten für Fragen der personellen und sächlichen Ausstattung der Schulen,
- Musterschreiben an die Schulleitung, die Schulkonferenz, den Schulträger, das Staatliche Schulamt und das Kultusministerium, um konkrete Hilfestellung für Verbesserungen einzufordern.

Die auch für Lehrkräfte und Eltern sehr interessante Handreichung kann bei der LSV Hessen bestellt und unter www.lsv-hessen.de herunter geladen werden.



Wehret den Anfängen ...

Die rechtsextreme Szene in Hessen

Die Hoffnung, der Rechtsextremismus würde sich mit der Altersentwicklung, dem Ableben der in der NS-Zeit (politisch) sozialisierten Generationen, erledigen, trägt. Im Gegenteil zeigen sich in der Geschichte der Bundesrepublik und Hessens zwei Entwicklungen: Der Rechtsextremismus ist – bei allem Auf und Ab – ein Dauerphänomen der bundesdeutschen (und damit hessischen) Gesellschaft und politischen Kultur geworden. Es gelingt dem rechtsextremen Lager immer wieder, neben dem parteiförmig organisierten Rechtsextremismus und „alten“ neonazistischen Kleingruppen neue Organisationsformen herauszubilden, eine Generationenfolge herzustellen und sich ideologisch zu „modernisieren“. Dazu gehören vor allem zwei **neuere Phänomene**, die zeigen, dass und wie sich aktuell Verjüngungsprozesse im rechtsextremen Lager darstellen.

Kameradschaften und Autonome Nationalisten

Das sind einmal die aktionsorientierten Gruppen mit den Bezeichnungen „Freie Kräfte“, „Kameradschaften“ und „Autonome Nationalisten“. Hier gab es in den letzten Jahren und gibt es aktuell in Hessen lokale und regionale Schwerpunkte mit überschaubaren Kerngruppen wie „Sturm 18“ in Kassel, die „Freien Kräfte Schwalm-Eder“ (FKSE), die Freien Nationalisten Siegen (länderübergreifend), die Kameradschaft Darmstadt, die Autonomen Nationalisten (AN) beziehungsweise die „Anti-Antifa“ im Raum Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis), die Kameradschaft im Raum Bergstraße und Odenwald (in den Rhein-Neckar-Raum hinein) sowie eine Kerngruppe „Rhein-Main“ (im Frankfurter Raum) und in Echzell/Wetteraukreis. Seit den 1990er Jahren sind diese Organisationsformen zunächst mit Kerngruppen, aber auch mit einem Umfeld entstanden. Sie sind dynamisch und lösen sich zum Teil wieder auf, sie geben sich neue Namen und es gelingt ihnen immer wieder, neue Jugendliche zu gewinnen. Es sind vor allem männliche Jugendliche und junge Männer, die in diesen Gruppen militant auftreten, zur Gewalt neigen und radikalisiert sind. Die Gruppen sind überschaubar, zum Teil mehr informell strukturiert („Freie Kräfte“) und zum Teil mehr autoritär-hierarchisch organisiert (Kameradschaften).

Jugendkulturelles Dauerphänomen

Eine weitere neuere Entwicklung in der Bundesrepublik ist als jugendkulturelles Phänomen in Hessen mehrfach auf Landkreis- und kommunaler Ebene untersucht worden. Es sind die rechten Jugendcliquen, die mit Musik und Eventkultur, Konzerten und Geburtstagsfeiern, Grillfesten, in öffentlichen und privaten Räumen, mit Outfit und Alkoholkonsum, dann auch mit Provokationen und gewaltförmigen Auseinandersetzungen mit anderen Gruppen typische Merkmale eines jugendkulturellen, auch rebellischen Verhaltens aufweisen. Diese rechten Cliques, ihre Aktivitäten und das erreichbare Umfeld sind schwer zu quantifizieren, aber es gibt solche Phänomene beinahe flächendeckend, wie unsere Befragungen und Berichte aus Schulen und der Jugendarbeit in vielen Landkreisen und

Kommunen zeigen. Es sind freizeit-kulturelle, erlebnis- und aktionsorientierte Zusammenhänge vor allem im ländlichen Raum, in Dörfern und Kleinstädten. Hier gibt es wiederholt einen Generationenwechsel, und wir haben es seit fast zwei Jahrzehnten mit einem jugendkulturellen Dauerphänomen zu tun. Dabei kommt der rechtsextremen Musik in der Ansprache und Gewinnung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine herausragende und ungebrochene Bedeutung zu. Dazu zählen Bands wie Hauptkampflinie (HKL), Störmanöver, Nordglanz, Faust und Gegenschlag, Konzerte und der Vertrieb oder die Verteilung von CDs. Mit unterschiedlichen Musikstilen werden Erlebniswelt und Ideologie produziert und Propaganda gemacht. Ähnlich große Bedeutung haben die Aktivitäten im Internet, das für alle Facetten des „rechten Jugendlebens“ – ob Homepages, Web 2.0, Foren, Chats oder selbst erstellte Filme – genutzt wird.

Benno Hafeneeger

HLZ-Titelbild: Rechtsextreme Symbole

Da die Verwendung nationalsozialistischer Symbole strafrechtlich verfolgt wird, hat sich in der rechtsextremen, neonazistischen Szene ein Code entwickelt, mit dem man dieses Verbot umgehen will. Zahlenkombinationen beziehen sich auf die Buchstabenfolge im Alphabet: Die Zahl 18 wie auf dem untenstehenden Foto verweist auf die Buchstaben A und H (Adolf Hitler), die Zahl 88 (HLZ-Titelbild) auf die Buchstaben H und H (Heil Hitler) oder die Zahl 444 auf den Buchstaben D (Deutschland den Deutschen!).





Nur Glatzen und Springerstiefel?

Erlebniswelten rechtsextremer Jugendlicher

Gewalt, Alkohol und Bomberjacken. Das ist in etwa das Bild der rechtsextremistischen Szene, das nach wie vor transportiert und gern benutzt wird, um die Lebenswelten von rechtsextremistischen Jugendlichen zu beschreiben. Doch trifft dieses Bild tatsächlich auf die Mehrheit der Jugendlichen zu, die im Zusammenhang mit rechtsextremen Erscheinungsformen auffällig werden? Oder ist dieses ein verkürztes Bild, das den Blick auf den inzwischen existierenden Facettenreichtum der Szene verstellt?

Unauffällig, höflich, freundlich

Erschrocken stellen manche Lehrerinnen und Lehrer fest, dass es in vielen Fällen Schülerinnen und Schüler sind, die gar nicht in das Klischee passen wollen. Unauffälliges Outfit, höflich, freundlich, dazu gute Noten. Und trotzdem auffällige Sprüche, die Glorifizierung der Wehrmacht oder die Forderung nach Einführung der Todesstrafe. Um dies zu verstehen, ist es notwendig, einen genaueren Blick auf die rechtsextremistische Szene und ihre Erlebniswelten zu werfen. Was hat sich im Auftreten von Rechtsextremisten geändert? Der Versuch, „gesellschaftsfähig“ zu werden und demokratische Organisationen und Strukturen zu durchdringen, hat zu einem deutlichen Wandel geführt.

Die modernen Erscheinungsformen, weg von Glatze und Bomberjacke, hin zu am Mainstream orientierten Modemarken und Styles, die nicht mehr auf den ersten Blick als rechtsextrem zu erkennen sind, gehen einher mit einer inzwischen weit ausdifferenzierten rechtsextremistischen Erlebniswelt. Diese durchdringt inzwischen nahezu alle Facetten des Alltags von Jugendlichen. Rechtsextremist zu sein

ist heute nicht mehr nur die Zugehörigkeit zu einer entsprechenden Gruppierung oder der regelmäßige Besuch von einschlägigen Veranstaltungen. Auch für den privaten, scheinbar unpolitischen Raum gibt es Angebote.

Tauglich für den Mainstream

Der Erstkontakt findet nach wie vor oft über den Freundeskreis statt, Mitschüler oder andere Bekannte, die schon länger aktiv sind. Diese faszinieren durch eine mehr oder weniger offen zur Schau gestellte Rebellion gegen die bestehenden Normen und das provokante Antasten von Tabus. Oder es sind die einfachen Lösungen für die komplexen Probleme einer globalisierten Welt. Wichtiges Hilfsmittel hierzu ist die Musik mit Bands, die vor allem durch extrem gewaltverherrlichende Texte und den gezielten Tabubruch auffallen. Bekanntestes Beispiel ist die Band Landser, die inzwischen wegen ihrer Musik als kriminelle Vereinigung verboten ist. Hier sind allein die Titel der Lieder wie „Schlagt sie tot“ oder „Kannake verrecke“ Anreiz genug und sie gehören inzwischen in vielen Schulklassen zum verfügbaren Repertoire.

Dieser verbreitete Konsum hat mehrere Folgen. Zum einen werden Parolen wie die oben genannten zur Normalität. Das Abschreckende einer solchen Gewaltaffinität geht mit der Alltäglichkeit verloren. Schließlich werden auch durch die Texte Versatzstücke rechtsextremer Ideologie wie Antisemitismus oder Ausländerfeindlichkeit in die Köpfe der Jugendlichen transportiert. Wenn man auch nicht immer selbst ein solches Gedankengut teilt, so wird die Toleranz gegenüber menschenverachtenden Positionen gefördert. Rechts-extreme Versatzstücke werden tauglich für den Mainstream.

Aber rechtsextreme Musik ist mehr als Landser. Vor allem in den letzten Jahren haben sich neben Balladensängern und dem seit Beginn der 80er Jahre existierenden Rechtsrock auch Bands in anderen Genres etabliert. So gibt es inzwischen im Hardcore-, Gothic- und Black Metal-Bereich eine ganze Reihe von Bands, die sich eindeutig in die extreme Rechte eingruppierten, vereinzelt sogar im Hip Hop. Die Texte reichen dabei von eindeutig rechtsextrem bis zu eher versteckten Botschaften, die beinahe jeden Geschmack bedienen können.

In Zeiten von mp3, youtube und diversen Musiktäuschbörsen im Internet ist die Verfügbarkeit der Musik stets gewährleistet. Auch Indizierungen oder Verbote können die Verbreitung nicht unterbinden. Der Tausch läuft von Person zu Person oder über Internetportale auf ausländischen Servern weiter.

Über 1.700 rechtsextreme Internetseiten

Das Internet mit seinen rechtlichen Grauzonen hat noch eine andere wichtige Funktion für die rechtsextreme Szene. Es ist als wichtigstes Informations- und Kommunikationsmedium der Jugendlichen von besonderem Interesse. Was für die Musik gilt, gilt inzwischen auch für das Internet: Jeder hat da-

Den Rechtsextremisten entgegentreten

In seiner Rede zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar lobte Bundestagspräsident *Norbert Lammert* im Bundestag das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, „die den Rechtsextremen, die durch ihre Städte marschieren wollen, immer wieder entgegentreten und zeigen: Wir dulden eure Diffamierungen, euren Hass nicht, schon gar nicht eure Gewalt“. Lammert lobte die „Menschen, die Zivilcourage beweisen, die nicht wegsehen, (...) Menschen, die ein Beispiel geben und die Mut machen“. Zu diesen Menschen gehören auch die Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im hessischen Landtag *Janine Wissler* und *Willy van Ooyen*, die sich am 13. Februar 2010 mit mehr als zehntausend Menschen einem Marsch von 5.000 Rechtsextremisten in Dresden entgegenstellten, die den Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg für ihre Propaganda nutzen wollten. Jetzt, zwei Jahre später, hob der hessische Landtag Anfang Februar 2012 auf Antrag der Staatsanwaltschaft, die Wissler und van Ooyen als „Rädelsführer“ verfolgt, mit den Stimmen von CDU und FDP die Immunität der beiden Abgeordneten auf.

mit Kontakt. So kann potenziell jeder erreicht werden und das versucht die Szene zu nutzen: Inzwischen gibt es allein in der Bundesrepublik über 1.700 rechtsextreme Internetseiten. Es ist eine Parallelwelt entstanden mit Informationsbörsen, Diskussionsforen, den Seiten von Parteien und Organisationen wie den Kameradschaften, Kampagnenseiten zur Mobilisierung für Aktionen und Demonstrationen bis hin zu Single- und Kontaktbörsen.

In neuster Zeit wird auch für die extreme Rechte das sogenannte Web 2.0 immer wichtiger. In Sozialen Netzwerken wie Facebook sind inzwischen viele Gruppierungen vertreten. Dort ist die Reichweite der Angebote noch höher. Durch die enge Vernetzung über Freundeslisten und die Möglichkeit, Bilder und Videos zu posten, können Personenkreise erreicht werden, die im übrigen Netz wohl unerreichbar bleiben würden. Die einschlägigen Einträge im Web 2.0 sind mittlerweile auf über 6.000 gestiegen.

Durch die Internationalität des Internets bietet sich zudem die Möglichkeit, Beschränkungen des deutschen Strafrechtes, zum Beispiel hinsichtlich der Verherrlichung des Nationalsozialismus, zu umgehen. Wie auch bei der Musik scheinen Regeln und Gesetze aufgehoben: Man kann sich darüber hinwegsetzen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

Auch in der realen Welt gibt es Bestrebungen, bestehende Beschränkungen auszuhöhlen. So haben sich Symboliken und Codes, die in der Szene verwendet werden, in den letzten Jahren gewandelt. Um verbotene Parolen wie die Grußformel „Heil Hitler“ ungestraft benutzen zu können, werden Zahlencodes benutzt. In diesem Fall wird der Gruß durch die 88 symbolisiert. Die Achten stehen dabei jeweils für den 8. Buchstaben des Alphabets. Dass die Abkürzung HH den Hitler-Gruß symbolisiert, ist Allgemeingut in der Szene. Andere Codes wie die 18 für A und H, die Initialen von Adolf Hitler, oder die 28 als Zeichen für das verbotene Musiknetzwerk Blood and Honour finden ebenfalls Verwendung. Insgesamt geht der Trend weg von offen erkennbaren, hin zu den meist nur Szenekundigen bekannten Symbolen, die aber oftmals einen eindeutigeren Bezug zum Nationalsozialismus haben. Auch hier gilt das Signal: „Eure Gesetze gelten für uns nicht oder wir können sie umgehen.“

Subkulturelle und linke Zeichen

Alles, was das gewünschte Bild von Protest und Rebellion unterstützt, wird angenommen. Dazu gehören subkulturelle Elemente wie Graffiti oder Themen, die ein Ausdruck jugendlichen Protests sein könnten. Dies sind beispielsweise der Umweltschutz – in der Szene als „Heimatschutz“ bezeichnet – oder die Globalisierung – jedoch nicht mit dem Willen, eine gerechtere Weltordnung zu etablieren, sondern mit dem Ziel der Abschottung und der alleinigen Orientierung an „deutschen Interessen“.

Werden diese Themen eher mit der politischen Linken verbunden, wird von rechts außen versucht, deren Gestus und Handeln zu kopieren, vor allem das der „Autonomen“ der 90er Jahre. Deutlichster Ausdruck davon sind die sogenannten „Autonomen Nationalisten“, eine äußerlich fast perfekte Kopie der autonomen Szene und deren Auftreten bei Demonstrationen als „Schwarzer Block“. Diese Kopie beinhaltet nicht nur das Outfit, sondern auch Symbole oder Parolen. Inhalte, die mit diesen Erscheinungsformen ursprünglich transportiert werden sollten, wie Unabhängigkeit oder Hierarchiefreiheit werden naturgemäß nicht über-



nommen. Auch Autonome Nationalisten wünschen sich einen „Führer“.

Besonders wichtig ist ihnen bei der Kopie linker Erscheinungsformen der – auch früher schon so genannte – „Kampf um die Straße“: das Prägen des Stadtbildes, das Schaffen einer Meinungshegemonie. Hier kommen die Graffitis ebenso ins Spiel wie die zahlreichen Aufkleber, Sprühereien, Plakate und schließlich die Akteure der Szene selbst.

Der „Kampf um die Straße“

Verhältnismäßig neu ist das militante Auftreten bei Demonstrationen, und zwar wieder in Verbindung mit dem „Schwarzen Block“. Hier wird getestet, wie weit sich die Selbstsicht, die gefühlte Stärke und Überlegenheit an der Realität messen lassen können. Man sucht inzwischen offen die Auseinandersetzung mit Polizei und Gegendemonstranten, um Selbstbestätigung zu erhalten. Fehlt der Widerspruch und werden dort nicht klare Grenzen aufgezeigt, feiert man dies als Erfolg. Werden beispielsweise auf einer Demonstration verbotene Parolen gerufen, Auflagen nicht beachtet und Drohungen oder tätliche Übergriffe auf Gegner durchgeführt und wird dies nicht geahndet, wird dies das Gefühl der eigenen Überlegenheit gegenüber dem „System“ bestärken. Eine weitere Eskalation rechtsextremen Auftretens und schlussendlich auch der daraus folgenden Gewalt sind zu befürchten. Ein konsequentes und frühzeitiges Intervenieren aller Beteiligten kann dagegen oft Schlimmeres verhindern und die Szene unattraktiver machen.

Die aufgezeigte Entwicklung macht es schwieriger, rechtsextreme Tendenzen zu erkennen und mit den von den beschriebenen Erlebniswelten geprägten Jugendlichen und ihrem Umfeld umzugehen. Doch niemand muss dies allein meistern. Hilfe gibt es beispielsweise beim Beratungsnetzwerk Hessen (HLZ S. 16), das fachkundige Beratung, zugeschnitten auf den jeweiligen Bedarf, anbietet.

Helge von Horn

Helge von Horn ist freier Mitarbeiter beim Beratungsnetzwerk Hessen und bietet Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen „Rechtsextremismus erkennen“, „Strategien und Entwicklungen der extremen Rechten“ und „Umgang mit Rechtsextremismus in der Schule“ an, unter anderem auch beim GEW-Fortbildungswerk lea (HLZ S. 18).



Rechtsextreme Männlichkeit(en)

Die Neonaziszene ist nicht nur, aber vor allem männlich

Die rechtsextreme Szene ist nicht nur, aber vor allem männlich. Sie ist dominiert von jungen Männern und kann als eine spezifische und mit langen Traditionen verbundene Form männlicher bzw. männerbündischer Gesellung charakterisiert werden. Das gilt für die rechtsextremen Parteien, die neonazistischen Gruppen, Teile der Skinheadszenen, dann für Gruppen im Spektrum der Kameradschaften, Autonomen Nationalisten und Netzwerke. Weiter zeigen Wahlanalysen, dass etwa zwei Drittel der Wähler von rechtsextremen Parteien männlich sind. Bei Wahlen in den letzten Jahrzehnten haben vor allem männliche Jung- und Erstwähler mit schlechter schulischer und beruflicher Bildung wiederholt und überdurchschnittlich rechtsextreme Parteien gewählt. Weitere Daten zeigen, dass die antisemitisch und rechtsextrem motivierten Straf- und Gewalttaten fast ausschließlich von (jungen) Männern begangen werden.

Die wenigen Hinweise machen deutlich, dass der Rechtsextremismus „etwas mit Männlichkeit“ zu tun hat und vor allem ein männliches Phänomen ist. Dabei gibt es Klärungsbedarf vor allem in drei Richtungen:

Erstens sind unter anderem folgende empirische Fragen zu klären: Wie sehen die Motive und Wege des Einstiegs, die Prozesse der Verfestigung, die biografischen Entwicklungen und Einbindungen in die Szene aus, die zu einer rechten Männlichkeit führen? Männliche Jugendliche werden in die Szene hinein und dann in der Szene sozialisiert beziehungsweise vergemeinschaftet.

Zweitens sind analytische Fragen zu beantworten: Welche Männlichkeit(en) bzw. Männlichkeitsbilder und welche „männlichen Praxen“ werden von der rechtsextremen Szene angeboten und machen sie für Teile aus der jungen männlichen Generation dauerhaft oder vorübergehend interessant und „attraktiv“?

Drittens sind Fragen nach dem pädagogischen Umgang mit männlichen Jugendlichen in der Szene und in deren Umfeld zu beantworten: Wie und mit welchen Angeboten sind solche Jugendlichen zu erreichen?

Ein spezifisches Bild bzw. eine Konstruktion von Männlichkeit gehört konstitutiv zum Rechtsextremismus; das gilt für alle Gruppen und Phänomene, alle jugendlich-männlichen Milieus, für das Weltbild und die Praktiken der Szene. Diesem Bild lassen sich zehn Attribute zuordnen:

1. Es sind maskuline und dominierende Macht-, Überlegenheits- und Männlichkeitsansprüche, mit denen versucht wird, lebensweltliche Erfahrungen zu verarbeiten und männliche Identität herzustellen.

2. Es ist eine trainierte, kämpferisch-soldatische und stark gewaltaffine Männlichkeit, die als „soldatische“ und „militarisierte“ Männlichkeit mit historischen Traditionen insbesondere aus der NS-Zeit und der Wehrmacht verbunden wird. Kreiert wird der „deutsche Junge“ und „deutsche Mann“, der Macht, Stärke und Selbstbehauptung demonstrieren soll.

3. Es ist die Abgrenzung und Abwertung, die hasserfüllte Gefühlswelt gegenüber Anderen, Fremden (fremden Männern) und Fremdheit. Die Konstruktion von Feindbildern richtet sich immer auch gegen andere Männlichkeiten; es ist ein „Kampf um Männlichkeit(en)“ und um die Macht der weißen (arischen, deutschen) Männer. Es ist eine Ideologie des männlichen Körpers und des „deutschen“ Mannes, der für die „nationale Sache“ kämpft, die Familie beschützt und bereit ist, sich für Familie, Volk und Vaterland zu opfern.

4. Es ist ein Mann, der deutsch-nationalistisch, völkisch und rassistisch denkt, der Geschlechterhierarchien (eine dichotome Ordnung) herstellt und für den eine soldatische Körperlichkeit und zugehörige Körperpraxen einen hohen Wert besitzen. Mit Begriffen wie „natürliche“, „deutsche“, „wirkliche“, „richtige“ und „wahre“ Männlichkeit und entsprechender Weiblichkeit werden eindeutige und klare Geschlechter- und Männer-/Frauenverhältnisse in der gedachten Volksgemeinschaft konstruiert.

5. Es ist ein elitäres Denken und es sind vielfältige Feindbildkonstruktionen mit Abwertungen von sozialen Gruppen; das sind vor allem fremdenfeindliche, rassistische, homophobe, sexistische, antisemitische und islamfeindliche Orientierungen, die für die eigene männliche Identität von zentraler Bedeutung sind.

6. Es ist die Inszenierung als verschworene Kameradschaft und Rebellion, zu der auch Provokationen, Militanz, Gewaltbereitschaft und -anwendung gehören. Die eindeutige Körpersprache zeigt den Körper als Medium, der immer wieder martialisch auftritt, Gewalt androht oder mit Gewalt handelt. Der Körper ist ein demonstratives Instrument des Kampfes und unterliegt einem „Gewaltcurriculum“; er wird eingesetzt um sich wahrzunehmen, auszudrücken und durchzusetzen. Gleichzeitig wird er verachtet, indem er Gefährdungen und Risiken ausgesetzt wird.

Literatur zum Thema

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2011): Zwischen Propaganda und Mimikry. Neonazistrategien in Sozialen Netzwerken, Berlin
 Birsl, U. (2011): Rechtsextremismus und Gender, Opladen und Farmington Hills
 Claus, R./Lehnert, E./Müller, Y. (Hrsg.): „Was ein rechter Mann ist...“ Männlichkeiten im Rechtsextremismus, Berlin 2010
 Geisler, A./Schultheiß, Chr. (2011): Heile Welten. Rechter Alltag in Deutschland, München
 Glaser, S./Pfeiffer, T. (Hrsg.) (2007): Erlebnisswelt Rechtsextremismus, Schwalbach/Ts.
 Hafenecker, B. (2011): Der aggressive Jugendkörper, in: Niekrenz, Y./Witte, M. (Hrsg.), Jugend und Körper, Weinheim und München, S. 123-139
 Möller, K. (2008): Körperpraxis und Männlichkeit bei Skinheads. Hegemonialansprüche, Marginalisierung und Rebellion, in: Baur, N./Luedtke, J. (Hrsg.): Die soziale Konstruktion von Männlichkeit, Opladen und Farmington Hills, S. 223-238

7. Es ist ein Männlichkeitsbild, das „alt“ ist und sich „modernisiert“. Es pendelt zwischen „rechtem Schläger“ mit typischer Kleidung (Springerstiefeln und Bomberjacke) und sich äußerlich „jugendlich-hipp“ und subversiv-rebellisch gebendem jungen Mann; und das sich oftmals in seinem Outfit und Gestus kaum noch von einem erklärten Gegner unterscheidet. Die „moderne“ Männlichkeit geht vor allem von subkulturellen, militanten und gewaltbereiten Gruppen (Kameradschaften, Autonomen Nationalisten) aus. Deutlich wird das u. a. in der äußerlich unbefangenen Aneignung von linksautonomer Symbolik und Ästhetik (Kleidung, Sprache, Musik), im Aktionismus (flash mobs) sowie in ideologischen Facetten (Antikapitalismus und -amerikanismus, Straße als Kampfplatz). Eine solche Militanz und Gewaltbereitschaft in der hedonistischen Verbindung mit Spaß und Erleben sorgt für Spannungen im Lager, vor allem mit dem traditionellen Teil und dem Typus des kleinbürgerlich-spießigen NPD-Funktionärs.

8. Es ist der rechtsextreme Alltag und seine Kultur mit Musik (Rechts-/Identitätsrock) und Alkohol; es sind die Aufmärsche, öffentlichen Inszenierungen, gewalthaltigen oder auch paramilitärischen Aktionen, dann die vielfältigen Rituale (Gestik, Auftreten, Gang, Besetzung von Räumen etc.), die zur ständigen Vergewisserung der (völkischen) Zugehörigkeit gehören.

9. Es sind die Verachtung und der Hass auf Intellektualität und Nachdenklichkeit, die mit der Betonung von körperlicher Männlichkeit verbunden sind. Dabei erhalten die physische Stärke, der körperliche Kampf und die körperliche Gewalt in Selbstinszenierungen und Auseinandersetzungen ideologische Bedeutungen.

10. Das Internet, Web 2.0 und die Sozialen Netzwerke (u. a. Facebook-Auftritte) werden von der extremen Rechten zur Präsentation und Kommunikation, Propaganda und Mobilisierung rege genutzt. Mit ihren Aktivitäten in den Sozialen Netzwerken werden deren offenen und subtilen Strategien deutlich, mit denen versucht wird, jugendliche Nutzer anzusprechen und anzuwerben. Zu finden sind unterschiedliche Männlichkeitsbilder und vor allem Männer aus der Szene vertreten bei ihren virtuellen Auftritten einen offenen und aggressiv-kämpferischen Rechtsextremismus, eine Ideologie der Stärke und Härte. Aber die Facetten sind breit: Sie reichen vom offenen Rassismus und völkischer Ideologie über brave (Spieß-)Bürgerlichkeit und ansprechbare Anti-Politiker „gegen die da oben“ bis hin zu „Spaß, Widerstand und Rebellentum“; zu letzteren gehören Metaphern wie „autonom und militant“ und jugendkulturelle Anleihen mit Begriffspaaren wie „frisch und jung“, „hip und cool“.

Vergemeinschaftung in der Szene

Der Demonstration von harter und kämpferischer Männlichkeit steht eine andere Seite von männlichen Jugendlichen und jungen Männern in der Szene gegenüber: Dies sind deren erlebte Marginalisierungen und problematische soziale Hintergründe (niedrige Bildung, familiäre Brüche, ökonomische Problemlagen), die vielfach mit prekären Lebenssituationen verbunden sind. Gleichzeitig ist der rechtsextreme Alltag mit seinen Treffen, homosozialem bzw. männerbündischem Gemeinschafts(er)leben und Kameradschaftsabenden,



dem Beschwören von Gesinnungsgemeinschaft bei Aktionismus, Trinkgelagen, Feiern, Partys, Schulungen, beim Grillen, Gröhlen und Marschieren immer auch dumpf und eintönig. Die rechtsextreme Wirklichkeit ist geprägt von Langeweile, Druck und Kontrolle, Mobbing und Gewalt untereinander. Die Reden von Freundschaft und Kameradschaft, Zusammenhalt und Gemeinschaft – die als Mythen einer verschworenen Gemeinschaft und Elite beschworen werden – sind die eine Seite; die andere Seite ist, dass das rechtsextreme Jungmännerleben verbunden ist mit

- autoritären Hierarchien und Unterordnung nach dem Dominanz- und Führerprinzip,
- Ideologiefragmenten, von denen nicht abgewichen werden darf,
- Gewalt nach außen und innen und auch mit sexueller Gewalt innerhalb der Szene,
- Kontrolle – auch des privaten Lebens,
- einer Kommunikation und Sprüchekultur, die ein oberflächliches Leben charakterisiert,
- Demütigungen und Misshandlungen, Exzessen mit einer körperlichen und psychischen Strafpraxis, z.B. bei „abweichendem“ Verhalten, Ausstieg und „Verrat“.

Pädagogische Herausforderung

Die skizzierten Männlichkeitsbilder und -praxen prägen Jugendliche und junge Männer in der rechtsextremen Szene. Sie haben in der adoleszenten Entwicklungszeit eine politisch-männliche sozialisatorische Bedeutung, und sie sind immer auch – wenn Entwicklungen noch offen sind – mit Brüchen in den rechten Vergemeinschaftungserfahrungen verbunden. Die Bilder und Wirklichkeiten der Szene müssen in der pädagogischen Arbeit aufgenommen werden, wenn man Jugendliche erreichen will. Das gilt neben ideologischen gerade auch für körperliche Inszenierungen im Prozess der Herausbildung von männlicher Identität.

Die rechtsextreme Szene bewegt sich zwischen gesellschaftlicher und subjektiv erlebter Marginalisierung und maskulinen Hegemonialansprüchen. Sie bietet männlichen Jugendlichen ein Feld für die Bearbeitung ihrer Adoleszenz und Identitätsentwicklung, ihrer Brüche und Krisen; und sie erreicht mit ihren Angeboten vor allem männliche Jugendliche mit kumulativen Erfahrungen sozialer Marginalisierung. Damit ist angedeutet, dass es in der Arbeit mit Jugendlichen in der Szene zu den pädagogischen Herausforderungen gehört, ihnen auch Wege hin zu anderen – kreativen, selbstbestimmten, reflexiven – Männlichkeitsentwürfen und -praxen aufzuzeigen und diese erfahrbar zu machen.

Prof. Dr. Benno Hafenecker



Demokratie lernen

Schulentwicklung und Prävention gegen Rechtsextremismus

In vielen Debatten und Veröffentlichungen wird eine „demokratische Schulentwicklung“ als Schlüssel für eine erfolgreiche Präventionsarbeit gegen Rassismus und Rechtsextremismus angesehen. Insbesondere das Programm der Bund-Länder-Kommission (BLK) „Demokratie lernen und leben“ sowie das Modellprojekt „Demokratie in der Schule“ versuchen Defizite und Leerstellen punktueller kurzzeitpädagogischer Maßnahmen in der schulischen Praxis der Rechtsextremismusprävention aufzugreifen. Die Berliner Lehrerin und GEW-Kollegin Gabi Elverich zeigt in ihrer Dissertation „Demokratische Schulentwicklung – Potenziale und Grenzen einer Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus in der Schule“ (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011) die Möglichkeiten und Grenzen einer solchen Strategie auf, die die Institution Schule als Ganzes in den Blick nimmt und durch die Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten und eine Stärkung erfahrungsorientierten Lernens zur Entwicklung demokratischer Handlungskompetenz beitragen soll.

Die Verbesserung von Schulkultur und Schulklima gelten als wirksame Strategie gegen Rechtsextremismus. Demokratische Schulentwicklung als Konzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus setzt nicht nur auf die Entwicklung einer Kultur des Respekts und der Anerkennung, sondern auch auf die Erweiterung von Partizipationsmöglichkeiten und die Ermöglichung von Selbstwirksamkeitserfahrungen. Diese Programmatik erscheint plausibel und wird teilweise auch durch empirische Befunde gestützt. Meine Fallstudie verdeutlicht jedoch, dass sowohl das Konzept als auch der Umsetzungsprozess demokratischer Schulentwicklung in einer Schule mit rechtsextremen Tendenzen in der Schülerschaft Schiefen mit sich bringen können. Die Ergebnisse verweisen auf Leerstellen, die einer theoretisch-konzeptionellen Schärfung bedürfen, um den Ansatz im Sinne einer integrierten Handlungsstrategie gegen Rechtsextremismus weiter ausarbeiten zu können.

Ideenwettbewerb gegen Rechts

Das Bundesministerium der Justiz hat einen Schülerwettbewerb ins Leben gerufen, der Ideen gegen Rechtsextremismus fördern und auszeichnen will. Was können Schülerinnen und Schüler in ihrem Freundeskreis, an der Schule oder in ihrer Stadt gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz und Diskriminierung unternehmen? Welche Möglichkeiten gibt es im Internet, sich gegen Rechtsextremismus stark zu machen? Mitmachen können alle Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren – entweder einzeln oder als Gruppe oder Schulklasse. Der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt: Als Wettbewerbsbeitrag kann ein Video oder eine Webseite gestaltet, eine Fotoreportage oder eine künstlerisch-kreative Arbeit erstellt oder ein interessanter Text geschrieben werden.

- weitere Infos unter: www.gerechte-sache.de

Konkreten Handlungsbedarf nicht vernachlässigen

Die Leerstellen auf der Ebene des Konzeptes beziehen sich vor allem auf die ungenaue Begriffsverwendung und das ungeklärte Verhältnis von Rechtsextremismus und Demokratie sowie auf die mangelnde Reflexion institutioneller Grenzen und Widersprüche. Wenn Schulen den Schwerpunkt auf Partizipation und Mitbestimmung als demokratische Teilnehmungsformen legen und damit die Potenziale politischer Bildung und die Idee von Schule als Erfahrungsraum und Lernfeld für Demokratie betonen, vernachlässigen sie u. U. die Auseinandersetzung mit demokratischen Werten und Spannungsfeldern demokratischer Prinzipien. Zudem kann dieser Ansatz Gefahr laufen, restriktive strukturelle Beharrlichkeiten zu unterschätzen und institutionelle Widersprüche und Grenzen der schulischen Handlungsmöglichkeiten nicht adäquat zu reflektieren.

Auch positive Umsetzungserfahrungen demokratiebezogener Schulentwicklung, z. B. im Kontext des BLK-Programmes „Demokratie lernen und leben“, lassen teilweise eine explizite Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen vermissen. Als Handlungsstrategie mit der expliziten Zielsetzung, eine Antwort auf Rechtsextremismus in der Schule zu finden, bedarf der Ansatz demokratischer Schulentwicklung jedoch einer Explizierung und Spezifizierung dieser Zielrichtung.

Die Forschungsergebnisse zeigen, wie der konkrete Handlungsbedarf im Umgang mit rechtsextremen Tendenzen in der Schule durch den breiten Fokus der Demokratie- und Qualitätsentwicklung aus dem Blickfeld geraten kann.

Dies lässt vermuten, dass der umgekehrte Weg, ausgehend von einer problemzentrierten und expliziten Bearbeitung rechtsextremer Ausdrucksformen im Schulalltag die Blickrichtung auf strukturelle und schulkulturelle Aspekte auszuweiten, der Bearbeitung des Ausgangsproblems adäquater Rechnung tragen würde. Analog zur politischen Kultur, die „nur längerfristig und behutsam verändert werden“ (1) kann, ist auch die Veränderung der Schulkultur durch ein kleinschrittiges Vorgehen und das Anknüpfen an vorhandene Strukturen und Problemlagen aussichtsreicher als die schnelle Veränderung des großen Ganzen.

Umgang mit der Einwanderungsgesellschaft

Dies würde bedeuten, die Entwicklung gezielter Handlungsstrategien stärker an den konkreten Herausforderungen des Schulalltags im Hinblick auf den Umgang mit rechtsextremen Tendenzen zu orientieren. Ausgehend von der Relevanz der Unterrichtsentwicklung, die in der Fallstudie aufgezeigt werden konnte, würde es sich anbieten, nicht nur im Zusammenhang mit projektbezogenem Lernen, sondern auch im Fachunterricht verstärkt nach konkreten Ansatzpunkten zur inhaltlichen Beschäftigung mit Rechtsextremismus und angrenzenden Themenbereichen zu suchen.

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass Veränderungen auf der Ebene der Mitbestimmungsstrukturen nicht ausreichend sind

für eine adäquate Bearbeitung des Rechtsextremismusproblems. Schulkulturelle Veränderungen sind zwar als wichtige Voraussetzung für ein respektvolles Miteinander und die Ermöglichung von Anerkennungs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen anzusehen, sollten aber im Sinne einer integrierten Handlungsstrategie mit einer inhaltlichen Auseinandersetzung einhergehen. Eine konsequente Form der Rechtsextremismusprävention erfordert deshalb auch einen offensiven Umgang mit Fragen und Themen der Einwanderungsgesellschaft wie Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Ausgrenzung, Migration, Flucht und Asyl, Diskriminierung und soziale Benachteiligung. Die Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie sollte deshalb auch die nähere Bestimmung der inhaltlichen Eckpunkte eines menschenrechtlich-demokratisch orientierten Gegenentwurfes zu rechtsextremen Denkwelten umfassen. Die Frage nach der Gestaltung des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft eignet sich besonders, um Unterscheidungsmerkmale zwischen einem menschenrechtlich-demokratischen und einem rechtsextremen Gesellschaftsmodell herauszuarbeiten. Der gesetzlichen Verankerung von Grundrechten und universellen Menschenrechten sowie der prinzipiellen Verhandelbarkeit gesellschaftlicher Regeln steht das rechtsextreme Modell der Volksgemeinschaft gegenüber, das nicht nur hierarchisch und autoritär strukturiert ist, sondern auch bestimmte Bevölkerungsgruppen ausschließt.

Demokratie nicht als abstraktes Ideal

Es ist deshalb gerade im Kontext der Rechtsextremismusprävention unerlässlich, auch mit den Spannungsfeldern und Dilemmata demokratischer Systeme offensiv umzugehen. Dies bedeutet im Hinblick auf die Verfassung und politische Realität der Bundesrepublik auch existierende Regelungen und Ausschlussmechanismen der Asyl- und Einwanderungspolitik, die im Widerspruch zur festgeschriebenen menschenrechtlich-demokratischen Orientierung stehen, zu reflektieren. Demokratie lernen als übergeordneter Bezugspunkt der Rechtsextremismusprävention kann nur dann seine Potenziale entfalten, wenn Demokratie nicht als abstraktes Ideal verklärt, sondern als komplexes und widersprüchliches Konzept begriffen wird, dessen konkrete Gestaltung permanent neu verhandelt und weiterentwickelt werden muss.

Beratung, Ausbildung und Selbstreflexion

Schulen, die das Thema offensiv aufgreifen wollen, können von der Beratung durch Expertinnen und Experten profitieren, die sowohl über die inhaltliche Expertise zu regionalen Ausprägungen des Rechtsextremismusproblems im schulischen Umfeld als auch über methodisches Wissen zur Begleitung und Moderation von Schulentwicklungsprozessen verfügen. Auch Kooperationen mit Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, eine verbesserte Vernetzung im Stadtteil und eine Verzahnung der Aktivitäten sind gewinnbringend für die Rechtsextremismusprävention.

Dabei dürfen die Perspektiven und Belastungen von Lehrerinnen und Lehrern innerhalb der widrigen strukturellen Rahmenbedingungen nicht ausgeblendet werden. Um die Umsetzung eines Konzeptes im Sinne der Entwicklung einer integrierten Gesamtstrategie gezielt abstimmen zu können, ist eine enge Zusammenarbeit und die gemeinsame Erarbeitung der Vorgehensweise durch Beraterinnen, Berater und Lehrkräfte unumgänglich.



Dabei ist jedoch immer auch der gesellschaftliche Kontext der Institution Schule als Gelegenheitsstruktur für die Entwicklung von Gegenstrategien zu Rechtsextremismus zu berücksichtigen. Modellhafte Projekte und curriculare Veränderungen allein können keine umfassende Neuorientierung von Schule im Sinne der Gestaltung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft erzielen. Hierfür ist nicht nur die Veränderung des Selbstverständnisses von Schule nötig, sondern auch „eine Bildungspolitik, die anerkennt, dass die Bundesrepublik offensiv als eine den Menschenrechten verpflichtete demokratische Einwanderungsgesellschaft zu gestalten ist“ (2).

Zudem gilt es, die inhaltliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und angrenzenden Themen in der Aus- und Weiterbildung zu institutionalisieren. Dies würde bedeuten, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich Lehrerinnen und Lehrer mit den Themenfeldern Migration, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung und Menschenrechte theoretisch fundiert auseinandersetzen und auch in der methodischen Bearbeitung qualifizieren können. Dies umfasst auch die Anforderung, eigene Überzeugungen und Haltungen z. B. zur Einwanderung zu überdenken und den Umgang mit verschiedenen Formen von Diskriminierung im Schulalltag (selbst-)kritisch zu reflektieren.

Gabi Elverich

Dr. Gabi Elverich (Jg. 1972) war nach ihrem Lehramtsstudium wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hildesheim und beim Deutschen Jugendinstitut und hat an der Georg-August-Universität Göttingen promoviert. Sie ist Mitglied im Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus und arbeitet als Lehrerin an der Fritzkarsen-Gemeinschaftsschule in Berlin-Neukölln sowie in der außerschulischen Bildung im Bereich der Rechtsextremismusprävention.

(1) Heinz Lynen von Berg und Roland Roth (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. Aufgaben, Konzepte und Erfahrungen. Opladen: Leske + Budrich 2003, S.15

(2) Ulrike Hormel, Albert Scherr: Perspektiven schulischer und außerschulischer Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus. In: Stephan Braun und Daniel Hörsch (Hg.): Rechte Netzwerke – eine Gefahr. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2004, S.199

Für Demokratie Courage zeigen

Jugendliche organisieren Projektstage für Jugendliche

Fremdenfeindlichkeit, gewalttätige Übergriffe von Neonazis, Wahlerfolge neonazistischer Parteien und jede Menge Stammtischparolen sind in Deutschland keine Seltenheit. Das gab uns den Anstoß, unser Netzwerk zu initiieren, um diesen Zuständen etwas entgegenzusetzen. Dafür gehen wir dorthin, wo sich Jugendliche den größten Teil des Tages aufhalten: in Schulen, in Ausbildungseinrichtungen und in Jugendclubs. Statt Mathe oder Biologie stehen dann Themen wie „Schublade offen! Am Anfang war das Vorurteil“ auf dem Lehrplan. So tragen wir die Jugendarbeit in die Schule hinein und erreichen so auch Jugendliche, die Angebote der politischen Bildung sonst nicht nutzen würden. Ausgehend von den Erfahrungen der Jugendlichen diskutieren wir mit ihnen über die Themen Rassismus, Sexismus, Vorurteile und menschenverachtendes Denken, ermutigen zur Zivilcourage und zeigen konkrete Möglichkeiten für demokratisches Engagement auf. Dank einer Vielfalt interaktiver Methoden vermitteln wir Demokratie als ein greifbares Erlebnis, das viel Spaß macht.

Die Projektstage werden von Jugendlichen für Jugendliche durchgeführt – ehrenamtlich. Mit viel Authentizität bringen sie frischen Wind in die Schulen und schaffen eine vertrauensvolle Gesprächsatmosphäre auf Augenhöhe. Dass junge Menschen, die teilweise nur wenig älter sind als sie selbst, die Projektstage gestalten, ist für die

meisten Schülerinnen und Schüler neu. Dies ermöglicht es ihnen, frei von Bewertungsdruck persönliche Meinungen äußern zu können. Die ehrenamtlich engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden in einer intensiven, mehrtägigen Ausbildung zu Teamern und Teamerinnen qualifiziert, um die Projektstage selbstständig im Zweierteam durchführen zu können. Während der Ausbildung setzen sie sich mit den Inhalten der Projektstage auseinander, üben sich in Didaktik und Rhetorik und lernen Bildungsprozesse zu gestalten.

Im NDC gestalten die Teamerinnen und Teamer die Projektstage inhaltlich und methodisch mit. Die Konzepte werden beteiligungsorientiert erarbeitet und einmal jährlich angepasst, um die fortlaufende Aktualität zu gewährleisten.

Dies geschieht auf Grundlage der Selbstevaluation, die die Teamerinnen und Teamer nach jedem Projekttag durchführen. Die Anmerkungen und Wünsche fließen so direkt in die Überarbeitung der Projektstage ein. So bleiben die Konzepte immer ganz dicht an der Lebenswirklichkeit und den Bedürfnissen der Jugendlichen in den Schulen und Ausbildungseinrichtungen. Dass die Teamer und Teamerinnen ihre Ideen nicht nur einbringen, sondern sich gleichzeitig auch um deren Umsetzung kümmern, sichert eine hohe Motivation und Identifikation mit der Arbeit des NDC.

Ausgehend von einem kleinen Kreis junger Menschen, die zunächst in Sachsen vor über zehn Jahren die ersten Projektstage für Schulen entwickelten, ist das Netzwerk inzwischen gewachsen. Heute engagieren wir uns in elf Bundesländern, in Frankreich und Belgien. Jährlich erreichen wir eine Vielzahl an Schülern, bilden regelmäßig Jugendliche für die ehrenamtliche Durchführung der Projektstage aus und bieten auch Lehrerinnen und Lehrern Fortbildungen zur weiteren Bearbeitung der Themen im Unterricht an. Oft hören wir von den Schülerinnen und Schülern, dass sie zum ersten Mal die Möglichkeit hatten, sich in dieser Form über gesellschaftliche Themen mitzuteilen und dass sie dabei auch noch Spaß hatten. Auch Lehrerinnen und Lehrer waren über die Diskussionsbereitschaft ansonsten eher unauffälliger Schüler überrascht. Dies gibt uns den Antrieb, uns auch weiterhin für Antirassismus und ein demokratisches Miteinander in Schulen und Jugendeinrichtungen einzusetzen. Seit 1999 haben wir bundesweit

- 2.253 ehrenamtliche Teamerinnen und Teamer in 149 Basis-Teamschulungen ausgebildet,
 - 10.928 Projektstage durchgeführt,
 - 163.920 Schülerinnen und Schüler erreicht,
 - 188 ehrenamtliche Trainerinnen und Trainer ausgebildet und
 - 295 Teamtreffen zur Qualitätssicherung durchgeführt.
- Bei der Vielfalt aller Bildungsaktivitäten innerhalb des NDC sind verbindliche Absprachen unabdingbar, um eine netzwerkübergreifend hohe Qualität der Arbeit abzusichern. Unsere Arbeit unterliegt daher bundesweit verbindlich vereinbarten Qualitätskriterien, die die Bildungs- und Netzwerkarbeit des NDC regeln. Dazu gehören das Arbeiten mit bundesweit einheitlichen Konzepten (Ziel-Inhalt-Methode-Papier), deren regelmäßige Überarbeitung sowie die bundesweite Evaluation all unserer Bildungsangebote.

In Hessen wird das NDC seit 2005 von der DGB-Jugend organisiert. Seit dem Jahr 2007 beteiligt sich daran zusätzlich der Bund der deutschen katholischen Jugend. Jährlich finden in Hessen im Schnitt 70 Projektstage statt. Folgende Projektstage sind in Hessen buchbar:

- **Projekttag A – Schublade offen! Am Anfang war das Vorurteil** (Diskriminierung, Rassismus, Migration und couragiertes Handeln)
- **Projekttag B – Alles verändert sich – Du machst den Unterschied!** (Chancen, Interessen und Einflussmöglichkeiten in unserer Gesellschaft)
- **Projekttag C – Egal geht nicht!** (Couragiertes Handeln gegen menschenverachtende Einstellungen und Neonazis)
- **Projekttag S – Was Barbie und Superman uns vorgeben** (Geschlechterbilder, Sexismus und couragiertes Handeln)
- **Projekttag F – Fortbildung** (Projekttag für Multiplikator/innen in Schule und Jugendarbeit zu rechter Ideologie und praktischer Handlungskompetenz)

Sascha Schmidt, DGB Hessen

Kontakt zur Landesnetzstelle Hessen: Sascha.Schmidt@dgb.de, Tel. 06151-399716, www.netzwerk-courage.de



Bildungs- und jugendpolitische Offensive

GEW Hessen schreibt Offenen Brief an Ministerpräsident Bouffier

Angesichts des Staatsaktes der Verfassungsorgane des Bundes hat neben dem DGB und dem Arbeitgeberverband auch die GEW Hessen zur Teilnahme an der bundesweiten Schweigeminute für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt aufgerufen. Wir haben unsere Kolleginnen und Kollegen dazu ermutigt, gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern, Kindern und Jugendlichen dieser Opfer zu gedenken. Dabei begrüßen wir ausdrücklich, dass auch Kultusministerin Henzler die Schulleitungen aufgefordert hat, sich dieser Aktionen anzuschließen.

Als Pädagoginnen und Pädagogen wissen wir, dass solche gemeinsamen Aktionen für die Bewusstseinsbildung von Schülerinnen und Schülern, Kindern und Jugendlichen sehr wichtig sind. Für sie ist es bedeutsam, Geschlossenheit gegenüber rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Tendenzen in unserer Gesellschaft konkret zu erleben. Dieses Erlebnis kann erheblich zur Stärkung der individuellen Abwehrhaltung von Jugendlichen gegenüber rechtsextremistischen Rattenfängern beitragen. Darüber kann es auch eine positive Identifikation mit unserer durch ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt geprägten gesellschaftlichen Realität befördern. Nicht zuletzt ist ein solches Erlebnis aber auch ein wichtiges Zeichen gegenüber den Kindern und Jugendlichen, deren Familien (potenzielle) Opfer rechtsextremistischer Aggression sind, dass sie diese Unterstützung von Gleichaltrigen erfahren.

Aber diese einmalige Aktion – so wichtig sie auch ist – wird nicht ausreichen, dauerhaft der rechtsextremistischen Gefahr entgegenzuwirken. Die explizit neofaschistische Szene ist auch in Hessen sehr aktiv: Es gibt Gruppen, Akteure und Aktivitäten u. a. in Kassel, in Orten der Landkreise Vogelsberg, Schwalm-Eder, Wetterau, Main-Kinzig und Gießen, dann im Raum Wetzlar, im Rhein-Main-Gebiet und in Südhessen. Die Entwicklung in diesem Bereich ist seit Jahren von vier Tendenzen gekennzeichnet:

- Es hat sich eine stabile Szene herausgebildet.
- Sie hat sich ideologisch radikalisiert.
- Sie ist zunehmend gewaltbereit und -tätig.
- Es gibt inzwischen dichte Vernetzungs- und Kontaktstrukturen.

Bezüglich der Verfolgung von Straf- und Gewalttaten sind dabei die Sicherheitsbehörden, die offenbar viel zu lange schon auf dem „rechten Auge“ blind gewesen sind, gefordert. Für die Förderung einer demokratischen Kultur und die Ächtung des Neofaschismus sowie die Überwindung von Vorurteilen, Ressentiments und Alltagsrassismus sind es vor allem die politisch Verantwortlichen und die Zivilgesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger, die die Initiative übernehmen müssen. Hierbei kommt, worüber bisher viel zu wenig gesprochen wird, dem Bildungs- und Erziehungssystem zunächst und vor allem eine präventive Bedeutung zu. Politische Bildung, Demokratielernen und Aufklärung sind dabei die leitenden Maximen und Herausforderungen, die mit einer Kultur der Anerkennung in den pädagogischen Einrichtungen zu verbinden sind. Es gilt die Erkenntnis, je mehr positive Anerkennungs-, Zugehörigkeits- und Partizipationserfahrungen Kinder und Jugendliche in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendarbeit, Ausbildung und Hochschule machen, desto weniger sind sie anfällig für rechtsextremes und menschenfeindliches Gedankengut. Weiter belegen Projekterfahrungen, welche hohe Bedeutung lokale Netzwerke und Aktionspläne sowie Beratungsangebote für Schulen, Eltern und Kommunen oder auch Ausstiegshilfen für die Bekämpfung rechtsextremer Tendenzen haben.

Als Bildungsgewerkschaft GEW erwarten wir von der Hessischen Landesregierung eine bildungs- und jugendpolitische Offensive, die den Pädagoginnen und Pädagogen in ihrer erzieherisch-bildenden Arbeit wirklich Mut macht, sie nachhaltig unterstützt und eine lebendige demokratische Kultur favorisiert, eine Offensive, die Präventionsarbeit in entsprechenden Projekten und in den Bildungseinrichtungen deutlich ausbaut und hierfür auch die finanziellen Mittel bereitstellt.

Jochen Nagel, GEW-Landesvorsitzender, Frankfurt, 23.2.2012

Hessenkolleg Wetzlar: „Nie wieder 1933“

Einigen Dutzend Studierenden des Hessenkollegs in Wetzlar war das „trauernde Beschweigen“ anlässlich des Staatsaktes der Bundesrepublik Deutschland zum Gedenken an die zehn von Neonazis heimtückisch ermordeten Menschen zu wenig. Sie gaben ihrem Anliegen „Nie wieder 1933“ am Portal der Erwachsenenschule einen sichtbaren Ausdruck. Zuspruch erhielten sie von einer Nachbarin aus der Brühlsbachstraße, deren jüdische Verwandte von den Nazis umgebracht wurden: Gisela Jäckel, die als Kind eher zufällig überlebte und von „stolzen Ariern“ aus der Nachbarschaft als „Judenbalg“ geschmäht wurde, für den es keinen Platz in den Luftschutzkellern gebe. Für die Ermordung ihrer Mutter Rosa Best in Auschwitz, an die seit drei Jahren ein „Stolperstein“ in der Wetzlarer Krämerstraße erinnert, bekamen die beiden Töchter übrigens in den 1950er Jahren eine „Entschädigung“ von 1.000 DM.



Beratung gegen Rechtsextremismus in Hessen

„Einer Lehrerin fällt auf, dass sich im Unterricht latent rassistische Äußerungen häufen. Einzelne Schülerinnen und Schüler berichten ihr außerdem von Verteilaktionen der Schulhof-CD der NPD und erwähnen sogenannte Angsträume außerhalb der Schule.“

„Eine türkische Mutter ruft beim Hessischen Fußball-Verband an und fragt, ob dort bekannt sei, dass ein NPD-Funktionär als Jugendtrainer in dem Verein tätig ist, in dem ihr Sohn trainiert. Sie sorgt sich um das Wohl ihres Sohnes.“

„Ein einschlägig bekannter Rechtsextremist im Ort plant ein Rockkonzert im Sommer. Es wird befürchtet, dass dieses ‚Festival‘ eine Anlaufstelle für Neonazis aus der Region wird. Um dies zu verhindern, wendet sich der Bürgermeister ratsuchend an das Beratungsnetzwerk.“

Dies sind nur einige Beispiele für Anfragen, wie sie das *beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus* wöchentlich erreichen. Auch in Hessen sind Menschen, Vereine oder Institutionen vielerorts mit rechtsextremistischen, antisemitischen oder fremdenfeindlichen Vorkommnissen konfrontiert. Nicht selten reagieren die Betroffenen hilflos. Um solchen Konflikten angemessen begegnen zu können, bietet das *beratungsNetzwerk hessen* seit 2007 eine schnelle und fundierte Beratungshilfe vor Ort an.

Dem Netzwerk gehört eine Vielzahl staatlicher und nicht-staatlicher Organisationen an, die durch die an der Philipps-Universität Marburg angesiedelte Koordinierungsstelle zusammengehalten werden. Hier werden auch alle eingehenden Anfragen koordiniert. Je nach Art des Anliegens werden Beraterinnen und Berater vermittelt, die anschließend vor Ort in einem individuellen Gespräch Ziele und Bedarf einer Beratung klären. Geht es beispielsweise um Information oder darum eine Gefährdungslage besser einzuschätzen? Wollen Lehrkräfte durch Fortbildungen mehr Handlungssicherheit im Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen gewinnen oder will eine Kommune einen Runden Tisch etablieren? All dies können Anliegen einer Beratung sein. Die Beratung ist grundsätzlich kostenlos, anonym und orientiert sich am konkreten

Bedarf des jeweiligen Beratungsnehmers oder der jeweiligen Beratungsnehmerin. Die Beraterinnen und Berater im Netzwerk kommen aus unterschiedlichen beruflichen und ehrenamtlichen Kontexten: aus Schule, Verwaltung, Bürgerinitiativen, der Verbandsarbeit, der Kinder- und Jugendhilfe, um einige Bereiche zu nennen.

Beratung erfolgt ausschließlich anlassbezogen, wenn sich betroffene Menschen ratsuchend an das Netzwerk wenden. Das Netzwerk wird nicht selbst aktiv. Daher kann die Zusammenschau der verschiedenen Beratungsfälle und -felder kein abschließendes Bild über rechtsextreme Vorkommnisse in Hessen zeichnen. Vielmehr zeigt sich hier – im Unterschied zu der Statistik zu „politisch motivierter rechter Kriminalität“ der Sicherheitsbehörden – eine weitere Perspektive auf das Phänomen, nämlich wann und warum Menschen auf rechte und fremdenfeindliche Vorkommnisse aufmerksam werden und diesen Tendenzen etwas entgegensetzen wollen.

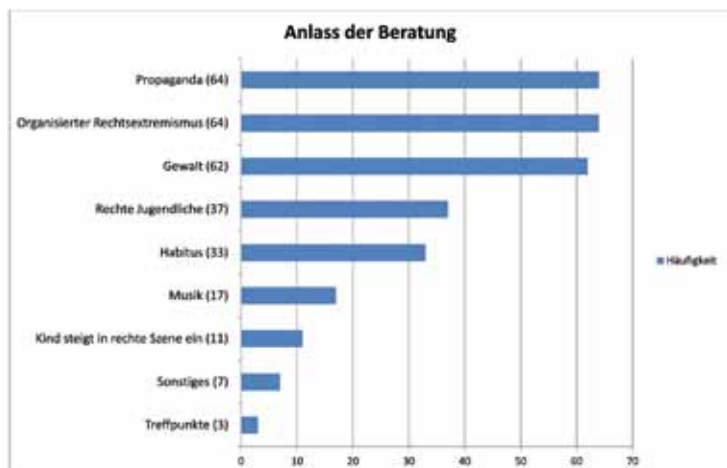
Schule: Nicht nur Glatzen und Springerstiefel

Das Beratungsfeld Schule ist komplex, denn hier sind verschiedene Personen involviert: Schulleitungen, Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Schülerinnen und Schüler und Eltern. Rechtsextreme Vorkommnisse rufen an Schulen nicht selten bei der Schulleitung oder in den Kollegien eine latente Angst hervor, dass die Thematisierung der Ereignisse zu einem Imageverlust der Schule führen könnte. Dresscodes und Symbole rechtsorientierter Jugendlicher haben sich geändert und dienen nicht selten einem „Versteckspiel“. Aktivisten aus der Szene sind mitunter in ihrer Argumentationsweise geschult und äußern sich im Unterricht weniger provokant. „Autonome Nationalisten“ ähneln in ihrem äußeren Erscheinungsbild linken Jugendlichen. Rechtsextremismus kommt schon längst nicht mehr ausschließlich mit „Glatze und in Springerstiefeln“ daher. Vielen Pädagoginnen und Pädagogen offenbart sich daher die Gesinnung ihrer Schülerinnen und Schüler nicht in einer Art und Weise, dass sie Handlungsbedarf sehen:

„Eine Lehrerin nahm kürzlich an einer Lehrerfortbildung zu modernen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus teil. Nachdem die Inhalte nach Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen und dem Schulleiter auf die eigene Schule projiziert wurden, stellte sich nach gemeinsamer Überzeugung auch für die eigene Schule ein Handlungsbedarf dar.“

Oft sind Schülerinnen und Schüler besser als Lehrkräfte über rechtsextreme Haltungen ihrer Klassenkameraden informiert. Die Schülerschaft ist daher mit ihren diesbezüglichen Sorgen ernst zu nehmen.

Beratung an Schulen zielt darauf ab, den verantwortlichen Akteuren neue Handlungsoptionen zu eröffnen, um sie zu einem eigenen und selbstbewussten Umgang mit der Problematik zu ermutigen und zu befähigen. Eine Herausforderung für Schulen und Beratung liegt darin, einen geeigneten Umgang mit rechtsaffinen Jugendlichen zu finden, der einerseits Chancen zur konstruktiven Auseinandersetzung mit dem Geschehen bietet und dabei gleichzeitig dem Schutz der Opfer zentrale Bedeutung zumisst. Daher muss bei Vorfällen



die Dynamik zwischen Tätern, Opfern und Zuschauern in den Blick genommen werden. Ziel der Beratung ist es, die Beteiligten zu befähigen, das Geschehen zu begreifen und gemäß dem öffentlichen Auftrag handlungsfähig zu bleiben. Wie die Veränderungen in den Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zeigen, sind Information und Sensibilisierung wesentliche Schritte zu mehr Handlungskompetenz. Aber auch die strukturelle und inhaltliche Unterstützung von Schüler-, Eltern- und Lehrerinitiativen gegen Rechtsextremismus kann Teil der Beratung sein.

Auch die Vernetzung mit Akteuren aus der Kommune kann relevant sein, damit Schulen mit den Problemen nicht alleine dastehen und das Engagement sichtbar wird. Schüler-AGs gegen Rechts oder Projekte wie „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ sind gute Beispiele, wie Schü-

Beratungsansatz. Insbesondere die engen Beziehungsgeflechte im ländlichen Raum stellen eine Herausforderung für die Beratung von Kommunen dar: „Man kennt sich“ und somit auch den vermutlichen Rechtsextremisten oder rechtsaffinen Jugendlichen aus der gemeinsamen Schulzeit, über die Eltern, aus dem Verein oder aus anderen persönlichen Bezügen.

Beratung in Kommunen: Man kennt sich

Daher müssen Beziehungsgeflechte im ländlichen Raum bei Beratungsprozessen berücksichtigt werden. Nur unter diesem Blickwinkel kann es gelingen, dass die Menschen im Gemeinwesen selbst auf Dauer einen belastbaren Umgang mit rechtsextremistischen Vorkommnissen finden. Weiterhin sind Kenntnisse der regionalen rechtsextremen Sze-

beratungsNetzwerk
hessen



Mobile Intervention
gegen Rechtsextremismus

lerinnen und Schüler nach innen und außen ein positives Zeichen setzen können. Die schulinterne aber auch öffentliche Anerkennung ihres Engagements stärkt die demokratische Schülerschaft.

Beratung in Familien: Ein geschützter Raum

Eltern suchen oftmals Orientierung und Rat, wenn ihre Kinder zu Jugendlichen werden und auf der Suche nach einer „passenden Identität“ sind. Die Kinder grenzen sich ab und begeben sich in unterschiedliche Jugendkulturen, mitunter auch in rechte Cliquen oder rechtsextreme Kreise. Um die Verhaltensänderungen des Kindes, seinen Kleidungsstil, seine Musik, die neue Clique richtig einschätzen zu können, wünschen sich oft auch Eltern Unterstützung. Der geschützte und anonyme Raum einer Einzelberatung ermöglicht es Eltern, Ängste und Konflikte anzusprechen, die aus Scham bislang nicht thematisiert werden konnten.

Was reizt das Kind an der jeweiligen Szene? Die Antwort auf die Frage, kann Aufschlüsse darüber geben, welche Alternativen dem Kind angeboten werden können, um einen Einstieg in die rechte Szene zu verhindern. Häufig geht die rechte Orientierung des Kindes einher mit weiteren Problemen und Belastungen im Umfeld des Jugendlichen oder der Familie. Elternberatung ist daher oftmals psychosoziale Beratung. Was heißt es, „klare Grenzen aufzuzeigen“? Wie kann der „Draht“ zum eigenen Kind gehalten werden, um die Beziehung zu erhalten, einen Ausstieg aus der Szene zu ermöglichen oder damit umzugehen, dass es jegliche Hilfe oder gar den Kontakt ablehnt? Oft hilft Eltern auch das Wissen, dass sie mit ihren Problemen nicht allein sind. Eine Elterngruppe kann helfen, in einem moderierten Rahmen Rat und Unterstützung bei Menschen in einer ähnlichen Situation zu finden.

Im kommunalen Bereich schlagen oft verschiedene Akteure gleichzeitig Alarm: kommunale Institutionen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit, Kirchengemeinden oder Bürgerinitiativen. Dies erfordert einen multiprofessionellen

ne relevant. Beraterinnen und Berater müssen zunächst das Umfeld im Stadtteil oder der Region kennen, um die Gefahrenlage richtig einzuschätzen und mit der Kommune entsprechende Handlungsstrategien zu entwickeln. Bei Bedarf kann eine umfassende Regional- oder Umfeldanalyse Grundlage für die Bestimmung vorrangiger Handlungsfelder sein wie die Stärkung der Zivilgesellschaft oder der Schutz potenziell Betroffener. Damit Gemeinwesen und Zivilgesellschaft Rechtsextremismus nachhaltig entgegenzutreten können, bedarf es einer guten Vernetzung. Ein professioneller Blick von außen kann helfen, Potenziale der Vernetzung zu identifizieren und konkrete Hinweise für Kooperationen zu geben. Diese reichen von der Hilfestellung bei der Etablierung eines Runden Tisches über die strukturelle Unterstützung bei der Gründung einer Bürgerinitiative bis zur professionellen Beratung bereits existierender Bündnisse.

Oftmals sind es medienwirksame Ereignisse, die das Phänomen Rechtsextremismus in den Fokus der öffentlichen Diskussion rücken. Die Beratungsarbeit gegen Rechts zeigt hingegen, dass die Anlässe, die Menschen um Rat suchen lassen, zahlreicher und oftmals viel „alltäglicher“ sind als rechts-extreme Erscheinungsformen und Vorfälle, die zu Schlagzeilen werden. Doch auch diese Erscheinungsformen nehmen nicht selten ihren Ausgang in scheinbar kleinen alltagsrassistischen Ereignissen: Schmierereien an öffentlichen Gebäuden, „dumme Sprüche“ auf dem Schulhof oder fremdenfeindliche Parolen bei Sportveranstaltungen. Oftmals ist man sich unsicher, wie ernst das einzuschätzen ist. Diese Unsicherheit abzubauen, im eigenen Handeln sicherer zu werden, den Einzelnen und die Zivilgesellschaft zu stärken, dazu trägt das *beratungsNetzwerk hessen* bei.

Tina Dürr, beratungsNetzwerk hessen

- **beratungsNetzwerk hessen** - Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus, Wilhelm-Röpke-Str. 6, 35032 Marburg, Tel. 06421-2821110, E-Mail: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de, Internet: www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Extrem demokratisch

Seit 2010 verlangt das Bundesfamilienministerium in seinen Förderprogrammen die Unterschrift unter eine „Demokratieerklärung“. Projektverantwortliche verpflichten sich und alle Kooperationspartner zur „Einhaltung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“. Im Zweifel sollen sie den Verfassungsschutz hinzuziehen, um die politische Einstellung aller an einem Projekt Beteiligten zu überprüfen.

DGB-Jugend, Bildungs- und Beratungsinitiativen in Hessen und Thüringen haben sich dagegen in der „Plattform Extrem Demokratisch“ zusammengeschlossen. Die Plattform fordert, die Extremismusklausel abzuschaffen und demokratische Beteiligung nicht weiter zu verhindern. *Holger Kindler* von der DGB-Jugend: „Demokratie muss täglich gelebt und gelernt werden und lässt sich nicht mit einer Unterschrift beweisen.“ Die Plattform wirbt für mehr demokratisches Engagement. Der Generalverdacht der Extremismusklausel verunsichere Organisationen und Initiativen und verhindere somit demokratische Beteiligung. „Gegen die Ausbreitung von Neonazis sind viele Menschen aktiv, sie brauchen dabei Unterstützung und dürfen keine neuen Steine in den Weg gelegt bekommen, indem sie vorher vom Verfassungsschutz überprüft werden“, sagt *Fabian Wagner* von der Mobilien Beratung in Thüringen (MOBIT e.V.).

„Völlig absurd“ findet *Mar Molly*, Jugendbildungsreferent bei Arbeit und Leben Hessen, dass antirassistische Bildungs- und Kulturarbeit ihre Demokratietauglichkeit beweisen muss: „Die Extremismusklausel schafft ein Klima des Misstrauens innerhalb dieser Projekte und widerspricht damit allen pädagogischen Ansätzen.“

Die „Plattform Extrem Demokratisch“ selbst bietet Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen, Vorträge und Projekttag an, die über die Extremismusklausel und die ihr zugrundeliegende Gleichsetzung von radikalen linken Positionen mit dem Rechtsextremismus aufklären. Motivkarten, die für ein breiteres Demokratieverständnis werben, stehen zum Download bereit: www.extrem-demokratisch.de.

Gewerkschaften, lokale Bündnisse und Jugendorganisationen, die einen Projekttag zum Thema „Total extrem“ zu den Fragen des „Extremismusmodells“ durchführen wollen, wenden sich an *Sascha Schmidt* vom DGB Hessen (E-Mail: Sascha.Schmidt@dgb.de).

lea-Seminare: Aktiv gegen Rassismus und Neonazis

Nationalsozialismus und erinnerte Geschichte Im Gespräch mit der Zeitzeugin Irmgard Heydorn

Frankfurt, 19.4.2012, 14.30 bis 17 Uhr

Irmgard Heydorn, die sich aktiv am illegalen Widerstand gegen den Nationalsozialismus beteiligte, gibt den trockenen Fakten in unseren Geschichtsbüchern Gesicht und Stimme. Ihre Botschaft: Die Geschichte des Holocaust darf sich nie mehr wiederholen.

Im Gespräch mit der Zeitzeugin Trude Simonsohn

Frankfurt, 26.4.2012, 14.30 bis 17 Uhr

Trude Simonsohn ist eine in der ehemaligen Tschechoslowakei geborene Jüdin. Unter Hitler hat sie von 1942 bis 1945 Einzelhaft, das Ghetto Theresienstadt und das Konzentrationslager Auschwitz überlebt.

Die Seminare werden gemeinsam mit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung durchgeführt. Der Teilnahmebeitrag für Schulklassen beträgt 80 Euro.

Brauner Marsch durch die Institutionen? Rechtsextremismus in Nordhessen

Kassel, 26. April 2012, 10 bis 16 Uhr

Referenten sind der Journalist Carsten Meyer und HLZ-Autor Helge von Horn (S.8). Unter der Bezeichnung „Freie Kräfte Schwalm Eder“ und „Freier Widerstand Kassel“ entwickelten sich in Nordhessen rechtsextreme Strukturen, die in das bundesweite Netzwerk des militanten „Freien Widerstands“ eingebunden sind.

Der Teilnahmebeitrag für GEW-Mitglieder beträgt 10 Euro.

Antimuslimischer Rassismus und Meinungsfreiheit

Frankfurt, 10. Mai 2012, 19 bis 21.30 Uhr

Kritik an antimuslimischer Hetze wird gerne mit dem Hinweis auf Meinungsfreiheit bekämpft. Aber wo verlaufen die Grenzen zwischen legitimer Kritik und Rassismus? Dr. Sabine Schiffer promovierte zum Islambild in den Medien und gründete 2005 das Institut für Medienverantwortung in Erlangen.

Die Teilnahme ist kostenlos.

Anfragen und Anmeldungen zu allen Seminaren:

lea bildungsgesellschaft, Tel. 069-971293-27 oder -28, www.lea-bildung.de, E-Mail: anmeldung@lea-bildung.de



Broschüren zum Download

- Extrem demokratisch: Informationen der DGB-Jugend zur Extremismusklausel und zur Totalitarismustheorie (www.extrem-demokratisch.de)
- Neonazis in sozialen Netzwerken: Broschüre der Antonio-Amadeu-Stiftung (www.netz-gegen-nazis.de > suche: Mimikry)
- Klickt's? Geht Nazis nichts ins Netz: anschauliche Broschüre für 12- bis 15-Jährige zu rechtsextremistischen Strategien im Internet (www.klicksafe.de > suche: Klickt's)



gemeinnützige
Bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

FORTBILDUNG

PROGRAMMAUSZUG

MAI – JUNI 2012

DEMOKRATISCHE BILDUNG

Exkursion D1044

Besuch einer Moschee in Frankfurt/Main – Exkursion in eine Parallelgesellschaft?

Enis Gülegen & Gonca Aydin

Mi, 25.04.2012, 13:30 - 18:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Seminar D2013

Brauner Marsch durch die Institutionen?

Carsten Meyer & Helge von Horn

Do, 26.04.2012, 10:00 - 16:00 Uhr, Kassel

Entgelt 10 €; Mitglieder GEW Hessen entgeltfrei

Seminar D2015

Von der Halbtagschule zur ganztägig arbeitenden Schule

Entwicklungsschritte auf dem Weg zur Ganztagschule

Guido Seelmann-Eggebert

Do, 03.05.2012, 14:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Seminar D2017

Personalvertretungsrecht für Schulleitungsmitglieder

Andreas Skorka

Mo, 07.05.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Marburg

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

Seminar D2018

Antimuslimischer Rassismus und Meinungsfreiheit

Dr. Sabine Schiffer

Do, 10.05.2012, 19:00 - 21:30 Uhr, Frankfurt

entgeltfrei

Seminar D2020

Inklusive Bildung

Anforderungen an Schulorganisation und unterrichtliches Handeln in Regelschulen

Benjamin Haas

Di, 15.05.2012, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 33 €; Mitglieder GEW Hessen 14 €

Exkursion D2021

Prostitution und Migration: Exkursion ins Frankfurter Rotlichtviertel

Juanita Henning

Mi, 23.05.2012, 17:00 - 20:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Seminar D2023

Can the Republicans win? Or can Obama loose?

Dr. Julian Name

Mi, 30.05.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

GESCHICHTE, GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT

G1054

Grüner Keynesianismus – ein neues Wachstumsmodell?

Karsten Tessmar

Mi, 25.04.2012, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Seminar G2050

Zwangsarbeit im Sprengstoffwerk Hirschhagen

Schicksal der ungarischen Jüdinnen

Walter Oehl

Di, 08.05.2012, 14:00 - 17:00 Uhr, Hessisch-Lichtenau

Entgelt 10 €; Mitglieder GEW Hessen entgeltfrei

Vortrag mit Diskussion G2052

Wohin mit Europa?

Die gegenwärtige Krise, ihre Ursachen und mögliche Lösungen
Dr. Thomas Sablowski
Mi, 23.05.2012, 19:00 - 21:00 Uhr, Frankfurt
entgeltfrei

Exkursion G2054

**Auf den Spuren der Wandervögel – Jugend zwischen
Rebellion und Anpassung**

Walter Oehl
Do, 14.06.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Witzenhausen
Entgelt 33 €; Mitglieder GEW Hessen 14 €

Workshop K2082

Stomp in the classroom

Friedrich Neumann
Di, 15.05.2012, 11:15 - 18:15 Uhr, Frankfurt
Entgelt 79 €; Mitglieder GEW Hessen 64 €

Workshop K2085

Boomwhackers und das DrumCircle-Konzept

Andreas von Hoff
Di, 29.05.2012, 10:00 - 16:00 Uhr, Gießen
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Workshop K2087

Töpfern – Aufbautechniken

Brigitte Pello
Di, 05.06.2012, 10:00 - 16:00 Uhr, Löhnberg
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

GESUNDHEIT UND BERUF

Workshop H2064

Schonzeit für die Stimme

Ein Atem- und Stimm-Seminar für ErzieherInnen
Kerstin Kuschik
Do, 10.05.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Gießen
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Seminar H2065

Persönlichkeit und Präsenz

Was Lehrer stark macht
Vera Kaltwasser
Mo, 21.05.2012, 9:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Exkursion H2066

**Gesundheit im (Vorüber-)Gehen – Seminar für Erlebnis-
und Naturpädagogik**

Gerhard Menzel-Schüßler
Sa, 02.06.2012, 11:00 - 16:00 Uhr, Bad Orb
Entgelt 27 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

MEDIEN, METHODEN, MÖGLICHKEITEN

Exkursion M1141

Mythen, Sagen und Märchen rund ums Felsenmeer

Vorbereitung von Klassenfahrten zum Felsenmeer
Ulrike Reiser & Dr. Ulrike Kiehne
Fr, 20.04.2012, 14:00 - 18:00 Uhr, Lautertal-Reichenbach
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Seminar M2126

Maschinenschein Holzverarbeitung – Intensiv

Reiner Karn
Fr, 04.05., Sa, 05.05., Fr, 11.05. und Sa, 12.05.2012, Alsfeld,
freitags: 14:00 - 19:30 Uhr; samstags: 08:00 - 13:30 Uhr
Entgelt 260 €; Mitglieder GEW Hessen 228 €

Seminar M2130

Einsatz interaktiver Whiteboards im Unterricht

Holger Menzel
Do, 10.05. und Do, 14.06.2012, jeweils 14:00 - 17:30 Uhr, Oberursel
Entgelt 79 €; Mitglieder GEW Hessen 64 €

Seminar M2133

Moderne Beutelschneider und ihre Methoden

Unterrichtsgestaltung zur Schuldenprävention bei Jugendlichen
Claus Triebiger
Di, 22.05.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Seminar M2129

**Arbeiten in der „Flexiblen Schuleingangsphase“ –
„Wir sind mittendrin...“**

Stephanie Jurkscheit
Mi, 23.05.2012, 15:00 - 18:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Seminar M2135

**Fantasiereisen für Schüler/innen –
Entspannungsprogramme für die Sek. I**

Meike Stein
Do, 24.05.2012, 10:00 - 16:30 Uhr, Frankfurt
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

KUNST, KÖRPER, KULTUR

Führung K2077

Edvard Munch, der moderne Blick

Führung im Städel-Museum
Dr. Linda Starbatty
Do, 03.05.2012, 14:00 - 15:30 Uhr, Frankfurt
Entgelt 20 €; Mitglieder GEW Hessen 15 €

Lehrgang K2079

Klettern in der Schule – Kletterschein

Rüdiger Döbert
Sa, 05.05., So, 06.05., Fr, 11.05. und Sa, 12.05.2012,
jeweils 9:30 - 17:00 Uhr, Flörsheim
Entgelt 300 €; Mitglieder GEW Hessen 271 €

Workshop K2081

Cajón-Klassenmusizieren – First sound, then sign

Joachim Kunze
Mi, 09.05.2012, 15:00 - 18:00 Uhr, Friedberg
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Workshop M2136

Workshop Holz

Anregungen für den AL- und Werkunterricht (Sek. I)
Jürgen Schnellbacher
Di, 29.05., 05.06. und 12.06.2012, jeweils 14:00 - 18:30, Fürth
Entgelt 195 €; Mitglieder GEW Hessen 166 €

Seminar M2139

Verhalten in Konfliktsituationen

Zugänge und Perspektiven
Didier Kulikowsky-Valentin
Mi, 13.06.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Workshop M2140

Drucken mit Kindern und Jugendlichen

Matthias Heinrichs
Di, 19.06.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Darmstadt
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

Seminar M2141

Planung einer Klassenfahrt am Beispiel Schullandheim Wegscheide mit erlebnispädagogischen Inhalten

Andreas Bardorff-Altenwerth & Andre Zimmermann
Di, 26.06.2012, 9:00 - 17:00 Uhr, Bad Orb
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Seminar P2189

Pädagogik der Kontrollgesellschaft: vom „Nachsitzen“ zum „Trainingsraum“

Prof. Dr. Ludwig A. Pongratz
Di, 22.05.2012, 14:00 - 17:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 14 €; Mitglieder GEW Hessen 10 €

Seminar P2190

Vom Umgang mit „störendem“ Verhalten bei Kindern und Schülern

Christof Lingelbach
Mi, 23.05.2012, 13:00 - 17:00 Uhr, Bad Orb
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Seminar P2191

12-Punkte-Programm zur Prävention „störenden Verhaltens“ in der Schule

Carlo Schulz
Mi, 30.05.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Weilburg
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Seminar P2192

Heterogenität als Herausforderung, Chance und Weg zum Lernen

Nicol Obler
Mi, 30.05.2012, 14:00 - 18:00 Uhr, Offenbach
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

NATUR, NATURWISSENSCHAFTEN, MATHEMATIK

Seminar N2176

Rechenschwäche? – Prävention und fördernde Maßnahmen

Klaus Rödler
Mi, 09.05.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Bad Hersfeld
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Seminar N2177

Mit Google Earth und GIS die Welt entdecken

Faszination Geodaten – Unterricht handlungsorientiert gestalten
Dr. Alexander Tillmann
Fr, 25.05.2012, 9:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 33 €; Mitglieder GEW Hessen 14 €

SPRECHEN, SCHREIBEN, LESEN

Seminar S1204

Sprachauffällige, stotternde, polternde Schüler – Was kann ich als Lehrer/in tun?

Ulrike Sick
Mi, 18.04.2012, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

Seminar S1205

Die Vorbereitung auf das 1. Schuljahr – unter Berücksichtigung der „Flexiblen Schuleingangsstufe“

Barbara von Ende
Di, 24.04.2012, 10:00 - 17:00 Uhr, Weilburg
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Seminar S1206

Kreatives Schreiben in der Sek. I

Kompetenzorientiertes Arbeiten mit Lesejournal und Lesetagebuch
Manfred Pöller
Mi, 25.04.2012, 14:00 - 17:00 Uhr, Rüsselsheim
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Seminar S2226

Sprachförderspiele ausprobieren und herstellen

Dr. Marianne Wiedenmann
Mo, 14.05.2012, 14:15 - 18:30 Uhr, Frankfurt
Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

Seminar S2137

Schreiben in Zeiten von sms und Piktogramm

Iris Welker-Sturm
Mi, 30.05.2012, 10:00 - 16:00 Uhr, Frankfurt
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

PÄDAGOGIK

Seminar P2185

Neurowissenschaft und Lernen

Dr. Barbro Walker
Do, 19.04.2012, 10:00 - 16:00 Uhr, Darmstadt
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Seminar P2186

Unterrichtsfach Glück

Peter Kühn
Do, 10.05.2012, 11:00 - 17:00 Uhr, Kassel
Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Seminar P2187

Soziales Verhalten durch Spiel- und Erzählverfahren fördern

Katrin Schrenker
Mo, 14.05.2012, 14:00 - 17:30 Uhr, Frankfurt
Entgelt 39 €; Mitglieder GEW Hessen 23 €

Seminar S2230

Sprechtraining in Verbindung mit Origami

Dr. Marianne Wiedenmann

Mo, 11.06.2012, 14:15 - 18:30 Uhr, Frankfurt,

Entgelt 49 €; Mitglieder GEW Hessen 33 €

Seminar S2231

Die Vorbereitung auf das 2. Schuljahr –

unter Berücksichtigung der flexiblen Schuleingangsstufe

Barbara von Ende

Mi, 20.06.2012, 9:00 - 15:30 Uhr, Darmstadt

Entgelt 59 €; Mitglieder GEW Hessen 38 €

Studienreise R2220

► Digitale Fotografie am Gardasee

Kultur und Menschen – Themenfelder für die fotografische Praxis im Kunstunterricht

Heinz Gabler

Sa, 13.10. – Fr, 19.10.2012, Malcesine

Entgelt DZ 650 €; Entgelt EZ 698 €

Studienreise R2221

► Wandern im Tal der Thaya

Dalibor Hirc

Sa, 13.10. – Sa, 20.10.2012

Entgelt DZ 485 €; Entgelt EZ 605 €

Studienreise R2223

► Studienreise nach Nicaragua

Helmut Becker & Christiane Mende

So, 14.10. - Sa, 27.10.2012

Entgelt DZ 2.300 €; Entgelt EZ 2.480 €

Studienreise R2277

► Studienreise nach Cuba

Kunst, Kultur, Politik und Erholung

Dr. Linda Starbatty

So, 14.10. - Fr, 26.10.2012

Entgelt DZ 2.120 €; Entgelt EZ 2.340 €

Studienreise R2224

► Ski-Langlauf im Nationalpark Šumava / Böhmerwald

Jiri Franc & Dalibor Hirc

So, 06.01. – So, 13.01.2013

Entgelt DZ 475 €; Entgelt EZ 600 €

Studienreise R2273

► Digitale Fotografie an der Ostsee – Landschaftsfotografie im Winter

Heinz Gabler

Mo, 07.01. - Fr, 11.01.2013, Dierhagen

Entgelt DZ 695 €; Entgelt EZ 730 €

REISEN (mehr unter www.lea-bildung.de)

Studienreise R2217

► Böhmen – Radtour ins Land der Teiche

Jiri Franc

Sa, 30.06. – Sa, 07.07.2012

Entgelt DZ 505 €; Entgelt EZ 605 €

Studienreise R2222

► Studienreise nach Kamerun

Maria Ekwe-Ebobisse

Sa, 13.10. - So, 28.10.2012

Entgelt DZ 2.730 €; Entgelt EZ 2.890 €

Studienreise R2219

► Studienreise nach Kreta

Heinrich Becker

Sa, 13.10. – Fr, 26.10.2012

Entgelt DZ 1.074 €; Entgelt EZ 1.191 €

ANMELDUNG www.lea-bildung.de

Einfach anrufen: 0 69 – 97 12 93-27

oder faxen: 0 69 – 97 12 93-97

Online-Buchung: www.lea-bildung.de

E-Mail: anmeldung@lea-bildung.de

Bürozeiten

Unser Büro ist in der Regel montags – freitags
von 9:00 bis 16:00 besetzt.

www.lea-bildung.de

Zu allen dargestellten Veranstaltungen gibt es Informationen auf unserer Website. Bei Fragen geben wir gern auch telefonisch Auskunft.

An lea-Fortbildungen kann jede/r Interessierte teilnehmen: Man muss nicht GEW-Mitglied sein und auch nicht berufstätig. Voraussetzung ist das Bildungsinteresse.

Abrufveranstaltungen

Sie planen einen Pädagogischen Tag oder eine interne Fortbildung? Gerne sind wir Ihnen dabei behilflich, im lea-Programm ausgewiesene Veranstaltungen bei Bedarf an Ihre Schule / Ihre Bildungseinrichtung zu bringen. Rufen Sie uns einfach an.

lea gemeinnützige Bildungsgesellschaft mbH der GEW Hessen

Zimmerweg 12 | 60325 Frankfurt am Main

HR-Eintrag: 75319

StNr: 225/05K19

Aufsichtsratsvorsitz:

Jochen Nagel, Walter Otto-Holthey

Geschäftsführung: Peter Kühn, Karola Stötzel

Gestaltung: M. Heckert, Nieste | Träger & Träger, Kassel

Die hier aufgeführten Seminare sind nur eine Auswahl. Das vollständige lea-Fortbildungsprogramm finden Sie unter www.lea-bildung.de

Das neue lea-Programm erscheint im Oktober 2012

Es wird allen GEW-Mitgliedern zusammen mit der Ausgabe der E&W auf dem Postweg zugestellt.

Im Internet ist das Programm bereits ab September unter www.lea-bildung.de einzusehen.



gemeinnützige
Bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

W-Klagen

Verfassungsklage aus der hochschulischen Oberschicht erfolgreich

Noch im Gerichtssaal fragte ein Pressemensch einen Verbandsvertreter, wie man dem gemeinen Manne erklären könne, warum man das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) bemühen muss, wenn jemand monatlich über 4.000 Euro verdient. Das Gericht hatte am 14. Februar gerade der Klage eines Marburger Professors stattgegeben (2 BvL 4/10), die vom Hochschulverband, dem Berufsverband der meisten Universitätsprofessoren, unterstützt wurde. Der Kläger war 2005 in das Fach Chemie der Philipps-Universität berufen worden, hatte aber nur wenig mehr als das Grundgehalt verdient.

Laut Ministerium verdient Hochschullehrer 2010/11 in der Besoldungsgruppe W2 in Hessen durchschnittlich 4.176 € als Grundgehalt und mit Leistungsbezügen 5.689 € brutto. Die Bruttobezüge in der Besoldungsgruppe W3 lagen bei 7.506 €, davon 5.071 € als Grundgehalt. Rund 95 Prozent der Professoren bekommen zusätzlich zum Grundgehalt auch Leistungsbezüge, die je nach Person und Fach wenige hundert bis einige tausend Euro betragen. In marktgängigen Fächern sind obendrein stattliche Nebeneinnahmen möglich.

GEW: Licht- und Schattenseiten

Das Verwaltungsgericht Gießen hatte die Klage im Jahre 2010 zustimmend weiter gereicht, weil es um eine Verfassungsfrage gehe, die es nicht selber entscheiden dürfe. Auch der DGB, den das BVerfG nach seiner Meinung gefragt hatte, hat 2011 im Einvernehmen mit der GEW ebenfalls Höhe und Struktur der Gehälter der Besoldungsordnung Wissenschaft bemängelt, die seit 2002 nach und nach bei neuen Berufungen die überkommene C-Besoldung ablösen soll. Das Grundgehalt W ist niedriger als die Endstufe des Eingangsamtes für Hochschulabsolventen A13 und ein Viertel unter der auslaufenden C-Besoldung. Dadurch kann es etwa vorkommen, dass ein Professor weniger verdient als ein fortgeschrittener Lehrer.

Auch die GEW begrüßte das Urteil, da das Grundgehalt „zu niedrig

und nicht amtsangemessen“ sei und die Vergabe von Leistungszuschlägen „gravierende Verfahrensmängel“ aufweise. Die Absenkung der Grundbesoldung um rund ein Viertel bei dem vagen Versprechen auf leistungsabhängige Besoldungsbestandteile sei „ein verkapptes Sparprogramm“. Die GEW begrüßte zudem, dass das BVerfG zum ersten Mal „den Ermessensspielraum der Dienstherren für die Besoldung eingegrenzt hat“. Ilse Schaad, für Angestellten- und Beamtenpolitik verantwortliches GEW-Vorstandsmitglied, monierte aber auch, „dass das Gericht in der Urteilsbegründung ohne Not den Bogen zum fehlenden Verhandlungs- und Streikrecht der Beamten schlägt“. Sie verwies auf die jüngere Rechtsprechung insbesondere des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte und erinnerte das BVerfG an seine „eigenen Ansprüche an eine völkerrechtsfreundliche Auslegung deutschen Rechts“.

Das Gericht berief sich auf das Alimentationsprinzip, das den Dienstherrn verpflichtet,

„den Beamten und seine Familie lebenslang angemessen zu alimentieren und ihm nach seinem Dienstrang, nach der mit seinem Amt verbundenen Verantwortung und nach der Bedeutung des Berufsbeamtentums für die Allgemeinheit entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und des allgemeinen Lebensstandards einen angemessenen Lebensunterhalt zu gewähren“.

Leistungsbezüge müssten „für jeden Amtsträger zugänglich und hinreichend verstetigt sein“. Das sei der Fall, wenn es für jeden Einzelnen „unter klar definierten, vorhersehbaren und erfüllbaren Voraussetzungen einen einklagbaren Rechtsanspruch“ gibt.

Der Gesetzgeber muss nun die Gehälter der W-Besoldung bis Ende 2012 neu regeln. Behält er die Leistungszulagen bei, so muss er sie aus dem Gutdünken der Personalbehörde in pflichtgemäßes Ermessen schieben. Allerdings könnte er auch das Angestelltenverhältnis für Professoren von der vorhandenen Ausnahme zur Regel machen und die Zulagen dem Grundgehalt zu-

schlagen. Die Abkehr von Leistungszulagen war bereits bei Gesprächen zur vorgesehenen Dienstrechtsreform in der vorvorigen Legislaturperiode gemeinsame Meinung der GEW, des DBB und der beiden Professorenbünde.

Wissenschaftliche Mitarbeiter

Die gerichtliche Forderung nach einem auskömmlichen Einkommen für die Beamtinnen und Beamten rückt auch die Einkommen der rund 8.000 Wissenschaftlichen Mitarbeiter in Hessen wieder in den Blick. Kurze Vertragszeiten und erzwungene Teilzeit führen zu Bruchteilen der W-Besoldung genauso wie der A-Gehälter. Das Gehalt des Lehrers und des Höheren Dienstes sollte im Wissenschaftlichen Dienst wieder üblich werden.

Ulrich Heinz

www.bundesverfassungsgericht.de > *Entscheidungen* > Februar 2012 > 2 BvL 4/10

„Oscar“ für Personalräte

Die Zeitschrift „Der Personalrat“ aus dem Frankfurter Bund-Verlag vergibt 2012 erneut den „Deutschen Personalräte-Preis“. Nach der viel beachteten Premiere in 2010 zeichnet der Preis damit bereits zum zweiten Mal die erfolgreiche Arbeit von Personalräten aus. Unter dem Motto „Beispielhafte Personalratsarbeit in Bund, Ländern und Gemeinden“ werden hervorragende Initiativen und Projekte aus den Jahren 2009 bis 2012 geehrt. Bewerben können sich bis zum 31.5.2012 einzelne Personalratsmitglieder, komplette Gremien oder auch dienststellenübergreifende Kooperationen.

Mehr als 60 Gremien bewarben sich vor zwei Jahren um den „Oscar“ für Personalräte. Der Hauptpersonalrat Gesamtschulen beim Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen erhielt die Auszeichnung in Gold.

• *Informationen und Bewerbungsunterlagen: www.DeutscherPersonalraete-Preis.de.*

Personalratswahlen an den hessischen Hochschulen

In der zweiten Mai-Woche wählen im Zuge der Personalratswahlen des öffentlichen Diensts des Landes Hessen auch die Hochschulbeschäftigten die örtlichen Personalräte an ihren Hochschulen sowie den Hauptpersonalrat beim Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst. Für die Beschäftigten an den Hochschulen sind die Wahlen von nicht zu unterschätzender Bedeutung – schließlich bietet das Personalvertretungsrecht neben der Beteiligung an den Hochschulgremien im Rahmen der akademischen Selbstverwaltung den zentralen Ansatzpunkt, um auf die Entwicklung der Hochschulen Einfluss zu nehmen und die eigenen Interessen in diese einzubringen.

Die Wahlen finden vor dem Hintergrund deutlich gewachsener Arbeitsbelastungen und zunehmender Beschäftigungsunsicherheiten statt, was eine effektive Vertretung durch den Personalrat umso dringlicher erscheinen lässt.



Platz 1 (Frauen): Karla Kamps-Haller (GEW)



Platz 2 (Männer): Michael Hofmann (GEW)

Engagierte Interessenvertretung wichtiger denn je!

Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, können einige Ursachen benannt werden, die zu sich verschlechternden Arbeitsbedingungen an den Hochschulen beitragen:

Die Zahl der Studierenden in Hessen hat im Wintersemester 2011/2012 mit etwa 209.000 einen neuen Rekord erreicht. Die Gesamtzahl hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6,2% erhöht, die Zahl der Erstsemester ist im Jahresvergleich sogar um 11,3% angestiegen. Im Verlauf der vergangenen zehn Jahre ist die Gesamtzahl der Studierenden um 33,5% gewachsen. Der größte Ansturm auf die hessischen Hochschulen aufgrund der verkürzten gymnasialen Schulzeit in Hessen steht allerdings erst noch bevor. Da die finanzielle und personelle Ausstattung der Hochschulen mit dieser – an sich erfreulichen – Entwicklung nicht mithält, führt das sich verschlechternde Verhältnis zwischen der Zahl der Lehrenden und der Zahl der Studierenden zu einer zunehmenden Belastung.

Die Umstellung der Studiengänge auf das zweistufige Bachelor-Mas-

ter-System fordert die Lehrenden besonders, erstens durch den Prozess der Neueinführung der Studiengänge selbst, zweitens durch die Verdichtung des Prüfungsniveaus durch die (unnötig) rigide Ausgestaltung der neuen Studien- und Prüfungsordnungen.

Die Umstellung der Hochschul- und Forschungsfinanzierung weg von der Grundfinanzierung und hin zur leistungsbezogenen Finanzierung im Zuge der Durchsetzung der „unternehmerischen Hochschule“ bringt einen steigenden Aufwand jenseits der originären wissenschaftlichen Tätigkeit in Forschung und Lehre mit sich, der zu einem großen Teil von Mittelbaubeschäftigten getragen wird – sei es in Drittmittelwerbung, Evaluation oder Berichterstattung.

Die Hochschulen (miss)verstehen das 2007 in Kraft getretene Wissenschaftszeitvertragsgesetz als Freibrief zur hemmungslosen Befristung von wissenschaftlichen Beschäftigten. So ist das quantitative Verhältnis von befristeten zu unbefristeten wissenschaftlichen Beschäftigten immer schlechter geworden – die letzteren stellen inzwischen nur noch eine kleine Minderheit.

ver.di und GEW: Gemeinsame Liste Wissenschaftliche Mitarbeiter für die Wahl zum Hauptpersonalrat Wissenschaft und Kunst				
Frauen				
1.	Karla Kamps-Haller	Hochschule RheinMain	Institut Weiterbildung im Beruf	GEW
2.	Karin Schubert	Hochschule Darmstadt	Fachbereich Chemie und Biotechnologie	ver.di
3.	Kornelia Köwing	Universität Kassel	Kunsthochschule	GEW
4.	Monika Gonka	Technische Hochschule Mittelhessen	Beauftragte für Qualitätsmanagement	ver.di
Männer				
1.	Jörg Buch	Hochschule für Gestaltung Offenbach	Siebdruckwerkstatt	ver.di
2.	Michael Hoffmann	Justus-Liebig-Universität Gießen	Gesellschaftswissenschaften und Philosophie	GEW
3.	Jörg Schake	Hochschule Darmstadt	Fachbereich Informatik	ver.di
4.	Nikolai Huke	Philipps-Universität Marburg	Institut für Politikwissenschaft	GEW

Aber auch die Beschäftigungsdauer von befristeten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hat sich immer weiter verkürzt – inzwischen sieht jeder zweite Arbeitsvertrag eine Laufzeit von weniger als einem Jahr vor. (1)

Während die Zahl der Professuren stagniert oder sogar zurückgeht, hat im Bereich des Mittelbaus ein – wenn auch unzureichender – Beschäftigungsaufbau stattgefunden, so dass dieser inzwischen einen ganz erheblichen Teil der Aufgaben in Forschung, Lehre und Wissenschaftsmanagement trägt. Dennoch sind andererseits als Resultat dieser Entwicklung die Chancen auf einen dauerhaften und sozial abgesicherten Verbleib an der Hochschule, sei es durch die Berufung auf eine Professur oder durch eine Dauerstelle, immer geringer geworden.

Personalvertretung an hessischen Hochschulen

Das Hessische Personalvertretungsgesetz (HPVG) sieht vor, dass in den Landeseinrichtungen ein Personalrat zu wählen ist, der die Interessen der Beschäftigten gegenüber der Dienststelle vertritt und dabei auf gesetzlich verankerte Mitbestimmungsrechte zurückgreifen kann. Zudem gibt es durch die Hauptpersonalräte auch auf der Ebene der Ministerien eine Personalvertretung, die für Angelegenheiten zuständig ist, die mehrere oder alle dem Ministerium zugeordnete Dienststellen betreffen. Für die Hochschulen ist somit der Hauptpersonalrat beim Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst zuständig.

Da die Goethe-Universität Frankfurt und die TU Darmstadt die Dienstherreneigenschaft innehaben, fallen deren Beschäftigte aus der Vertretung durch den Hauptpersonalrat heraus. Die personalvertretungsrechtliche Isolierung dieser beiden Universitäten steht in einem Widerspruch zu der weiterhin bestehenden weitgehenden Abhängigkeit vom Land – sowohl hinsichtlich der Gesetzgebung als auch bezüglich der finanziellen Ausstattung der Hochschulen.

Wahlberechtigt zum Hauptpersonalrat sind 16.143 Beschäftigte, darunter finden sich 4.890 wissenschaftliche Mitglieder an den verbleibenden drei Universitäten und 753 wissenschaftliche Mitglieder an den anderen Hochschulen.

Leider schränken mehrere Regelungen die Möglichkeiten der Interessen-

vertretung durch den Personalrat im Hochschulbereich ein: Zum einen sind die Mitbestimmungsrechte des Personalrats für wissenschaftliche Beschäftigte eingeschränkt (vgl. § 97 Abs. 3, § 100 HPVG), zum anderen ist mit den studentischen Hilfskräften ein wichtiger Teil der Beschäftigten grundsätzlich ausgeschlossen (§ 3 Abs. 2 HPVG). Wissenschaftliche Hilfskräfte hingegen haben aktives und passives Wahlrecht. Auch Lehrbeauftragte sind, insofern sie nicht über den Lehrauftrag hinaus regelmäßig an einer Hochschule beschäftigt sind, in der Regel aus der Personalvertretung ausgenommen.

In den Personalräten werden die Beschäftigten entsprechend des jeweiligen Anteils an der Belegschaft durch Frauen und Männer repräsentiert (§ 13 HPVG). Die Beschäftigten werden auch hinsichtlich ihres Beschäftigungsverhältnisses unterschiedlichen Gruppen zugeordnet, in denen sie wahlberechtigt sind und die in den Personalräten entsprechend ihres Belegschaftsanteils vertreten sind. An den Hochschulen besteht neben den Gruppen der Beamten und der Arbeitnehmer auch die Gruppe der wissenschaftlichen Mitglieder (§ 97 Abs. 2 HPVG). Diese Regelung stellt sicher, dass die wissenschaftlichen Beschäftigten und ihre spezifischen Belange in den Hochschulpersonalräten angemessen repräsentiert sind. Umso bedauerlicher ist, dass die Hochschulen diese Gruppe zunehmend möglichst eng definieren, indem sie etwa wissenschaftlich ausgebildete Beschäftigte an Rechenzentren oder in den Bibliotheken aus dieser Gruppe ausgrenzen. Dies wird weder dem Selbstverständnis dieser Beschäftigten noch deren wissenschaftlich qualifizierten Arbeitsinhalten gerecht. Beschäftigte können aber die vom Wahlvorstand aufgestellte Wählerliste einsehen und gegebenenfalls gegen die dort vorgenommene Gruppenzuordnung Widerspruch einlegen (§ 3 der Wahlordnung zum HPVG).

Personalratswahlen 2012: Die GEWerkerschaft stärken!

In den Belegschaften der Hochschulen rumort es angesichts der skizzierten Zustände inzwischen ganz erheblich. Ausdruck findet dies etwa in der großen Resonanz, die das inzwischen von über 8.400 Personen unterstützte *Templiner Manifest* der GEW findet (2). Bei den offensichtlich notwendigen Bemühungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Hoch-

schulen kommt den Personalräten angesichts der gesetzlich abgesicherten Mitbestimmungsrechte eine Schlüsselrolle zu. Dabei ist eine effektive Personalratsarbeit aber auch auf das Zusammenwirken mit anderen Akteuren angewiesen – etwa mit den Studierendenvertretungen, den Gewerkschaften insbesondere in ihrer Funktion als Tarifvertragspartei und vor allem mit den Beschäftigten selbst.

Die GEW hat für die Gruppe der wissenschaftlichen Mitglieder für die Wahl zum Hauptpersonalrat beim Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst gemeinsam mit ver.di eine Liste aufgestellt, mit der sie für die in dieser Gruppe zu vergebenden vier Frauen- und vier Männersitze kandidiert.

An vielen hessischen Hochschulen tritt die GEW gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di auch bei den örtlichen Wahlen für die Gruppe der wissenschaftlichen Mitglieder an. Für die Gruppen der Beamten und der Arbeitnehmer tritt hingegen jeweils nur ver.di an.

Auf den gewerkschaftlichen Vorschlagslisten kandidieren Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedensten Hochschulbereichen. Es finden sich dort sowohl Beschäftigte auf Dauerstellen als auch befristet beschäftigte wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf Qualifikationsstellen, Lehrkräfte für besondere Aufgaben und wissenschaftliche Hilfskräfte. Sie stehen ein für eine engagierte und kompetente Interessenvertretung der Hochschulbeschäftigten im Personalrat und können dabei auf die Ressourcen der Gewerkschaft zurückgreifen – sei es durch Schulungen, durch Informationsmaterial oder durch die Unterstützung durch ehren- und hauptamtliche Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Alle Kolleginnen und Kollegen an den Hochschulen sind dazu aufgerufen, sich an der Wahl zu beteiligen und mit ihrer Stimme die Gewerkschaft zu stärken!

Roman George

Landesfachgruppenausschuss Hochschule und Forschung der GEW Hessen

(1) Georg Jongmanns: Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Gesetzesevaluation im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, HIS: Forum Hochschule 4/2011, Hannover, S. 73.

(2) <http://www.templiner-manifest.de>



Der Genitiv vom Geodät

Erfahrungen mit der Lernstandserhebung Deutsch in einer SchuB-Klasse

Vor einigen Jahren wurde auch im Hessischen Kultusministerium (HKM) erkannt, dass die Zahl von Schülerinnen und Schülern, die die Hauptschule ohne einen Abschluss verlassen, viel zu hoch war. Eine Gegenmaßnahme war die Einrichtung von sogenannten SchuB-Klassen (Schule und Betrieb). Schülerinnen und Schüler sollten durch einen höheren Praxisanteil und Praxistage im Betrieb motiviert werden, auch ihre schulischen Leistungen zu steigern. Als Lehrer an der Martin-Buber-Schule in Heppenheim war ich von Anfang an dabei, um Jugendlichen, die oft schon als „abgeschrieben“ galten, eine Chance zu bieten – nicht ohne Erfolg: Die allermeisten Schülerinnen und Schüler der SchuB-Klassen schaffen den Hauptschulabschluss, viele können auch direkt in eine Ausbildung oder in weiterführende Maßnahmen vermittelt werden. Zurückzuführen ist das vor allem auf die kleinen Gruppen mit höchstens 15 Schülerinnen und Schülern, die zusätzliche Betreuung durch eine sozialpädagogische Fachkraft und die Projektorientierung und das soziale Lernen.

Auf diesem Hintergrund waren die Erfahrungen mit den für allen 8. Klassen verpflichtenden Lernstandserhebungen (LEH) in einem von der Schule festzulegenden Fach, in diesem Fall im Fach Deutsch, ein echter Schock. Zu-

sammen mit einem hübschen Päckchen Aufgabenheften auch für die SchuB-Klassen kam die Anweisung, hessenweit am Donnerstag dabei zu sein. Dumm nur, dass Donnerstag Praktikumtag ist und nun 15 Betrieben erklärt werden musste, warum ihre Praktikantin und ihr Praktikant fehlten. Wir stießen nicht gerade auf viel Verständnis ...

Noch spaßiger wurde es, als wir Ablaufplan und Arbeitsaufträge durchgingen. 90 Minuten Zeit am Stück waren für die Durchführung der LEH vorgesehen, wovon höchstens zehn Minuten für das Austeilen der Aufgabenhefte und das gemeinsame Lesen der Anleitungen verwendet werden sollten. Für die Bearbeitung des 24-seitigen Heftes blieben somit 80 Minuten – non stop. In den ersten 40 Minuten sollten die Kinder einen Lückentext mithilfe der mitgelieferten CD ausfüllen, dann in einem unbekanntem Text Fehler entdecken und korrigieren, anschließend mithilfe eines zweiseitigen Wörterbuchs acht Fragen der Art „Wie lautet der Genitiv von Geodät?“ beantworten. Anschließend (immer noch nur 40 Minuten Zeit) sollten aus einem ganzseitigen Text alle fehlerhaften Wörter ausgestrichen werden. In Aufgabe 5 sollte dann für neun Wörter aus vier Möglichkeiten angekreuzt werden, wie man die richtige Schreibweise überprüfen kann.

Aufgabe 6 brachte acht Aufgaben zur Groß- und Kleinschreibung und die letzte Aufgabe Nr. 7 noch fünf Fälle, in denen per *multiple choice* „Rechtschreibung begründet“ werden sollte („Gara-ge schreibt man so, weil...“).

Damit waren dann die ersten 40 Minuten geschafft. Egal, wie weit die einzelnen Schülerinnen und Schüler waren, musste *stante pede* mit Teil 2 weitergemacht werden, für den ebenfalls 40 Minuten Zeit zur Verfügung standen. Dieser bestand aus drei (!) mindestens ganzseitigen Texten, teilweise durch Tabellen ergänzt. Zu jedem Text gab es zwischen sieben und zwölf Verständnis-Fragestellungen, teilweise zum Ankreuzen, teilweise auch in ganzen Sätzen zu beantworten. Kleines Textbeispiel gefällig?

„Es ist ein fantasievolles, oft urkomisches, aber auch bewusst grenzwertiges Spiel auf vielen Ebenen, das sich der argentinische Künstler Mariano Pensotti ausgedacht hat: In den Ecken der beiden U-Bahnsteige der Linie U1 am Halleschen Tor sitzen vier Berliner Schriftsteller – darunter Bachmann-Preisträger Tilmann Rammstedt aus Prenzlauer Berg- und tippen ihre Beobachtungen und Assoziationen zu den wartenden Fahrgästen in ihre Laptops.“

Treffsicher haben hier die Macher der LEH die Sorte Text ausgewählt, mit der unsere Hauptschülerinnen und Hauptschüler täglich Umgang haben.

Selbst wenn wir die Frage nach der Sinnhaftigkeit eines solchen länderweiten Vergleiches außen vor lassen und uns auch nicht darüber aufregen wollen, dass den Lehrkräften für das Korrigieren und Eingeben der Ergebnisse keine einzige Korrekturstunde zugestanden wird, kommt man nicht umhin, am Verstand der Entwickler solcher Tests zu zweifeln.

Gerade meine SchuB-Schüler sind oft genug in der Schule gescheitert. Die Folgen sind Resignation, Verweigerungshaltung, Absentismus oder auch Aggressivität. Es kostet in den SchuB-Klassen viel Arbeit, den Schülerinnen und Schülern zu zeigen, dass sie nicht immer scheitern müssen. Wäre es nicht ein Gebot pädagogischer Verantwortung, die Durchführung der nächsten Lernstandserhebung in SchuB-Klassen zu verweigern?

Tonny C. Schwarz





Gegen Kürzungen in der Lehrerausbildung

Gegen die Einsparungen in der Lehrerausbildung protestierten am 14. Februar rund 400 Ausbilderinnen, Ausbilder und Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) auf dem Luisenplatz in Wiesbaden. Initiiert wurde die Aktion von LiVs des Studienseminars für Gymnasien in Oberursel. Die GEW unterstützte den Protest. Die LiV veranstalteten einen Hürdenlauf, der die Probleme symbolisieren sollte, die die Sparmaßnahmen für die Ausbildung mit sich bringen. Auf Transparenten war zu lesen: „Schulen werden für Ausbildung bestraft“ und „Bildung kürzen heißt Schulen ins Chaos stürzen“.

Die Verkürzung der Ressourcen für Ausbildung führt dazu, dass nun jeder Ausbilder im Schnitt mehr LiV auszubilden und zu beraten hat als bisher. Betreuungs- und Beratungszeit verringern sich.

Darüber hinaus wird ein Referendar zukünftig den Schulen mit acht statt 6,4 Unterrichtsstunden angerechnet. Einer Schule mit 15 LiV werden so 24 Stunden Unterricht und damit eine zusätzliche Planstelle angerechnet, obwohl keine einzige Unterrichtsstunde zusätzlich erteilt wird.

Zur Kundgebung waren auch Vertreter der Oppositionsparteien und sachkundige Mitarbeiter aus dem Hessischen Kultusministerium (HKM) und dem Amt für Lehrerbildung (AFL) gekommen. Sie luden *Sina Winton*, eine der Initiatorinnen der Aktion, *Stefan Mierendorff*, Ausbilder aus Oberursel, und *Franziska Conrad*, Ausbilderin und Mitglied im Hauptpersonalrat und Leiterin des Referats Aus- und Fortbildung der GEW, zu einem Gespräch ins HKM ein. Eindringlich wurde den Verantwortlichen die Forderung ans Herz gelegt, spätestens im Doppelhaushalt 2013/14 die Zuweisung für die Ausbildung auf ein auskömmliches Maß, das heißt mindestens 5,2 Wochenstunden pro LiV, zu erhöhen.

Berufsverbote: Vor 40 Jahren

GEW Kassel dankt Silvia Gingold

Infolge des am 28.1.1972 erlassenen Radikalenerlasses wurden tausende von Menschen wegen ihrer Parteizugehörigkeit und politischen Ansichten von Tätigkeiten im öffentlichen Dienst ausgeschlossen. Diese Berufsverbote betrafen Linke, meist Mitglieder der DKP, und schufen ein politisches Klima, in dem Hunderttausende politisch überprüft wurden und ein Gefühl dauernder Überwachung und Kontrolle entstand. Der Kampf gegen die Berufsverbote war eines der wichtigsten Themen der linken und demokratischen Öffentlichkeit in den 70er Jahren.

Anlässlich des 40. Jahrestages der verfassungswidrigen Berufsverbotspraxis sprach die Kollegin *Silvia Gingold* auf der Mitgliederversammlung der GEW Kassel-Stadt und Kassel-Land. Sie berichtete von Stationen ihres Berufsverbots und davon, welche Resentiments ihr nach ihrer erkämpften Einstellung in den Schuldienst entgegenschlugen. Ausdrücklich dankte sie für die ihr zuteil gewordene Solidarität im Kampf gegen ihr Berufsverbot und für die Unterstützung durch ihr Kollegium nach ihrer Wiedereinstellung in den hessischen Schuldienst.

Dennoch sei das Berufsverbot nicht als historisches, überwundenes Ereignis zu betrachten. So zeige die Wirkungslosigkeit des Verfassungsschutzes gegenüber rechten Mördern bei gleichzeitiger Kontrolle von Bundestagsabgeordneten die Aktualität der Thematik. Hinzu kämen die neuen Gelüste führender Politiker der CSU nach einem Verbot der Linkspartei und ein erst vor wenigen Jahren in einem langen Kampf juristisch abgewendeter Berufsverbotsfall gegen den Antifaschisten *Michael Cszakóczy*. Als besonders erschreckend empfindet sie die in einigen Bundesländern von antifaschistischen Gruppen geforderten Erklärungen zu deren Verfassungstreue, um staatliche Fördermittel für ihre Arbeit erhalten zu können.

Im Vergleich zu anderen Berufsverbotsopfern habe sie noch einen einigermaßen glücklichen Verlauf ihrer Berufsbiographie gehabt. Dennoch sei ihr die Übernahme in das Beamten-

verhältnis mit einer über Jahrzehnte unveränderten Begründung dauerhaft verweigert worden, der ihr gegenüber erhobene Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit sei nie zurückgenommen worden und bestehe unvermindert fort.

In der Diskussion ging es auch um das Verhalten namhafter GEW-Funktionäre in den 70er Jahren. Viele hätten damals die verfassungswidrige Praxis bei der Einstellung in den Schuldienst befürwortet, auch sei vorübergehend für den Eintritt in die GEW eine Erklärung notwendig gewesen, nicht Mitglied einer verfassungswidrigen Organisation zu sein.

Im Namen der Kreisvorstände Kassel-Stadt und Kassel-Land dankte *Bernd Rothauge* Kollegin *Silvia Gingold* für ihre Einsatzbereitschaft und ihren Mut, sich dem verfassungsfeindlichen Berufsverbot immer entgegengestellt zu haben. Der Dank galt stellvertretend allen vom Berufsverbot Betroffenen, besonders denen aus den beiden Kreisverbänden. Nach vierzig Jahren müssten die Opfer der Berufsverbote uneingeschränkt rehabilitiert und die gesamte Berufsverbotepraxis historisch aufgearbeitet werden. Als äußeres Zeichen der Solidarität überreichte er *Silvia Gingold* eine rote Nelke und eine Quittung über eine Überweisung zur Unterstützung der Initiative www.berufsverbote.de.





Digitale Kopien

Das Kultusministerium ermittelt

Anfang Februar erhielten die Schulleitungen der beruflichen Schulen eine Mail des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Direktorinnen und Direktoren an Beruflichen Schulen in Hessen *Norbert Herlein*, in der er aufruft, zu einer Anfrage des Hessischen Kultusministeriums (HKM) mit dem Betreff „Digitalisate“ keine Rückmeldung zu geben. Worum geht es, wenn so eine eher konservative Organisation de facto zu einem Boykott aufruft? Das HKM hat in einem Erlass vom 23. Januar alle Schulleitungen in Hessen aufgefordert, bei den Lehrkräften abzufragen, ob auf den von der Schule genutzten Speichersystemen rechtswidrige Digitalisate von Unterrichtswerken abgespeichert sind. Vorhandene digitale Kopien seien zu löschen. Außerdem wird eine Bestätigung angefordert, dass keine rechtswidrigen Digitalisate abgespeichert sind.

Hintergrund ist ein Vertrag der Kultusministerkonferenz (KMK) mit den Schulbuchverlagen, in dem sich die Ministerien verpflichten, beim „Bekanntwerden von Verstößen gegen die (...) festgelegten Vorgaben (...) gegen die betreffenden staatlichen Schulleiter und Lehrkräfte disziplinarische Maßnahmen einzuleiten.“ Gleichzeitig gaben sie ihre Zustimmung, dass die Schulträger eine Plagiatsoftware der Schulbuchverlage einsetzen, „mit welcher digitale Kopien von für den Unterrichtsgebrauch an Schulen bestimmten Werken auf Speichersystemen identifiziert werden können“.

Für die bisher in geringem Umfang erlaubte Erstellung analoger Fotokopien (siehe Kasten) haben die Kultusminister 2011 den Schulbuchverlagen eine Pauschale von 7,3 Millionen Euro, 2012 von 7,8 Millionen Euro überwiesen.

Der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) hat zu diesem Komplex einen umfangreichen Fragenkatalog vorgelegt. In der Erörterung haben sich die Vertreter des HKM auf die schlichte Position zurückgezogen, alles, was digital in Schulen eingesetzt wird und nicht von der Lehrkraft selbst hergestellt wurde, sei nicht zulässig, es sei denn, man verfüge über eine Lizenz des Urheberrechtshalters.

Kopiert und verteilt eine Lehrkraft eine Tabelle aus einem Unterrichtswerk im Klassensatz an die Schülerinnen und Schüler, so ist das zulässig, ebenso die Herstellung einer Kopie für den Overhead-Projektor. Speichert sie diese Folie auf einem USB-Stick und zeigt sie mit Hilfe eines interaktiven Whiteboards, ist dies eine Urheberrechtsverletzung – mit möglichen disziplinarischen, straf- und zivilrechtlichen Folgen. Dabei ist es unerheblich, ob man diese Folie nur einmal einsetzt, ob es ein Stick der Schule oder ein privater Stick ist.

Mit aller Macht versuchen die Schulbuchverlage auf diesem Weg, ihre im digitalen Zeitalter gefährdeten Pfründe zu sichern. Dass sie dabei auf die vorbehaltlose Unterstützung der Kultusministerien bauen können, ist ein politisches Armutszeugnis: Welches Bild bietet eine Lehrkraft, die, statt

auf dem interaktiven Whiteboard eine farbige Statistik zu zeigen, den Tageslichtprojektor aus der Ecke holt, um eine schwarz-weiß kopierte Folie aufzulegen? Welches Bild bietet sie, wenn sie Schülerinnen und Schülern verbietet, Fotos aus dem Internet für ihre Präsentation zu verwenden, weil sie aus einem Schulbuch stammen? Wenn man ernsthaft den Einsatz der „neuen Medien“ in der Schule möchte, ist es die erste Pflicht der Kultusministerien, Bedingungen zu schaffen, die diesen Einsatz ermöglichen, und durch eine entsprechende Aufstockung der Vergütungsleistungen an die Rechteinhaber dafür zu sorgen, dass die Lehrkräfte – mit der nötigen Rechtssicherheit – auch digitale Kopien einsetzen dürfen.

In diesem Zusammenhang sollte man auch einmal dem verbreiteten Argument entgegenarbeiten, das Urheberrecht diene der angemessenen Honorierung der Autorinnen und Autoren. Das genaue Gegenteil ist der Fall: Gerade auf dem Boden des derzeitigen Urheberrechtes vollzieht sich die Ausbeutung der Kreativen, die im Falle von Lehrbüchern überwiegend als Freelancer überhaupt erst einmal jahrelang „für lau“ arbeiten dürfen, ehe sie dann – wenn's gut läuft! – prozentual am Verkaufserlös der Produkte beteiligt werden.

Die erwähnte Aktion des Vorsitzenden der Berufsschuldirektoren ist auf jeden Fall begrüßenswert. Auch auf den Ebenen der Personalräte sollte man die Forderung stellen, dass die individuelle Abfrage gestoppt wird und keine „Schulbuchtrojaner“ eingesetzt werden.

Wenn es nicht gelingt, flächendeckende Vereinbarungen zu schließen, die den Schulen eine praxisgerechte Nutzung der neuen Medien erlauben, müssen die Kultusministerien die Lizenzmittel entsprechend aufstocken.

Die KMK wird demnächst Gespräche mit der GEW und anderen Lehrerverbänden auf nationaler Ebene zu diesem Thema führen. Wir erwarten hier von den GEW-Vertretern eine eindeutige Haltung gegen die Profitgier der Schulbuchverlage und gegen den Einsatz der Plagiatsoftware.

Christoph Baumann und Ernst Olbrich

Lehrkräfte dürfen kopieren

1. bis zu 12 % eines jeden Werkes, jedoch maximal 20 Seiten. Das gilt wirklich für alle Werke, d.h. auch für Schulbücher, Arbeitshefte, Sach- und Musikbücher.
2. ganze Werke von geringem Umfang (mit Ausnahme von Schulbüchern und sonstigen Unterrichtsmaterialien). Vollständig kopiert werden dürfen danach: Musikeditionen mit maximal 6 Seiten, sonstige Druckwerke (außer Schulbücher und Unterrichtsmaterialien!) mit maximal 25 Seiten sowie alle Bilder, Fotos und sonstige Abbildungen.

Zu beachten sind allerdings die folgenden Einschränkungen:

- Es muss auf den Kopien stets die Quelle angegeben werden (Buchtitel, Verlag und Autor).
- Aus jedem Werk darf pro Schuljahr und Klasse nur höchstens in dem oben beschriebenen Umfang kopiert werden.
- Zulässig sind nur analoge Kopien. Die digitale Speicherung und ein digitales Verteilen von Kopien (z.B. per E-Mail) sind schon von Gesetzes wegen nicht gestattet und werden von der neuen vertraglichen Regelung ebenfalls nicht erfasst.

(aus: KMK und VdS: *Fotokopieren in Schulen*)

Das Rad nicht neu erfinden



Montessoripädagogik ist Inklusionspädagogik

Es waren vermutlich ihre Erfolge mit behinderten Kindern, die *Maria Montessori*, erste Ärztin Italiens und Aushängeschild der Frauenbewegung ihrer Zeit, in einer schwerwiegenden privaten Lebenskrise an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert dazu bewogen, sich von der Medizin ab- und der Pädagogik zuzuwenden. Klassifizierte „Idioten“, die aufgrund einer spezifischen, von Maria Montessori entwickelten Förderung nicht mehr von „normalen“ Kindern zu unterscheiden waren – wann und wo hatte es das schon zuvor gegeben?

Aber erst ihre Erfolge mit Unterschichtkindern führten zum pädagogischen Durchbruch und zur internationalen Anerkennung: Arbeiterkinder, die im frühen Alter lesen und schreiben konnten, Manieren besaßen und voller Stolz ihre *Casa di Bambini* in Roms Arbeiterviertel San Lorenzo ihren aristokratischen Besuchern vorführten, weckten das Interesse des progressiven, an Bildung interessierten Großbürgertums und des Adels. Mit deren Unterstützung konnte sich *il metodo* weltweit verbreiten, in einer Zeit gesellschaftlicher Umbrüche und zweier Weltkriege. Aufgrund dieser Erfahrungen und ihrer persönlichen langjährigen Begegnung mit der fernöstlichen Kultur während ihres Indienaufenthaltes in und nach dem 2. Weltkrieg formulierte Maria Montessori folgende Notwendigkeit: Ziel von Bildung ist die Schaffung des friedfertigen Weltbürgers, der in Einklang mit seiner Umwelt und der Natur lebt. Für diese Vision wurde sie 1949 für den Friedensnobelpreis nominiert.

Bereits dieser kurze Abriss zeigt wichtige Qualitätsmerkmale der Montessoripädagogik: Sie bezieht sich auf alle Kinder. Gesellschaftliche Herkunft, soziale Schicht, Nationalität und Rasse, Behinderung oder „Normalität“ bleiben ohne Bedeutung. Montessoripädagogik geht prinzipiell von der Unterschiedlichkeit von Individuen aus; die scheinbar „homogene“ Lerngruppe gerät daher gar nicht erst in ihr Blickfeld; Selektion ist nicht vorstellbar. Dies drückt sich besonders im Prinzip der jahrgangsge-

mischten Gruppe aus, die Kinder unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Fähigkeiten, unterschiedlicher Herkunft besuchen. Denn im Mittelpunkt steht das einzelne Kind mit seinen jeweiligen Stärken, seiner Fähigkeit, lernen und sich entwickeln zu wollen und zu können, seiner angeborenen Aktivität und seinen Kräften zur Selbsttätigkeit. Genaue Beobachtung des Kindes und seiner Ausgangslage, entsprechende Gestaltung der „vorbereiteten Umgebung“ und Überprüfung des Erfolgs sind wissenschaftliche Fundamente der Montessoripädagogik. „Modern“ heißt dies Diagnostik, Gestaltung des Lernsettings und Evaluation. Montessoripädagogik verfolgt einen ganzheitlichen, ressourcenorientierten Denkansatz, keinen defizitorientierten. Heute belegen die lerntheoretischen Überzeugungen des „Ko-Konstruktivismus“ Maria Montessoris pädagogisches Credo. All dies macht Lernerfolg aus:

- Hilf mir, es selbst zu tun.
 - jeder in seinem eigenen Tempo
 - freie Wahl der Arbeit
 - vorbereitete Umgebung
 - freie Wahl von Arbeitspartnern und Methoden
 - Lehrerinnen, Lehrer und Eltern als Unterstützer und Anreger, nicht als „Lehrende“
 - eine der jeweiligen Entwicklungsphase entsprechende Lernumgebung
- Inklusionspädagogik vertritt ähnliche Überzeugungen. Der von der Universität Halle adaptierte angelsächsische „Index for Inclusion“ weist wichtige Bedingungen auf, die die Montessoripädagogik seit jeher gepflegt hat:
- gleiche Wertschätzung aller Schülerinnen und Schüler, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
 - Teilhabe aller Schülerinnen und Schüler an der Kultur der Schule
 - Abbau von Barrieren fürs Lernen
 - Unterschiede werden als Lernchancen begriffen, nicht als Hindernisse.
 - Werteentwicklung
 - Der Unterricht wird auf die Vielfalt der Schülerinnen und Schüler hin geplant.
 - Die Schülerinnen und Schüler sind Subjekte des eigenen Lernens.

- gegenseitiger Respekt
- Bewertung in leistungsförderlicher Form

Dies zeigt: Gerade heute besitzt Montessoripädagogik weltweit eine wichtige Bedeutung als Inklusionspädagogik im weitesten Sinne. Als solche gab und gibt sie seit jeher viele wichtige Impulse zur Weiterentwicklung von Schule und vorschulischer Erziehung, setzt Maßstäbe für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern und Erzieherinnen und Erziehern und definiert Eltern- und Schülerrollen neu. Entsprechend ihrer Tradition hat die Montessoripädagogik viele unterschiedliche pädagogische Zugänge erprobt: Freiarbeit, Lernmaterial zum eigenständigen Wissenserwerb und zur Sensibilisierung von Sinneserfahrungen. Selbst organisiertes, selbst verantwortetes Lernen innerhalb und außerhalb der Institution Schule wird weiter entwickelt. Sinnvolle Feedbacksysteme und alternative Leistungsbeurteilungen sind vorhanden. Es gibt Qualitätsstandards für gute (Montessori-) Schulen und internationale Netzwerke. Aus diesem reichen Erfahrungsschatz sollte jede inklusive Schule schöpfen, statt das pädagogische Rad erneut erfinden zu wollen.

In vielen Bundesländern Deutschlands gibt es staatliche Montessori-Schulen, die wichtige Impulse für die Weiterentwicklung des Schulwesens in ihrem föderalen Staat leisten. In Hessen existieren nur wenige Montessori-Schulen, und diese sind alle in der Hand freier Träger. Es ist an der Zeit, dass auch Hessen auf seinem Weg zur inklusiven Schule die Möglichkeiten der Montessoripädagogik nutzt, zum Beispiel mit einem Schulversuch.

Ute Vogell

(1) siehe z. B. in der Montessoripädagogik: Sensible Phasen, Montessorimaterial und entsprechende Neu- und Weiterentwicklungen, kosmische Erziehung, Erdkinderplan



Was ist die beste Förderung?

Schulen für Praktisch Bildbare im Zeitalter der Inklusion

Förderschulen für Praktisch Bildbare (PB) firmieren jetzt im neuen Schulgesetz als „Schulen für geistige Entwicklung“. Als Lehrer an einer solchen Schule beurteile ich die Arbeitsmöglichkeiten und -ergebnisse auch im Zeitalter der Inklusion als optimal, weil wir einen explizit individuellen Förderansatz verwirklichen können, der weit über die in Lehrplänen festgelegten „kognitiven“ Lernziele der „Regelschulen“ hinausgeht.

Anders als an den „Regelschulen“ werden Lehrpläne und Lernziele nicht deduktiv festgelegt, sondern ausgehend von den jeweils individuellen Lernausgangsvoraussetzungen passend für jeden einzelnen Schüler und jede einzelne Schülerin erarbeitet. Ziel des Unterrichts ist es, den Kindern und Jugendlichen ein möglichst selbstständiges und selbstbestimmtes Leben während und vor allem nach der Schulzeit zu ermöglichen: Non scholae sed vitae discimus. Diesen Ansatz bezeichnet man in Didaktik und Methodik der PB-Schulen als „lebenspraktischen Unterricht“.

Ein absolut gesetzter Wertbegriff von „Inklusion“ überdeckt inzwischen die inhaltlichen und methodischen

Auseinandersetzungen über die schulische Förderung geistig behinderter Schüler.

In der Praxis der Regelschulen wird die Hinführung zu einer allgemeinen „Alltagstauglichkeit“ durch „Schulfächertauglichkeit“ ersetzt. Dies wirkt sich auch auf die Ausbildung künftiger Förderschullehrkräfte an den Studienseminaren aus, die modulgerecht auf eine rein regelschulrelevante Methodik und Didaktik reduziert wird, bei der nur noch die „Stofffülle“ zur Debatte steht. Im gleichen Maße scheint der Studiengang „Sonderpädagogik“ ein Auslaufmodell zu sein.

Behinderungsarten differenzieren

In der Debatte um die Inklusion ist es unerlässlich, „intellektuell“ nicht behinderte Schüler mit körperlichen und Sinnesbeeinträchtigungen (Sehen, Hören, Sprech- und Sprachbehinderte) und Schülerinnen und Schüler mit Erziehungshilfebedarf von den „kognitiv“ behinderten Schülern mit einem IQ von teils unter 60 Punkten zu unterscheiden. Auch wenn diese IQ-Zuweisung für geistig behinderte Schüler umstritten ist, wähle ich sie dennoch, um unsere Schüler klar von „lernbehinderten“ Schülern zu unterscheiden. Für alle nicht geistig behinderten Schüler scheint der Lernort „Regelschule“ mit ihren „kognitiv“ dominierten Lerninhalten die richtige Wahl.

Die Schülerinnen und Schüler der PB-Schulen sind – dies ist kein Geheimnis und liegt auch nicht an den Lernmethoden – häufig nicht in der Lage, die Kulturtechniken Schreiben, Lesen und Rechnen in einem Umfang zu erlernen, der ihnen praktische Anwendungsbereiche erschließt. Sie arbeiten sich oftmals erfolglos am Erlernen des Alphabets und am Erfassen von Mengen ab, ohne diese Techniken so weit optimieren zu können, dass sie im alltäglichen Leben hilfreich zur Lebensbewältigung beitragen können. Wenn etwa Kindern im dritten oder vierten Schuljahr die bereits eingeübten, zum Teil auch wieder verlernten Buchstaben und Wörter stets neu angeboten werden, wird deut-

lich, dass hier ein umfangreicherer, über den reinen „Schulstoff“ hinausgehender Lernansatz gewählt werden muss.

Inklusion endet nach der Schulzeit

In vielen Diskussionen wird die Beschulung an einer PB-Förderschule als „Verletzung eines Menschenrechts“, als unzumutbare „Aussonderung“ in eine „Sondereinrichtung“ gebrandmarkt.

Die Begriffe „Aussonderung“ und „Sondereinrichtung“ haben ihre Wurzeln in einem dunklen Kapitel deutscher Geschichte, dennoch tauchen sie in Bezug auf Förderschulen in fast jeder „Inklusionsdebatte“ auf, ohne dass die Wurzeln dieser Begriffe erkennbar werden.

Die Kritik der „Aussonderung“ verdichtet sich merkwürdigerweise auf die pädagogischen Bereiche „Kindergarten“ und „Schule“. Die gesellschaftlich grundlegende „Nichtinklusion“ behinderter und nicht behinderter Jugendlicher als lebenslanges Problem beginnt allerdings erst nach der Schulzeit mit der sehr eingeschränkten Chance Jugendlicher, in den allgemeinen Arbeitsmarkt eingegliedert zu werden. Diese Tatsache lässt schulische Inklusion eher als zeitlich begrenzte Episode erscheinen.

Lebenspraktischer Unterricht ...

Der lebenspraktische Unterricht ist die zentrale Grundlage des Lernens und Unterrichtens an der Schule für Praktisch Bildbare. Der einzelne Schüler mit seiner speziellen Behinderung und seiner konkreten Lebenssituation steht im Zentrum der schulischen Angebote. Diese werden an den Lernausgangsvoraussetzungen der einzelnen Schüler orientiert und nicht umgekehrt. Der lebenspraktische Bildungsansatz unterscheidet die PB-Schulen grundlegend von allen anderen Schulformen, bei denen die Lehr- und Lerninhalte maßgeblich durch entsprechende Lehrpläne geregelt sind.

Ziel des Unterrichtens ist es, Schülerinnen und Schülern mit vielfältigen und unterschiedlichen Beeinträchtigun-

Landeselternbeirat vermisst Schritte zur Inklusion

Der Landeselternbeirat hält auch den überarbeiteten Entwurf der neuen Verordnung zur sonderpädagogischen Förderung für ungeeignet, konsequente Schritte zur Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems einzuleiten. Vielmehr führe er „sämtliche Willensanstrengungen in diese Richtung ad absurdum“. Der Entwurf sehe keine wirkliche Wahlmöglichkeit für Eltern vor, welche Schule ihr Kind besuchen soll. Es gebe zwar einen Förderausschuss, in den die Eltern involviert sind, letztlich könnten „diese aber ganz einfach überstimmt werden“. Der Entwurf trägt aus Sicht der hessischen Eltern „nicht dazu bei, inklusiven Unterricht in unseren Schulen und in unserer Gesellschaft zu verankern“

gen Hilfen zur Alltags- und Lebensbewältigung mit dem Ziel anzubieten, während und nach der Schulzeit ein möglichst autonomes und selbstbestimmtes Leben führen zu können.

Die **Lerninhalte** entwickeln sich an den elementaren Bedürfnissen der Schüler zur Lebensbewältigung: Alle Inhalte, Praktiken und Techniken, die für eine möglichst selbstständige Lebensführung der Schülerinnen und Schüler bedeutsam sind, können Gegenstand des Unterrichts sein. Da viele Schülerinnen und Schüler der PB-Schulen aufgrund ihrer reduzierten kognitiven Verarbeitungsmöglichkeiten nicht zur Erlangung und Festigung von Kenntnissen im kulturtechnischen Bereich in der Lage sind, ist dies von elementarer Bedeutung. Diese zahlenmäßig zunehmende Schülergruppe wird durch ein primäres Lernangebot der Vermittlung von Kulturtechniken im Wesentlichen nicht erreicht: Die Förderziele sind demnach so vielfältig, wie es die unterschiedlichen geistigen Behinderungen mit ihren verschiedensten Sekundärbehinderungen erfordern.

... statt Schulfächertauglichkeit

Auch bei den Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Rechnen gelten die Prinzipien der „lebenspraktischen Bildung“: Diese sind am Nutzen für die Lebensbewältigungsstrategien unserer Schüler zu orientieren. Die Verwertbarkeit kulturtechnischer Elemente für die Erfordernisse des täglichen Lebens steht im Vordergrund. An Regelschulen dienen Kulturtechniken vom didaktisch-methodischen Aufbau her grundsätzlich als Einstieg in eine permanente Erweiterung des Wissens im Hinblick auf einen qualifizierten Schulabschluss. An der PB-Schule sind die Kulturtechniken Schreiben, Lesen und Rechnen keine Grundlagenfächer im Sinne eines Basiswissens für später zu erlangende Kulturtechniken auf „höherem“ wissenschaftlichem Niveau, sondern dienen zuerst dem Ziel, während der Schulzeit und vor allem danach die Grundlagen für eine möglichst selbstständige und autonome Lebensführung zu bilden.

Folglich sind die methodisch-didaktischen Grundlagen der PB-Schulen konkreter, plastischer und an den Lernvoraussetzungen und vor allem am Lerntempo der jeweiligen Schüler orientiert. Erkennen des eigenen Namens, der Namen der Mitschüler etwa beim Ausfüllen der Essensliste, Wörter und

Zahlen und Ziffern bei der kalendarischen Orientierung, das Erkennen von Alltagssymbolen können hier Einstiege sein. Die Lernprozesse unserer Schüler erfolgen in sehr kleinen, langsamen Schritten und erfordern permanentes Wiederholen. In der Grundschule angemessene Methoden können für unsere Schüler zu komplex, zu schnell, zu abstrakt sein und den kulturtechnischen Zugang eher erschweren.

Die **Unterrichts- und Lernmethoden** unterscheiden sich von denen anderer Schulformen im Wesentlichen dadurch, dass sie stärker auf Wiederholung und Ritualisierung ausgerichtet sind, als dies beim schnelleren Vorgehen anderer Schulformen üblich ist.

Ein zugewandtes soziales Umfeld trägt in umfassenderem Maße zur Lernmotivation der Schüler bei als die aus der Fachdidaktik heraus entwickelten Motivationsebenen an Regelschulen.

Der Unterricht kann sich aufgrund unterschiedlicher Lebens- und Entwicklungsbedingungen unserer Schüler und den sich daraus ergebenden differierenden Lernausgangsvoraussetzungen nicht an vorgegebenen Lehrplänen ausrichten, die für alle Schüler Geltung haben. So kann ein 13-jähriger Schüler unserer Schule über ein Entwicklungsalter von 4 bis 5 Jahren verfügen.

Die Bedeutung des **Klassenunterrichts** als gemeinsame Aktion mit gleichen Themen spielt eine geringere Rolle als in anderen Schulformen. Bezugspunkte der einzelnen Klassen sind gemeinsame Aktionen wie Morgen- und Schlusskreis, Essenssituationen, Ausflüge und soziale Kontakte im Rahmen der Klassengemeinschaft. Außerhalb dieser zentralen Klassengemeinschafts-



situationen setzen in der Regel bereits **Individualisierung und Einzelförderung** an.

Den Überlegungen zur Auswahl der schulischen Lernorte für geistig behinderte Schülerinnen und Schüler sollte die Frage vorangestellt werden, wo eine individuelle Einzelförderung dieser Kinder und Jugendlichen am besten zu verwirklichen ist. Die anschließende Frage nach Inklusion kann aus diesen Abwägungen heraus entwickelt werden. Dies könnte helfen, den grundsätzlichen Charakter von Beschulungsfragen für geistig behinderte Schüler zielgenauer zu bestimmen und dem Verfahren die Schärfe zu nehmen.

Paul Brandt

GEW für gelingende Inklusion

Ende März setzte die GEW einmal mehr deutliche Zeichen „für eine Politik der gelingenden Inklusion“ und gegen die „Inklusionsverhinderungspolitik“ der hessischen Landesregierung. Am 22. März sprach GEW-Landesvorsitzender Jochen Nagel vor mehr als 2.000 Schülerinnen und Schülern, Eltern und Lehrerinnen und Lehrern Frankfurter Schulen und bekannte sich zu dem Motto, das als Banner am Eisernen Steg den Main überspannte: „Inklusion ist Menschenrecht“. Am selben Tag konkretisierte die GEW ihren Vorschlag für einen „Runden Tisch Inklusion Hessen“, der die Politik der Landesregierung kritisch kommentieren und die Einhaltung

der UN-Behindertenrechtskonvention beobachten soll. An der Fachtagung beteiligten sich unter anderen Vertreterinnen und Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam Leben, des Elternbundes, des Landesausländerbeirats und der Landeschülervertretung.

Am Dienstag, dem 27. März, demonstrierten Kolleginnen und Kollegen und Eltern aus ganz Hessen vor dem Hessischen Kultusministeriums für energische Schritte auf dem Weg zur Inklusion und gegen die durchsichtigen Versuche, Eltern und Lehrerschaft und die verschiedenen pädagogischen Professionen in der Schule zu spalten.



Abel steh auf

Das utopische Potenzial von Literatur

„Und Adam erkannte sein Weib Eva, und sie war schwanger und gebar den Kain (...) und gebar Abel, seinen Bruder. Und Abel ward Schäfer; Kain aber ward ein Ackermann.“ Beide bringen dem Herrn Opfer dar, Kain von den „Früchten des Feldes“, Abel von den „Erstlingen seiner Herde“. „Und der Herr sah gnädig an Abel und sein Opfer; aber Kain und sein Opfer sah er nicht gnädig an. Da ergrimmte Kain sehr, und seine Gebärde verstellte sich.“ Darauf fragte der Herr Kain, warum er voller Grimm sei, und ermahnte ihn, der Sünde zu widerstehen. „Da redete Kain mit seinem Bruder Abel. Und es begab sich, da sie auf dem Felde waren, erhob sich Kain wider seinen Bruder Abel und schlug ihn tot.“ Der Herr fragt: „Wo ist dein Bruder Abel?“ Kain antwortet: „Ich weiß nicht; soll ich meines Bruders Hüter sein?“ Der Herr verflucht Kain. „Unstet und flüchtig“ soll er auf Erden sein und die Ernten sollen ihm misslingen. Kain sieht ein, dass ihm der Brudermord vom Herrn nicht verziehen werden kann und rechnet mit seinem Tode. Der Herr aber gibt Kain ein Zeichen und droht demjenigen siebenfache Rache an, der Kain totschießt.

Es lohnt sich, den Text ohne Berücksichtigung religionspezifischer Konnotationen zu betrachten. Beide Brüder opfern Produkte ihrer Arbeit, Früchte des Feldes sowie Tiere aus der Herde, weil sie dem Herrn danken. Das Tieropfer akzeptiert der Herr, nicht aber das Opfer des Ackerbauern Kain. Warum ist der Herr parteiisch? Darüber schweigt der Text. Vermutlich ist der Gott der Bibel ein Gott der historisch älteren Viehzüchtergesellschaften, nicht aber der fortschrittlichen Ackerbauern.

Die Ablehnung der Früchte der Arbeit erscheint dem heutigen Leser willkürlich. Ob Kain mit dem Herrn hadert, erfahren wir nicht. Die Bevorzugung des Bruders bewirkt Eifersucht und Neid, die bis zum Hass gesteigert werden. Der Grundkonflikt der Rivalität zwischen Männern kann, sagt der Bibeltext, tödlich verlaufen. Kains Erregung ist verständlich, denn seine Zurücksetzung wird ihm nicht erklärt. Der Herr fordert ihn lediglich auf, seine Wut zu beherrschen. Der Herr will, dass Kain seine Benachteiligung hinnimmt. Kain

spricht mit seinem Bruder, nicht mit dem Verursacher seiner Eifersucht. Der Leser erfährt nichts über den Inhalt des Gesprächs, sondern lediglich, dass Kain seinen Bruder nach dem Gespräch erschlägt, vermutlich im Affekt. Hat der Verlauf des Gesprächs die Wut Kains verstärkt? Hat ihn der Bruder verhöhnt oder jegliches Verständnis vermissen lassen?

Ohnmacht, Wut und Freude

Kain bekommt keine Gelegenheit zu erklären, wie es dazu kam, dass er seinen Bruder erschlagen hat, wie er den Herrn auch nicht nach einer möglichen Rechtfertigung der Ungleichbehandlung fragt. In dem Bibelauszug wird das Seelenleben nicht dargestellt, werden die dem Konflikt zugrundeliegenden Primäraffekte nicht ausgesprochen, aber der Leser empfindet diese, wenn er sich in die Figuren hineinversetzt, denn er kennt Affekte wie Ohnmacht, Wut, Verzweiflung und Freude aus entsprechenden Lebenssituationen. Freude wie bei Abel, der vom Herrn gesehen und gelobt wird. Wut wie bei Kain, weil Abel ihm vorgezogen wird.

Warum ist dieser Bibelauszug geeignet für den Literaturunterricht? Er zeigt einen Grundkonflikt menschlichen Zusammenseins. Literarische Texte vermitteln Lebensentwürfe in sinnlich erfahrbarer Form. Im Literaturunterricht geht es darum, diese literarischen Lebensentwürfe und die Erfahrungswelt der Schülerinnen und Schüler in Beziehung zu setzen. Kain und Abel wollen, das entspricht dem Grundbedürfnis jedes Menschen, gesehen, geachtet, möglichst geliebt werden. Sie wollen sich und ihre Leistungen anerkannt fühlen. Abels Wunsch geht in Erfüllung, Kains jedoch nicht.

Der Bibeltext stellt Handlungs- und Denkmuster zur Diskussion. Wenn der Leser Kains Perspektive einnimmt, kann er dessen Empfindungen, sein Verhalten nachvollziehen, wohl auch zu einem gewissen Grad verstehen, doch er kann auch über Alternativen nachdenken. Kain hätte sich nämlich anders

verhalten können. Er hätte mit dem Herrn reden, sich mit seinem Bruder verständigen können. Sein tatsächliches Verhalten ist plausibel, aber nicht alternativlos.

Die angebotenen Handlungs- und Denkmuster können als Chance wahrgenommen werden, Gegenmaßnahmen zu Reaktionen aus Hass und Gewalt aufzuzeigen, das heißt rationale Konfliktlösungsstrategien.

Das Potenzial von Literatur wird ernst genommen, wenn im Literaturunterricht eigenständiges Urteilen der Schülerinnen und Schüler befördert, der Leser zur Befreiung von Bevormundung ermutigt wird und ihm die Auswirkungen von Zwängen in der Außen- und Innenwelt verstehbar gemacht werden. Hierzu gehören neben der Aufklärung über gesellschaftliche Verhältnisse auch Prozesse der Selbstaufklärung und Selbsterkenntnis.

Solidarische Weltgesellschaft

Hilde Domin nutzt in ihrem Gedicht „Abel steh auf“ die Leerstellen der Vorlage und erhellt das utopische Potenzial des Bibeltextes. Sie entwirft das Bild einer solidarischen Weltgesellschaft, die auf Religionen und Rechtssysteme verzichten kann. Im Bibeltext erschlägt Kain den Bruder Abel aus Zorn darüber, dass dessen Opfer von Gott gnädig angenommen wird, seines aber nicht.

Domin macht aus der rhetorisch gemeinten Frage Kains, ob er seines Bruders Hüter sei, eine echte Frage und lässt Kain antworten: „Ich bin dein Hüter Bruder/ wie sollte ich nicht dein Hüter sein“. Kain fleht den Bruder förmlich an: „Täglich steh auf/ damit wir es vor uns haben/ dies Ja ich bin hier! Ich /dein Bruder“.

Das lyrische Ich drückt die Hoffnung aus, dass der Konflikt, der aus der Rivalität zwischen Menschen resultiert, neu entschieden wird. „täglich muß die Antwort noch vor uns sein/ die Antwort muß ja sein können“. Wenn der Mensch zu seinem Mitmenschen sagt, ja „Ich bin dein Hüter/ Bruder/ wie sollte ich nicht dein Hüter sein“, „können alle Kirchen schließen“ und „alle Ge-

setzbücher (...) in allen Sprachen der Erde“ können abgeschafft werden. Abel könnte aufstehen, wenn Kain die „erste falsche Antwort/ auf die einzige Frage/ auf die es ankommt“ rückgängig macht. Erst dann müssten sich „die Kinder Abels nicht mehr fürchten/ weil Kain nicht Kain wird“.

Soweit die Utopie der Revision des ersten Menschheitsverbrechens, der Vernichtung eines Konkurrenten, der gehasst wird, weil dieser einen Erfolg hat, der ihm geneidet wird.

... dass sich Menschen ändern

Das lyrische Ich, das sich als Kind des Opfers Abel sieht, fürchtet sich vor der Antwort „auf die einzige Frage/ auf die es ankommt“. Die permanente Furcht unterstreicht das Utopische der Aufforderung, Abel möge aufstehen. Abel steht nicht auf, die Tötung des Bruders lässt sich nicht rückgängig machen. Gewalttaten von Menschen, an Menschen verübt, werden weiter verübt, solange sich Menschen den Mitmenschen gegenüber nicht als Bruder, Schwester, Freund erweisen. Wir unterstützen uns nicht gegenseitig, soweit die Bestandsaufnahme des Textes. Domin gibt jedoch die Hoffnung nicht auf, dass sich Menschen ändern. Sie möchte, dass Kain innehält, bevor er aus Wut zuschlägt. Wenn er den Bruder rechtzeitig als Bruder erkennt, sich als dessen Hüter versteht, kann er den tödlichen Hieb nicht versetzen. An Kain kann der Leser sich die Disposition zu aggressivem Verhalten klar machen. Ob diese Erkenntnis ausreicht, in bestimmten Situationen das eigene Verhalten kontrollieren zu können, ist eine andere, allerdings entscheidende Frage.

Der Bibeltext und das Gedicht Domin sind Beispiele dafür, welche Prozesse im Literaturunterricht angestoßen werden können. Maßstab für die Auswahl geeigneter Literatur ist die überindividuelle, überzeitliche Bedeutung der dargestellten Lebensentwürfe, Handlungs- und Denkmuster. Was sind das für Konfliktsituationen und Lebenserfahrungen, die Lesende, also auch alle Schülerinnen und Schüler, faszinieren können? Sie handeln von Freundschaft und Feindschaft, von Liebe und Hass, Herrschen und Beherrschtwerden, Eifersucht, Neid, Freude und Trauer, Erfolg und Misserfolg, Geben und Nehmen, verborgenen Wünschen, den Altersstufen, dem

Tod. Literarische Texte symbolisieren häufig das menschliche Streben nach innerer oder äußerer Freiheit und zeigen individuelle und gesellschaftliche Zwänge auf, die diesem Freiheitsdrang entgegenstehen. Sie veranschaulichen den Konflikt zwischen unbewussten Wünschen und bestehenden Normen und Wertvorstellungen, und sie ermöglichen Nachdenken über und Problematisierung von Regeln, Normen und Werten des menschlichen Zusammenlebens. Hierin liegt ihr besonderer Wert. Die Auseinandersetzung mit menschlichen Grundsituationen im Literaturunterricht kann die positive Entwicklung der psychischen Identität junger Menschen günstig beeinflussen. Das Emanzipatorische am Literaturunterricht besteht darin, das utopische Potenzial von Texten freizulegen, Sinnfragen zu stellen und damit Bewusstseinsprozesse bei Schülerinnen und Schülern anzustoßen, die deren Lebenspraxis betreffen.

Thomas Adamczak, Evelyn Krings

Thomas Adamczak war Fachleiter Deutsch an den Studienseminaren Darmstadt I und Wiesbaden und Lehrer an der Gustav-Heinemann-Schule Rüsselsheim; Evelyn Krings ist Mitglied der Abiturkommission im Fach Deutsch und Lehrerin an der Gustav-Heinemann-Schule Rüsselsheim.



Holzchnitt von Albrecht Dürer aus dem Jahr 1511 (www.zeno.org, Zenodot-Verlagsgesellschaft); Gedicht von Hilde Domin, aus: Hilde Domin, *Gesammelte Gedichte*. © S.Fischer Verlag GmbH, Frankfurt 1987

Abel steh auf von Hilde Domin

Abel steh auf

*es muß neu gespielt werden
täglich muß es neu gespielt werden
täglich muß die Antwort noch vor uns sein
die Antwort muß ja sein können
wenn du nicht aufstehst Abel
wie soll die Antwort
diese einzig wichtige Antwort
sich je verändern
wir können alle Kirchen schließen
und alle Gesetzbücher abschaffen
in allen Sprachen der Erde
wenn du nur aufstehst
und es rückgängig machst
die erste falsche Antwort
auf die einzige Frage
auf die es ankommt
steh auf
damit Kain sagt
damit er es sagen kann
Ich bin dein Hüter
Bruder
wie sollte ich nicht dein Hüter sein*

*Täglich steh auf
damit wir es vor uns haben
dies Ja ich bin hier
ich
dein Bruder
Damit die Kinder Abels
sich nicht mehr fürchten
weil Kain nicht Kain wird
Ich schreibe dies
ich ein Kind Abels
und fürchte mich täglich
vor der Antwort
die Luft in meiner Lunge wird weniger
wie ich auf die Antwort warte
Abel steh auf
damit es anders anfängt
zwischen uns allen*

*Die Feuer die brennen
das Feuer das brennt auf der Erde
soll das Feuer von Abel sein
Und am Schwanz der Raketen
sollen die Feuer von Abel sein*



Lanze für Meinungsfreiheit

Bemerkenswerte Entscheidung zur Besetzung einer Funktionsstelle

Das Verwaltungsgericht Frankfurt (VG) fällt ein bemerkenswertes Urteil mit klaren Aussagen zur Meinungsfreiheit im Beamtenverhältnis, zu den Anforderungen an dienstliche Beurteilungen und Funktionsstellenbesetzungen (Beschluss vom 19.5. 2011, Az. 9 L 4647/10 F).

Die Ausgangssituation ist sicherlich kein Einzelfall. An einer großen Schule wird der langjährige Schulleiter in absehbarer Zeit in Pension gehen. Er möchte „sein Haus bestellen“ und rechtzeitig einen aus seiner Sicht geeigneten Nachfolger aufbauen. Einen Wunschkandidaten gibt es im Kollegium, durchaus berufserfahren und kompetent. Glücklicherweise ist gerade die Stellvertreterstelle zu besetzen, so dass der gewünschte Nachfolger zunächst auf diese Position gehievt werden soll, von der dann der nächste Schritt zum Schulleiter fast vorprogrammiert ist.

Ein Anforderungsprofil wird erstellt und die Stelle ausgeschrieben. Im Kollegium macht der Schulleiter kein Geheimnis daraus, wer sich aus seiner Sicht bewerben und die Stelle erhalten soll. Damit alles glatt geht, werden die Stellenbesetzung und das angestrebte Ergebnis auch schon mal mit dem Staatlichen Schulamt besprochen.

Unerwünschte Mitbewerberin

Der Wunschkandidat bewirbt sich. Dann gerät auf einmal Sand ins Getriebe. Eine Kollegin, ebenfalls mit langjährigen Berufserfahrungen, engagiert und kompetent im pädagogischen Bereich ebenso wie im Bereich aller relevanten Leitungsaufgaben, macht deutlich, dass sie sich ebenfalls auf die ausgeschriebene Stelle bewerben wird. Dem mehr oder weniger freundlichen Druck, von diesem Vorhaben abzulassen, beugt sich die Kollegin nicht. Auch sie gibt ihre Bewerbung ab. Für das Auswahlverfahren erstellt der Schulleiter dienstliche Beurteilungen des Kandidaten und der Kandidatin.

Der Vergleich der dienstlichen Beurteilungen verschiedener Bewerberinnen und Bewerber ist nicht das alleinige, aber ein wesentliches Kriterium bei der

Auswahlentscheidung. In jede dienstliche Beurteilung fließen subjektive Elemente der Beurteiler ein, die sich in der Regel einer Kontrolle von außen, also einer Rechtskontrolle entziehen. Umso wichtiger ist es, dass einige formale und rechtliche Aspekte beachtet werden. Es müssen die anerkannten Beurteilungs- und Bewertungsmaßstäbe sowie allgemeine Denkgesetze und Gesetze der Logik beachtet werden. Sachfremde Erwägungen wie zum Beispiel persönliche Vorlieben des Beurteilers müssen außen vor bleiben. Bei mehreren Bewerberinnen und Bewerbern müssen alle Betroffenen nach den gleichen sachlichen Gesichtspunkten, den gleichen Kriterien und in der gleichen Form beurteilt werden.

Würdigungsbericht unvollständig

Als die Bewerberin die dienstliche Beurteilung ihres Schulleiters in Händen hielt, fiel sie aus allen Wolken, da sie den Anforderungen an eine faire und sachliche Beurteilung nicht entsprach. Der Würdigungsbericht war unvollständig, für die Beurteilung wesentliche Aspekte der beruflichen Tätigkeit wurden nicht erwähnt. Wertende Aussagen fielen pauschal, nichtssagend oder mehrdeutig aus. So enthielt die Aussage über das Verhältnis zu Kolleginnen und Kollegen im Subtext die Aussage, ihre „enge Bindung an das Kollegium und ihre ausgeprägten kommunikativen Fähigkeiten“ ließen sie für die Wahrnehmung einer Vorgesetztenfunktion kaum geeignet erscheinen.

Zu dieser dienstlichen Beurteilung des Schulleiters verfasste die Kollegin eine Stellungnahme, in der sie an zahlreichen Stellen mit deutlichen Worten Kritik an Form und Inhalt der dienstlichen Beurteilung formulierte. Diese Stellungnahme ging an das Staatliche Schulamt.

Aufgabe des Staatlichen Schulamts wäre es gewesen, den Würdigungsbericht des Schulleiters anhand der formulierten Einwände kritisch zu überprüfen und den Schulleiter gegebenenfalls aufzufordern, Änderungen oder Ergänzungen vorzunehmen. Die

Reaktion des Staatlichen Schulamts fiel jedoch anders aus. Ohne auf die sachlichen Einwände im Einzelnen einzugehen, beschäftigte sich das Staatliche Schulamt ausschließlich mit den Formulierungen, die die Kollegin bei ihrer Gegendarstellung verwendet hatte und kam zu dem Ergebnis, schon durch die Form ihrer Kritik zeige die Kollegin, dass sie menschlich und persönlich nicht geeignet sei, „die von einer künftigen, ständigen Vertreterin des Leiters zu erwartende unverzichtbare Kommunikationsfähigkeit gegenüber Schulleiter und Kollegium“ zu erbringen. Im Gegenteil erschienen erhebliche Kommunikationsprobleme „wahrscheinlich“.

Das Staatliche Schulamt schließt sich inhaltlich dem Würdigungsbericht des Schulleiters an und trifft die Auswahlentscheidung zu Gunsten des Bewerbers. Gegen diese Auswahlentscheidung und die ihr zugrundeliegende Begründung klagt die Kollegin vor dem VG Frankfurt. Das Gericht untersagt dem Schulamt, die Stelle mit dem ausgewählten Bewerber zu besetzen. Die Zweitbeurteilung durch das Staatliche Schulamt, auf deren Grundlage die Auswahlentscheidung getroffen sei, beruhe „auf sachfremden Erwägungen“:

„Entsprechend § 40 des Hessischen Verwaltungsverfahrensgesetzes sind solche Erwägungen als sachfremd anzusehen, die vom gesetzlich zugelassenen Zweck der behördlichen Maßnahme nicht gedeckt sind. Der Zweck einer dienstlichen Beurteilung besteht darin, als Grundlage für Personalentscheidungen nach dem (...) Prinzip der Bestenauslese zur Durchsetzung zu verhelfen und eine Grundlage für die in § 10 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Gleichbehandlungsgesetzes verlangte Qualifikationsfeststellung zu liefern. Diesem Zweck wird die ergänzende Zweitbeurteilung des Staatlichen Schulamts nicht gerecht, weil sie die als Gegenvorstellung zu bewertende Stellungnahme der Antragstellerin gegen ihre dienstliche Beurteilung ohne tragfähigen Grund als Ausdruck mangelnder sozialer Kompetenz ansieht. Die Sachwidrigkeit dieser Erwägung folgt daraus, dass sie die Einlegung von Rechtsbehelfen dadurch nicht nur erschwert, sondern den Zweck des Rechtsschutzes geradezu in sein Gegenteil verkehrt.“

Auch scharfe Kritik zulässig

Das Gericht konstatiert hierin einen Verstoß gegen die Rechtsschutzgarantie des Grundgesetzes (Art. 19 Abs. 4 Satz 1) und der Hessischen Verfassung (Art. 2 Abs. 3) und das sich aus dem Hessischen Beamtengesetz (§ 181) ergebende Maßregelungsverbot für Beamtinnen und Beamte, die von ihrem Beschwerderecht Gebrauch machen:

„Wegen der hohen Bedeutung der (...) verfassungsrechtlich garantierten Meinungsfreiheit können Eingaben und Rechtsbehelfe allerdings nur dann eine tragfähige Grundlage für eine Abwertung etwa der sozialen Kompetenz des Verfassers oder der Verfasserin sein, wenn der Inhalt solcher Eingaben, Rechtsbehelfe etc. ehrverletzend oder in sonstiger Weise gegen allgemeine Gesetze verstößt oder wenn Tatsachen behauptet werden, deren Unhaltbarkeit ohne Weiteres auf der Hand liegt. Demgegenüber darf die Verwendung starker, eindringlicher Ausdrücke und sinnfälliger Schlagwörter dem Zweck, die eigene Rechtsposition zu unterstreichen, nicht nachteilig bewertet werden, selbst wenn der Standpunkt vorsichtiger hätte formuliert werden können.“

Vor diesem Hintergrund hat es das Verwaltungsgericht als zulässig erachtet, dass die Antragstellerin an der Beurteilung des Schulleiters kritisiert hatte, wichtige Tatsachen seien „mit keiner Silbe erwähnt, Relevantes sei aus der Beurteilung nicht zu erfahren“.

Auch den Vorhalt, die dienstliche Beurteilung zeichne sich durch „Oberflächlichkeit, bruchstückhafte Tätigkeitsbeschreibungen, diffuse und/oder nichtssagende Formulierungen“ aus, hat das Gericht nicht beanstandet. Die „Möglichkeit eines pointierten Vortrags zur Interessenwahrnehmung“ sei durch die Garantie des Rechtswegs und durch die Meinungsfreiheit gedeckt.

Die Fehlerhaftigkeit der ergänzenden Zweitbeurteilung des Staatlichen Schulamts beruhe offensichtlich auf Voreingenommenheit des Beurteilers. Diese ergebe sich insbesondere auch aus der unwidersprochenen Darstellung, in einem Gespräch, das der zuständige Schulaufsichtsbeamte mit der Bewerberin nach Eingang ihrer Stellungnahme geführt habe, habe dieser geäußert, „die Stellungnahme der Antragstellerin stelle in der freien Wirtschaft einen Kündigungsgrund dar“. Sie könne somit „froh sein, im öffentlichen Dienst tätig zu sein“.

Dagegen erklärte das VG, auch in der arbeitsgerichtlichen Rechtspre-

chung sei geklärt, dass seitens eines Arbeitnehmers Kritik auch in polemischen und überspitzten Formulierungen geäußert werden dürfe und zwar unabhängig davon, ob die Äußerung rational oder emotional begründet oder grundlos sei, ob sie von anderen für nützlich oder schädlich, wertvoll oder wertlos gehalten werde. Nur Schmähungen und Formalbeleidigungen sowie Angriffe auf die Menschenwürde seien nicht vom Schutz der Meinungsfreiheit gedeckt und könnten eine verhaltensbedingte Kündigung rechtfertigen.

Ob der fragliche Schulaufsichtsbeamte seine Äußerung wider besseres Wissen oder nur in Unkenntnis der arbeitsrechtlichen Rechtsprechung getätigt habe, sei unerheblich; auch ein in fahrlässiger Unkenntnis seiner Berechtigung erhobener Anwurf lasse den Schluss zu, dass es demjenigen, der den Anwurf erhebt, nicht um die Sache geht, sondern ausschließlich um die Verfolgung seiner Ziele, also hier „der raschen und reibungslosen Um-

setzung einer intern verabredeten Auswahlentscheidung“.

Das VG hat in aller erforderlichen Deutlichkeit eine Lanze für die Meinungsfreiheit gebrochen, die durch das beamtenrechtliche „Mäßigungsgebot“ begrenzt, aber nicht beseitigt ist. Auch deutlich formulierte Kritik an Vorgesetzten ist also nach juristischen Maßstäben erlaubt.

In dem vom VG Frankfurt entschiedenen Fall hat die Behörde auf Rechtsmittel verzichtet. Ob auch höhere Instanzen den Fall genauso entschieden hätten, ist offen. Immerhin sollte die vorliegende Entscheidung ermutigen, bei kontroversen Entscheidungen von Vorgesetzten nicht von vornherein klein beizugeben, weil diese ohnehin am längeren Hebel sitzen, sondern berechtigte eigene Interessen in der Sache entschieden und, falls erforderlich, auch in deutlicher Form zu vertreten.

Dr. Hartwig Schröder

ehemaliger Leiter der Landesrechtsstelle der GEW

Schwanger und dann arbeitslos?

Über „ein besonders bezeichnendes Beispiel für die unsoziale Vertragslaufzeit“ von befristet beschäftigten Lehrkräften berichtet der Personalrat der Gesamtschule Konradsdorf in Ortenberg. Hier wurde der TVH-Vertrag einer schwangeren Kollegin nicht verlängert, obwohl sie seit längerem im Kollegium dieser Schule arbeitet und sie an dieser Schule zu allen möglichen Vertretungen herangezogen wurde. Zweifel an ihrer Eignung und Zuverlässigkeit bestanden nie, im Gegenteil wurde sie für eine Klassenführung eingesetzt. In seinem Brief an die HLZ bedauert der Personalrat der Gesamtschule Konradsdorf,

„dass bei allen Beteiligten wenig Bemühen zu erkennen war, einen neuen Vertrag zu schaffen, um die Kollegin während des Mutterschutzes abzusichern. Die Schuldenbremse in Hessen verlangt offenbar ihren Tribut und Schwangere haben das Nachsehen. Werden sie zur finanziellen Belastung für das Land?“

2001 befasste sich der Europäische Gerichtshof (EuGH) auf Antrag eines

spanischen Gerichts unter anderem mit der Frage, ob die Nichtverlängerung eines befristeten Arbeitsvertrags wegen einer vorliegenden Schwangerschaft als europarechtswidrig anzusehen ist. In seinem Urteil vom 4. 10. 2001 (Aktenzeichen C 438/99) stellte der EuGH fest, dass eine solche Nichtverlängerung zwar nicht gegen das Kündigungsverbot für Schwangere verstößt, sehr wohl aber eine unzulässige „unmittelbare Diskriminierung aufgrund des Geschlechts“ darstellt und insoweit rechtswidrig ist.

Voraussetzung ist allerdings, dass „die Nichterneuerung eines befristeten Arbeitsvertrags ihren Grund in der Schwangerschaft der Arbeitnehmerin hat“. Dies wird nicht immer, aber in vielen Fällen nachzuweisen sein, beispielsweise wenn eine seit vielen Jahren befristet beschäftigte und immer als Klassenlehrerin eingesetzte Grundschullehrerin gerade dann keinen neuen Vertrag erhalten soll, wenn sie schwanger geworden ist.

Tim, Tom und Mary

Antifaschistische Kunst im Exil

Carl Meffert, der sich später *Clement Moreau* nannte, ist ein deutscher antifaschistischer Künstler, der heute immer noch wenig bekannt ist. Er war stets ein politisch und sozial aktiver Mensch und Künstler, ein Aufklärer und Pädagoge.

GEW-Kollege Dr. Hermann Schnorbach aus Heppenheim ist es zu verdanken, dass nun in angemessener Weise an Moreau erinnert wird. In dem von ihm herausgegebenen Buch „Tim, Tom und Mary. Kinder flüchten vor Hitlers Weltkrieg“ stellt er eine Bilderfolge des Künstlers zum benannten Thema vor und nähert sich in ergänzenden Texten behutsam Zeit, Leben und Werk.

Als Carl Meffert 1903 in Koblenz am Rhein in Deutschland geboren, erhielt er seine künstlerische Ausbildung unter anderem von Käthe

Kollwitz (1867–1945), deren pazifistische und soziale Bilderzyklen weltberühmt waren, von *Heinrich Zille* (1858–1929), dem Zeichner des Berliner Volkslebens, von *John Heartfield* (1891–1968), dem Erfinder der politischen Fotomontage, und von *Heinrich Vogeler* (1872–1942) in der Künstlerkolonie Worpswede. Als sozial und politisch engagierter Künstler musste er 1933 in die Schweiz fliehen. Um weiterhin politisch und künstlerisch tätig sein zu können, legte er sich das Pseudonym Clement Moreau zu. 1935 emigrierte er mit seiner Frau nach Argentinien, wo er als Zeichenlehrer an der neu gegründeten antifaschistischen deutschen Pestalozzischule in Buenos Aires lehrte, die politische Exilgruppierung „Das andere Deutschland“ mitbegründete und als scharfer politischer Karikaturist für viele Zeitungen arbeitete. Sein wichtigstes Werk „La comedia humana“ (Die menschliche Komödie, 1938) enthält 107 Linolschnitte über Verfolgung, Haft, Flucht und Asyl in der Zeit der Hitlerdiktatur.

Nach 27 Jahren verließ er Argentinien mit seiner Familie wegen Verfolgung durch das argentinische Militärregime und ging 1962 zurück in die Schweiz. Clement Moreau starb am 27.12. 1988 in Zürich.

Clement Moreau alias Carl Meffert hat schon in seinen frühen sozialkritischen Bilderzyklen wie der Bilder Sammlung „Fürsorgeerziehung“ (1927) das Schicksal Not leidender Kinder dargestellt. Er kannte es nur zu gut aus seiner eigenen Kindheit. Die Geschichte in seinen Bildern ist einfach, typisch und eindringlich.

Das gilt auch für das Bilderbuch *Tim, Tom und Mary* (1940). Tim ist aus dem vom Krieg betroffenen Holland zu Verwandten nach England

gekommen und findet Freunde unter den Kindern der Nachbarschaft. Doch auch in England drohen Gefahren und Tod durch Bomben. Deshalb müssen die drei Kinder weiter nach Argentinien reisen. Sie nehmen eine Katze mit, die Tim vorher mutig aus einem brennenden Haus gerettet hat. In Argentinien, ihrer neuen Heimat, sollen sie wieder ohne Angst leben können. Die jetzt erstmals veröffentlichte Bilderfolge Tim, Tom und Mary bietet über die bloße Veröffentlichung als Kunstwerk und Exildokument hinaus auch als Kinder- und Jugendbuch die Möglichkeit eines kindgerechten Zugangs zum Thema Krieg, Angst, Verlust, Schuld, Flucht und Exil, wie es der pädagogisch-politischen Absicht Clement Moreaus entsprechen würde.

Ergänzt wird die Bildergeschichte durch einen ausführlichen Textanhang, der über Leben und Werk von Clement Moreau mit weiteren Reproduktionen seiner Bilder und Zeichnungen informiert. Weitere Kapitel befassen sich mit „Kindern auf der Flucht“, der „Pestalozzischule in Buenos Aires“, zwei weiteren Kinderbüchern Clement Moreaus und den Tagebuchaufzeichnungen der *Marion Clara Reizes*, die als 14-jähriges Mädchen die Pestalozzischule besuchte, nachdem sie mit ihrer Familie 1933 aus Dresden über Österreich, Italien, Palästina mit dem Schiff von Ceylon kommend in Buenos Aires eingetroffen war.

Hermann Schnorbach, der Clement Moreau alias Carl Meffert noch in der Schweiz persönlich kennen gelernt hat, will mit seinem Buch auch das pädagogische Anliegen von Clement Moreau aufgreifen: zum Denken anregen und Mut zum Leben geben.

Eine biografische Übersicht und ein Werkverzeichnis ergänzen die Publikation. Clement Moreau alias Carl Meffert hat es nicht verdient, vergessen zu werden.

Hermann Schnorbach: Kinder flüchten vor Hitlers Weltkrieg. Tim, Tom und Mary. Eine Bilderfolge von Carl Meffert/Clement Moreau. Verlag Dietmar Fölbach. Koblenz 2011. ISBN-978-3-934795-47-1. DIN A 4, 70 Seiten, 18,80 Euro



Wir gratulieren im April ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Rüdiger Biedermann, Frankfurt
 Joachim Brauner, Heuchelheim
 Ursula Brauner, Heuchelheim
 Ingeborg Emmerich, Wiesbaden
 Michael Endter, Weimar
 Reinhard Fleischhaker, Niedernhausen
 Marlies Hartig, Frankfurt
 Martin Hedderich, Cölbe
 Karin Henrich, Wetzlar
 Günter Hesse, Bad Homburg
 Hans Jürgen Hoffmeister, Bebra
 Gert Hullen, Bad Nauheim
 Volker Imschweiler, Wetzlar
 Gabriele Jacobshagen, Darmstadt
 Lore Jetter, Darmstadt
 Renate Keitel, Kassel
 Karin König, Bebra
 Erwin Kruse, Frankfurt
 Wilhelm Laupus, Bad Homburg
 Klaus-Detlef Lindau, Mainz-Kastel
 Gerd Ludwig, Kassel
 Rodika Mandel, Frankfurt
 Reiner Mathar, Gießen
 Bernhard Meyer, Vellmar
 Brigitte Neubauer, Bad Vilbel
 Wolfgang Pforte, Kassel
 Hannelore Piringer, Gründau
 Franz Josef Plümpe, Melsungen
 Hans-Joachim Prauß, Kassel
 Mechtild Rupp, Wetzlar
 Rotraut Sänger, Eschwege
 Ehrhard Scheld, Hungen
 Uwe Schimsheimer, Babenhausen
 Konrad-F. Schneider, Gießen
 Birgit Schüller, Mörfelden-Walldorf
 Christine Timmermann, Marburg
 Christa Wicht, Kirchheim unter Teck
 Reinhard Wörner, Nidderau

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Lissy Ermert, Ludwigsau
 Ignaz Gretsche, Wächtersbach
 Isolde Löhr, Weilrod
 Werner Mocek, Darmstadt
 Franz Peter, Groß-Umstadt
 Reinhard Schneider, Hungen
 Adelheid Troesch, Frankfurt

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Karl August Kirchner, Schlüchtern

... zur 65-jährigen Mitgliedschaft:

Friedrich Schmidt, Seeheim-Jugenheim

... zum 75. Geburtstag:

Friedrich-Karl Baas, Immenhausen
 Heinrich Heintzmann,
 Stadtallendorf-Wolferode
 Ulrich Kummetat, Frankfurt
 Helmut Reuse, Oberaula
 Heinz Schneider, Angelburg
 Evelyn Schulte-Holle, Sinn
 Ingeborg Schumann, Erzhausen

... zum 85. Geburtstag:

Karl-Heinz Kunz, Gießen
 Heinz Mandel, Viernheim
 Heinrich Nitschke, Usingen
 Marianne Settegast, Mücke

... zum 90. Geburtstag:

Erwin Knauf, Gießen

... zum 91. Geburtstag:

Ilse Jarrett, Rickmansworth

... zum 97. Geburtstag:

Kurt Finke, Korbach

Hakki Sürmeli gestorben

Hakki Sürmeli wurde am 21.8.1942 in Antakya geboren. Im Jahr 1964 hat er die Lehrerschule in Düziçi absolviert. Er war politisch links orientiert und er glaubte an die gewerkschaftliche Organisation und an den Kampf dafür. Deshalb wurde er in der Türkei zwischen 1964 und 1970 in 8 verschiedene Städte versetzt. 1970 kam Hakki Sürmeli nach Deutschland. Im Jahr 1973 wurde er Lehrer für den muttersprachlichen Unterricht und fing seinen Dienst in der Friedenschule in Groß-Zimmern an. 1974 trat er der GEW bei und engagierte sich zunächst für die Belange der für den muttersprachlichen Unterricht eingesetzten ausländischen Lehrkräfte. Später war Hakki Sürmeli viele Jahre Beisitzer im Kreisvorstand des GEW-Kreisverbands Dieburg. Die Kasse des KV Dieburg führte er von 1995 bis 2005.

Hakki Sürmeli war zudem einer der Gründer des Vereins der türkischen Arbeiter in Deutschland in Darmstadt. Aufgrund seiner politischen Orientierung wurde ihm 1977 der Reisepass durch das türkische Generalkonsulat für zehn Jahre abgenommen. Trotz dieses Vorfalles liebte er die Türkei und blieb auch türkischer Staatsangehöriger.

Hakki Sürmeli hat die Ungerechtigkeit gehasst. Deshalb hat er immer für die Menschenrechte gekämpft.

Im Februar 2005 ging er in den Ruhestand und verbrachte danach jedes Jahr vier bis fünf Monate in der Türkei. Am 12. 4. 2011 flog er wieder in die Türkei. Am 14. 4. 2011 ist er in Antalya durch einen Herzanfall von uns gegangen.

Klaus Fankhänel

GEW Kreisverband Dieburg

KINDERFUNKKOLLEG IN HR2

„Was glaubst Du denn?“

hr2-kultur, Samstag, 14.45 Uhr

- Wie wird man Jude, Christ, Moslem? (21.4.)
- Wer war Mose? (5.5.)

Weitere Zusatzmaterialien und methodische Anregungen zum Kinderfunkkolleg auf www.kinderfunkkolleg-trialog.de

Pfingsttreffen schwuler Lehrer

Bereits zum 33. Mal findet vom 25. bis 28. Mai 2012 das alljährliche Pfingsttreffen schwuler Lehrer zum Erfahrungsaustausch in Göttingen statt. Eingeladen sind Lehramtsstudenten, Referendare und Kollegen im Schuldienst. Die Veranstaltung organisiert die AG Schwule Lehrer der GEW Berlin gemeinsam mit der Akademie Waldschlösschen.

- Programm und Anmeldung über: www.waldschloesschen.org und www.schwulelehrer.de.

„Dein Tag für Afrika“

Der 19. Juni 2012 ist der Höhepunkt der Kampagne „Dein Tag für Afrika“. Schülerinnen und Schüler können sich für Gleichaltrige in Afrika engagieren. Sie machen Schnupperpraktika, führen Klassenaktionen durch, veranstalten Sponsorenläufe oder helfen im Familienkreis – all dies gegen eine Spende. Mit dem Erlös werden Bildungsprojekte des Projektpartners Human Help Network (www.hhn.org) in Burundi, Ruanda und Südafrika unterstützt.

- Mehr Informationen unter www.aktion-tagwerk.de

Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr

Sendungen für die Schule Montag bis Freitag, 9.30 bis 10.15 Uhr

Der Hessische Rundfunk sendet von Montag bis Freitag mit „Wissen und mehr“ eine 45-minütige Sendestrecke, die nach § 47 Urheberrechtsgesetz für die Vorführung im Unterricht verwendet werden darf. Genaueres hierzu sowie das ausführliche und kommentierte Programm erhalten Sie auf der Internetseite: wissen.hr-online.de

Naturwissenschaft und Technik

- Überleben: Im Fließgewässer (11.4.), Nach dem Berggrutsch (18.4.)
- Störche in Deutschland, Spanien und Portugal (25.4.)
- Von Mäusen, Falken und Schwalben (2.5.)

Philosophie, Religion und Ethik

- Stätten der Besinnung - Kirche, Synagoge, Moschee, Wallfahrtsorte (12.4.)
- Jüdisches Museum (24.4.)
- Mein indisches Abenteuer (27.4.)
- Die Zehn Gebote: Die Ehre meiner Eltern (12.4.), Lizenz zum Töten (19.4.), Fremdgänger (26.4.), Gestohlene Jahre (3.5.), Geliebte Lüge (10.5.)

Kunst, Musik und Neue Medien

- Lesetipps: Kahawatte, Genazino, Maier (13.4.), Adorjan, Seghers, Held (20.4.), Ate, Lebert, Friedman (4.5.)

Weitere Reihen

- Ich mach's: Vorstellung von Berufen (jeden Mittwoch 10-10.15 Uhr)
- Wissen macht Ah! (jeden Dienstag 9.50-10.15 Uhr)

Funkkolleg Musik in hr2-kultur „Musik – Sinfonie des Lebens“ Samstag, 11.30-12 Uhr

- Ist Musik männlich oder weiblich? Über Dominanz und Kreativität (21.4.)
- Musik als gesellschaftliches Modell? Zusammenspielen und Improvisieren (28.4.)
- Gibt es heilige Klänge? Musik und Spiritualität (5.5.)

Weitere Zusatzmaterialien und methodische Anregungen zum Funkkolleg Musik auf www.funkkolleg-musik.de

Debeka Krankenversicherungsverein a. G.

Unser Verein auf Gegenseitigkeit – besser als jede Bürgerversicherung

Wir sind solidarisch, leistungsstark und bieten auch im Alter bezahlbare Beiträge.



anders als andere

Größte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes auf dem Gebiet der Krankenversicherung

Landesgeschäftsstellen in Hessen

Moritzstraße 27
65185 Wiesbaden
Telefon (06 11) 14 07-0

Frankfurter Straße 4
35390 Gießen
Telefon (06 41) 97 42 1-0

www.debeka.de

Debeka

Wissenswert in hr2-kultur

Radiosendungen für die Schule März bis April 2012 Montag bis Freitag: 8.40 bis 8.55 Uhr

Der Hessische Rundfunk bringt in seinem Bildungsprogramm unter dem Titel „Wissenswert“ in hr2-kultur regelmäßig Radiosendungen, die sich für die Verwendung im Unterricht eignen. Die Wissenswert-Sendungen bieten vielseitige Rechercheergebnisse, Originaltöne und interessant aufbereitete Informationen und lassen sich in voller Länge oder auch in Ausschnitten in den Unterricht integrieren.

Sprache und Literatur

- Literarisch unterwegs: Mit dem Schiff (10.4.), On the Road (11.4.), Über den Wolken (12.4.)

Natur und Technik

- Buntspecht und Co. (13.4.)
- Stammzellzauber (25.4.)
- Chemie im Auto (27.4.)

Politik und Wirtschaft

- Arabische Regisseurinnen (16.4.)
- Lohndumping durch Leiharbeit (23.4.)

Medien

- News today: Nachrichten im digitalen Zeitalter (17.4.)
- Handy-Ortung: Ich weiß, wo du warst (18.4.)
- Schwarzes Netz (19.4.)

Geschichte

- Kaspar Hauser: Das Leben des Kaspar Hauser (30.4.), Kaspar-Hauser-Experimente (2.5.), Kaspar Hauser in der Literatur (3.5.), Kaspar Hauser in der Popmusik (4.5.)

- Podcast-Angebote „Wissenswert“ unter www.hr2-kultur.de; weitere Informationen, die aktuelle Wochenübersicht und Manuskripte unter www.wissen.hr-online.de; Sendungen der letzten Jahre „Wissenswert“ zum Downloaden für Schule und Unterricht beim „Bildungsserver Hessen“ als MP3-Datei unter <http://lernarchiv.bildung.hessen.de/hr/>
- Den wöchentlichen Newsletter mit Programminformationen zu „Wissen und mehr“ im hr-fernsehen und zu „Wissenswert“ in hr2-kultur kann man unter folgender E-Mail-Adresse beziehen: manfred@poepperl-online.de



Tel. 0039 0547 672727, Fax 0039 0547 672767
Via Bartolini 12, 47042 Cesenatico - Italia
www.real-tours.de, E-mail: info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2012

NEU * Pakete für Fahrten bei eigener Anreise, z. B. per Flug *** NEU**
Nach Barcelona, nach Madrid, nach Sevilla, nach Spanien/Katalonien, nach Cesenatico

Busfahrten nach **Cesenatico** mit Ausflügen ab Euro 218,- HP

Busfahrten zur **Toskana-Küste**, zum **Gardasee**, nach **Rom**, nach **Sorrent**, nach **Südtirol**, nach **Spanien**, nach **Griechenland**, nach **Prag**, nach **Paris**, nach **London**, nach **Berlin**, nach **München**

Individuell für Lehrer und Begleiter:
Oster- und Herbstfahrten nach Cesenatico

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2012.

Weitere Informationen auch bei:

R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf,
Telefon (08322) 800222, Fax (08322) 800223

Klassenfahrten nach Berlin

(incl. Transfer, Unterbringung,
Programmgestaltung nach Absprache)
kontakt@berlin-mit-biss.de, www.berlin-mit-biss.de

biss, Fichtestraße 30, 10967 Berlin, Tel. (030) 6936530

Stellentausch/Stellensuche

Hier könnte Ihre Anzeige stehen:
Interessiert?

**Mensch & Leben
Verlagsges. mbH**

Tel.: (06172) 9583-16

Fax: (06172) 9583-21

www.schulpaedagogik-heute.de: Ideen zur Lehrerbildung

Über 80 internationale Autorinnen und Autoren schreiben in der neuen Ausgabe der Online-Zeitung *Schulpädagogik heute* über die Reform der Lehrerbildung in Deutschland, Österreich und der Schweiz, wie sie sich heute darstellt und in der Zukunft aussehen müsste.

Sie ist unter *www.schulpaedagogik-heute.de* passwort- und kostenfrei zugänglich. Die Ausgabe enthält unter anderem ein Interview mit *Prof. Dr. Ewald Terhart* (Universität Münster) zum Stand des Bologna-Prozesses mit dem Blick auf die Reform der Lehrerbildung und Beiträge aus Kassel von *Professorin Dorit Bosse* und *Professor Rudolf Messner*.

In der Rubrik „Forum“ wird ein Vorschlag der Redaktion von *Schulpädagogik heute* für „Zehn Schritte zu einer einphasigen Lehrerbildung“ präsentiert, der von Anfang an Theorie-Praxis-integriert ist.



Klinik am
Leisberg
BADEN-BADEN

**Von hier an geht
es aufwärts!**

HOTLINE: 07221/39 39 30

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und in erstklassigem Ambiente bieten wir einen bewährten und individuellen psychotherapeutischen Ansatz zur erfolgreichen Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Ängste und Panik, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Binge-Eating, Übergewicht), Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, Zwänge, Schmerzsyndrom
Kostenübernahme: Alle Privatversicherungen, Beihilfe, Postbeamtenkrankenkasse

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden - Baden**
Fax: 07221/39 39 3-50 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

Lissabon

und die Küste von Estoril

5 Tage Flugreise

ab **297 €**



Gruppen- und Studienreisen GmbH

Tel. 05261 2506-8180 | portugal@cts-reisen.de | www.cts-reisen.de

Private Akutklinik für
Psychologische Medizin



Mit Fachabteilung
für Essstörungen

SCHLOSSKLINIK PRÖBSTING

Geben Sie dem Leben eine neue Richtung!

Wir bieten in erstklassigem Ambiente einen individuellen und erfolgreichen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!

Indikationen: Depressionen, Erschöpfungssyndrom (Burn-Out), Angst und Panik, Schlafstörungen, Essstörungen, Schmerzsyndrome, Belastungsreaktionen

Info-Telefon 02861/8000-0

Pröbstinger Allee 14 • **46325 Borken (Münsterland)**
Fax 02861/8000-89 • www.schlossklinik.de • info@schlossklinik.de

GEW und IG Metall bilden fort

Im Mittelpunkt der Fortbildung von GEW und IG Metall, die sich an Lehrkräfte des allgemeinbildenden Schulwesens richtet, steht die Betriebsenkundung als sinnvolle und anregende Methode, die Arbeitswelt- und Berufsorientierung an Schulen zu stärken. Die Fortbildung vermittelt Informationen zum gegenwärtigen Stand der Produktionstechnologie und Arbeitsorganisation wie auch zu Fragen von Lohn und Leistung, Qualifizierung und betrieblicher Interessenvertretung. Die Teilnehmenden haben die Möglichkeit, beim Daimler-Automobilwerk Berlin-

Marienfelde einen Blick in die Produktion zu werfen und mit betrieblichen Expertinnen und Experten aus der Betriebsrats- und der Personalentwicklungsarbeit zu sprechen. Das Seminar findet vom 14. bis 16. Mai in der IG Metall-Bildungsstätte Berlin am Pichelssee statt. Die Seminar- und Übernachtungskosten werden übernommen.

• **Anfragen und Anmeldungen:** Martina Schmerr (martina.schmerr@gew.de) oder Bernd KaBebaum (bernd.kassebaum@ig-metall.de)

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, **seit über 35 Jahren.**



Beamendarlehen supereünstig
5,27% effektiver Jahreszins*
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
63159 Mannheim
Fax: (0621) 175190-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

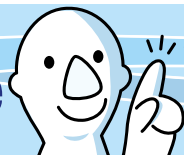
Äußerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%, Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.



Sonderdarlehen für Lehrer zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-0404041

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER Mehrfachgeneraldirektor Finanzvermittlung
Andreas Wendthoff - Prallat-Ring-Str. 19 - 46325 Borken

**Für Segelfahrten in Holland
schauen Sie ...**



**Für Klubs,
Schul-/
Jugendgruppen,
Incentives oder
Einzelteilnehmer**

www.segeln.nl

REDERIJ 'VOORUIT' HOLLAND

Geeuwkade 9, 8651 AA IJLST

tel. 0031 - 515 - 531485 / fax 0031 - 515 - 532630

Freizeit Aktiv
KLASSENFAHRTEN

ROM

4 Tage Flugreise inkl. ÜN/F ab **199 €** p.P.

... SO MACHT BILDUNG SPASS!

www.freizeit-aktiv.de ☎ 06257-998190

**Anzeigenschluss
für die HLZ 5/2012:
12.4.2012**



Wie kommen Sie am sichersten vom
Personalvertretungsrecht
zur Umsetzung in die Praxis?

Die Antwort :: **rehm**

Der ausführliche Kommentar zum hessischen Personalvertretungsgesetz
von **Roetteken/Rothländer**
Hessisches Bedienstetenrecht HBR. Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht

LBW in 4 Ordnern, ca. 5600 Seiten

- sorgfältige Erläuterungen zu den Mitbestimmungsrechten ● alternative Lösungsmöglichkeiten z. B. zur Weiterentwicklung des Personalvertretungsrechts ● Kommentar zur WO-HPVG ● Schaubilder und ergänzende Vorschriften
- vielfältige Hinweise zu Literatur und Rechtsprechung, inkl. Bezüge zum BPersVG, und BetrVG, Dienst-, Arbeits- und Verfassungsrecht

Hiermit bestelle ich: ___ Expl. Personalvertretungsrecht zum Fortsetzungspreis von 149,95 EUR zzgl. Aktualisierungen

___ Expl. Personalvertretungsrecht zum Apartpreis von 299,90 EUR

Alle Preise zzgl. Versandkosten

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Datum / Unterschrift

Bestellungen an: Mensch und Leben Verlagsgesellschaft, Postfach 1944, 61289 Bad Homburg
Fax: 06172 - 958321, Email: mlverlag@wsth.de

Waldorflehrer werden: www.bildung-fuers-leben.de



Bund der Freien
Waldorfschulen